



MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

D 2835 E

6 Frankfurt/Main 1

September 9/68

1.— DM

elan



**FNL-Kämpfer: Von der Front zum Festival.
Kommandeur Huynh Thuc Ba berichtet für elan-Leser.
Festival-Sonderbericht: Solidarität der 20000**

elan

MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE



HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann,
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER

Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR

H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT

Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION

46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG

Weltkreisverlags-G. m. b. H.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO

6 Frankfurt/M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 77 38 03

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 10,-
zuzügl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 203290

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DÄNEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / OSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfrs. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.



Lieber Leser,

Manchmal verspürt man mit Hans-Magnus Enzensberger den Wunsch, „von der deutschen Frage Urlaub zu nehmen“. Es ist dazu alles gesagt. Vorschläge zu ihrer Lösung liegen seit langem auf dem Tisch. Aber darüber tönt unentwegt die Bonner Gebetsmühle: keine Anerkennung der „Zone“. Das änderte sich auch nicht mit der „neuen Ostpolitik“ der Großen Koalition. Sie modernisierte nur das Ritual. Die alten Ziele blieben erhalten: Isolierung und Liquidierung der DDR. Darum auch gibt es keinen Urlaub von der deutschen Frage. Sie bleibt explosiv. Sie hält Europa in Spannung.

Nun scheint etwas in Bewegung zu kommen. Ulbricht hat der DDR-Volkskammer einen Katalog von sieben Vorschlägen vorgelegt. Er hat damit großes Interesse gefunden. Sogar die Bundesregierung unterhält sich offiziell über diese Vorschläge. Ihr Inhalt bringt in der Sache wenig Neues. Das ist nicht verwunderlich. Die Bremsklötze auf dem Weg zu Frieden und Entspannung in Deutschland werden in Bonn bedient. Solange sie hier nicht verschwinden, wird man immer wieder auf sie zeigen und ihre Entfernung fordern müssen. Es sind die Nichtanerkennung der politischen Wirklichkeit in Europa, der Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR, das Schielen nach bundesdeutscher Beteiligung an einer atomaren Rüstung in irgendeiner Form. Alle Gefahren für die europäische Staatenwelt resultieren daraus.

Aber Ulbricht hat nicht nur zum wiederholten Male eine Änderung der starren Haltung Bonns in diesen Punkten gefordert. Er hat einen ganz konkreten Vorschlag gemacht: Schaffung bevollmächtigter Missionen zwischen beiden deutschen Staaten.

Das Angebot zu sinnvollen Verhandlungen liegt damit vor. Nun ist Bonn am Zug. Wird es aus seinen Illusionen herauskriechen? Wird es den Schild der Nichtanerkennung endlich fallen lassen? Man hört: Wirtschaftsminister Schiller spricht mit dem DDR-Außenhandelsminister Sölle. Das wäre noch keine Abkehr von der bisherigen bundesdeutschen Politik. Aber es könnte den Anfang einer realistischen Politik markieren. Das wäre für den Frieden in Europa und für die sonst oft formelhaft beschworenen Menschen in Deutschland zu hoffen.

Denn eines steht fest: alle Erwartungen der Bundesregierung, die DDR außenpolitisch von ihren Verbündeten zu lösen, sind gescheitert. Das sollte jedem gerade nach der Karlsbader Konferenz zwischen Ulbricht und dem „Rebellen“ Dubcek klar sein. Es mögen manche Differenzen zwischen den sozialistischen Staaten bestehen. In der Deutschlandpolitik herrscht Übereinstimmung. Die Karte der „neuen Ostpolitik“ sticht da nicht. Sie wird vielmehr ganz unglaublich, wenn die Bundesregierung sich weiterhin weigert, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen. Auch er ist, neben allen anderen Aspekten, ein Beitrag zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten.

Herzlichst Ihr



FESTIVAL DER JUNGEN KÄMPFER

Zehn Tage Sofia: Jugend aus der ganzen Welt traf sich zur größten Beratung über ihre Zukunft, zur größten Kampfdemonstration gegen die Kräfte der Vergangenheit. Die Helden von Vietnam waren die Helden von Sofia. Ihnen galt die Solidarität der Delegierten aus 142 Ländern, die die 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten zum Festival der jungen Kämpfer gegen den Imperialismus, gegen Neonazismus, für den Sieg des vietnamesischen Volkes, für Frieden in der ganzen Welt machten. Dabei waren Vertreter der jungen Generation unseres Landes. Sie hatten ihre Fahnen und Losungen mitgebracht. Über sie und ihre 20000 neuen Freunde aus allen Ländern berichtet elan in einem 15-Seiten-Report.

Text: Karl Hubert Reichel, Ulrich Sander, Karl Heinz Schröder

Fotos: Gerhard Graw, Hermann Sittner





Solidarität Frieden Freundschaft

Karl Heinz Schröder

Die IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft sind vorüber. Zehn Tage waren 20 000 Vertreter der Jugend aus 142 Ländern in der bulgarischen Hauptstadt zu Gast. Sie haben das diesjährige Festival zu einer Manifestation der Einheit in wesentlichen Fragen gemacht, die die junge Generation berühren. In ihrer überwältigenden Mehrzahl haben sie auf der Grundlage des gemeinsam beschlossenen oder doch akzeptierten Aufrufes und Programms die Weltfestspiele gestaltet und alle Störversuche und Spaltungsbemühungen zurückgewiesen.

Das Festival in Sofia war ein politisches Treffen ersten Ranges. Alle Darlegungen über das unpolitische „Sport-und-Spiel“-Treffen erweisen sich in dem Maße als unsachlich, als damit die Rolle des Sports und der Kultur im Zusammenleben junger Menschen und als Beitrag zur wirkungsvollen Ergänzung des politischen Programms geschmälert werden soll. Protestsong und kritischer Film, Meetings der Sportler, kulturelle und sportliche Wettbewerbe führten die Jugend ebenso zusammen, wie die politische Aktion, die allerdings im Vordergrund des Treffens stand. Hervorzuheben ist der große Beitrag gerade der vietnamesischen Delegationen und der Vertretungen anderer sich befreiender Länder zum Kulturprogramm des Festivals.

Festival kämpferischer Solidarität

Was die Jugend in Sofia einigte, hat mit wenigen Worten der erste Sekretär des gastgebenden Dimitrow-Komsomol, Iwan Panew, in der Schlußansprache des Festivals am 6. August im Vassii-Lewski-Stadion deutlich gemacht:

„Zu der lebensfrohen Devise der bisherigen Jugendtreffen erhob das Sofioter Festival die kämpferische Losung ‚Solidarität‘. Solidarität mit dem heldenhaften vietnamesischen Volk in seinem Kampf gegen den amerikanischen Aggressor, Solidarität mit allen Völkern, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Die IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten demonstrierten ausdrucksvoll die politische Reife der jungen Generation und ihre Bereitschaft, sich in der einheitlichen antiimperialistischen Weltfront aller revolutionären Kräfte, der Kräfte der Demokratie, des Friedens und des Fortschritts einzureihen. In unseren Treffen und Gesprächen bestätigten wir, daß es nicht möglich ist, ohne die internationale Solidarität der fortschrittlichen Weltjugend den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus zu Ende zu führen, die nationalen und patriotischen Aufgaben mit Erfolg zu lösen.“

Springer-Enten kontra Festival

Aus der Sicht der Teilnehmer aus der Bundesrepublik kann dazu ergänzend hinzugefügt werden, daß die Gefahr des Neonazismus in unserem Lande ein weiterer Gegenstand der Diskussionen war, bei dem weitestgehende Einigung erzielt wurde. Die antiimperialistische und antifaschistische Stoßrichtung des Festivals, der große Beitrag zur Klärung der Standpunkte in diesen Fragen, die in Sofia begonnene Gemeinsamkeit in der Aktion sind die wertvollsten Ergebnisse dieses Treffens — keine noch so hämische und verfälschende Berichterstattung der Springer-Presse und anderer Blätter kann darüber hinwegtäuschen. Vom Festival in Sofia geht eine aktivierende und einigende Kraft aus, die auch in der Bundesrepublik wirken wird. Dies beweisen die Aktionen zur weiteren materiellen Unterstützung des kämpfenden Vietnam und zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch Bonn, die in Sofia ihren Ausgang nahmen. Das beweisen die zahlreichen neuen Kontakte mit Jugendorganisationen der verschiedensten Länder. Das beweist schließlich der Ab-

schlußappell an die Jugend der Bundesrepublik, den die Vollversammlung der Teilnehmer des Arbeitskreises Festival bei 8 Stimmhaltungen ohne Gegenstimme abschiedet. (siehe Kasten).

Der Arbeitskreis Festival, der Träger der Festivalvorbereitungen in der Bundesrepublik, hat den Erfolg des IX. Festivals in einer Erklärung hervorgehoben. Er betonte:

„20 000 junge Menschen aus 142 Ländern haben in Sofia an den diesjährigen Weltfestspielen teilgenommen. Unter ihnen befanden sich auch 500 Jugendliche und Studenten aus der Bundesrepublik, denen der Arbeitskreis Festival durch seine Vorbereitungsarbeit die Teilnahme ermöglicht hat. Damit hat aus der Bundesrepublik angesichts der vertretenen Jugend- und Studentenorganisationen die bisher umfassendste Beteiligung an einem Festival stattgefunden. Der Charakter des Festivals als der größten internationalen Jugendbegegnung unserer Zeit ist durch die Repräsentanz zahlreicher verschiedener politischer Kräfte aus nahezu allen Ländern der Welt, die Intensität der ge-

An die Jugend der Bundesrepublik Deutschland

Wir, Jugendliche und Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland, die wir an den 9. Weltfestspielen für Solidarität, Frieden und Freundschaft in Sofia teilgenommen haben, wenden uns heute, nach Abschluß des Festivals, an die Jugend unseres Landes.

Wir haben in Sofia erlebt, mit welchem Nachdruck die Jugend der ganzen Welt ihre Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk in die Tat umsetzt und mit welcher Schärfe sie einmütig die amerikanische Aggression in Vietnam verurteilt.

Diese Frage stand im Mittelpunkt des Festivals. Wir haben aber auch erlebt, in welchem Maße die Jugend aus allen Teilen der Welt ihre Solidarität mit allen denen manifestiert, die in der Bundesrepublik für den Aufbau der Demokratie und gegen eine den Neonazismus forciierende Politik sich einsetzen.

Wir appellieren an die Jugend und an die Studenten der Bundesrepublik Deutschland, alles zu tun, damit wir unseren gemeinsamen Kampf

- für eine aktive Friedenspolitik und Abrüstungsinitiativen der Bundesrepublik,
- für sofortige Einstellung jeder politischen und materiellen Unterstützung der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam durch die Bundesregierung,
- für eine auf Entspannung ausgerichtete neue europäische Sicherheitspolitik,
- für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages,
- für die Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen und der DDR,
- für die Verteidigung und den Ausbau der u. a. durch die Notstandsgesetze und den Neonazismus bedrohten Demokratie

im Geiste internationaler Solidarität fortsetzen und verstärken können!
Sofia, den 6. August 1968

(Bei 8 Stimmhaltungen auf der Vollversammlung der Teilnehmer des Arbeitskreises Festival beschlossen.)



und neue Probleme und Formen internationaler Jugendbewegung aufgearbeitet werden müssen . . .

Die im Arbeitskreis Festival vertretenen Organisationen werden sich auch nach Beendigung ihrer gemeinsamen Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung der IX. Weltfestspiele weiter aktiv für die Entwicklung neuer Initiativen der internationalen Jugendbegegnung einsetzen. Sie werden die in Sofia erhaltenen Anregungen aufgreifen und im Rahmen ihrer Arbeit in der Bundesrepublik in die Tat umsetzen — im Sinne des in Festivallosungen formulierten Kampfes für Solidarität, Frieden und Freundschaft."

Abfuhr für Bonner Politik

Während des Festivals haben sich Probleme der Zusammenarbeit der verschiede-

fürten Diskussionen und die Reichhaltigkeit seines Programms erneut unter Beweis gestellt worden."

Breitester Teilnehmerkreis

Neben den Mitgliederorganisationen des Arbeitskreises Festival (Jungdemokraten, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, SDS, SHB, LSD, Deutsche Jugendgemeinschaften, Freigeistige Jugend Hamburg, Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler, Arbeitsgemeinschaft politischer Jugendclubs NRW, Arbeitsgemeinschaft „Pläne“, Jugendmagazin „elan“, Vertretungen der DFU und der VVN) nahmen im Rahmen des westdeutschen Teilnehmerkreises am Festival teil: Zehn Organisationen des Deutschen Bundesjugendringes (Evangelische Jugend, Katholische Jugend, Schreiberjugend, DAG-Jugend, Alpenvereinsjugend, Naturfreundejugend, zwei Pfadfinderringe, Solidaritätsjugend, „Falken“), die Jungsozialisten in der SPD, der Verband Deutscher Studentenschaften und die Deutsche Friedensgesellschaften/IdK. Die DGB-Gewerkschaftsjugend war durch eine 16-köpfige Beobachtergruppe vertreten.

Die großen Möglichkeiten zur Diskussion zur Darstellung des eigenen Standpunktes, die das Festival geboten hat, werden auch in abschließenden Erklärungen hervorgehoben, die die Naturfreundejugend, DGB-Beobachtergruppe, die VVN, die Jungsozialisten und Teile der Delegation der Evangelischen Jugend veröffentlichten. Diese Verlautbarungen stehen in scharfem Widerspruch zur Berichterstattung der bürgerlichen Presse in der Bundesrepublik. (Z. B. „Frankfurter Rundschau“ am 3. August: „Diskussionen werden systematisch verhindert — Die Weltjugendfestspiele von Sofia sollen nach dem Willen der Veranstalter nur Schau sein“.)

Kampf wird gemeinsam fortgesetzt

In seiner abschließenden Stellungnahme hat der Arbeitskreis Festival auch auf die erforderliche Auswertung der Erfahrungen von Sofia hingewiesen und weitere Aktivitäten seiner Mitgliedsverbände angekündigt:

„Der Arbeitskreis Festival begrüßt, daß die Teilnehmer aus der Bundesrepublik sich am umfangreichen Programm des Festivals beteiligen konnten und dort wie auch im Rahmen eigener Initiativen ihren Beitrag zur Solidarität mit Vietnam und zu den Diskussionen mit den Teilnehmern aus anderen Ländern geleistet haben. Er meint aber auch, daß der Verlauf und die Ergebnisse des IX. Festivals der kritischen Analyse bedürfen



Peter Bubenberger (27), Student der Deutschen Geschichte an der Uni Köln und Mitglied des Studentenparlaments war einer der profiliertesten Sprecher des SDS in Sofia. In den „Blättern“ für den Jugendleiter“ dieser Ausgabe schätzt er den Beitrag der Weltjugendfestspiele im ant imperialistischen Kampf ein.

nen Kräfte ergeben. Diese Schwierigkeiten traten stets dann auf, wenn die Basis der Zusammenarbeit, wie sie durch den Festivalaufruf und das Programm gegeben war, verlassen wurde, was gewollt oder ungewollt dazu führte, daß Fronten aufgerissen wurden durch eine Politik im Widerspruch zu den Zielen des Festivals. Als ein solcher Versuch mußte die Verbreitung der Broschüre „Die junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland“ durch Verbände des Deutschen Bundesjugendringes gewertet werden. Die Broschüre erwies sich als eine beschönigende Werbeschrift für die Verhältnisse in der Bundesrepublik, sie enthielt eine verfälschende Darstellung über die Situation unserer Jugend. Aussagen über die DDR in dieser Broschüre brachten mit Formulierungen wie „Gewaltherrschaft“, „Mitteldeutschland“ und mit der Gleichsetzung der FDJ mit der Hitlerjugend unerhörte Beleidigungen im Stile des Kalten Krieges und reaktionäre Positionen zum Ausdruck. Es wurden darin Positionen bezogen, wie man sie von Kräften des bisherigen Anti-Festivals kennt. Welch Schaden mit der Bro-

facit

AKTUELL 3

Der SDS in Sofia

Dokumentation über die IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

Aus dem Inhalt:

Vorwort zum Ausschluß von Marxisten-Leninisten aus dem SDS

I. Einschätzung und Analyse des Festivals

Der Bündnischarakter des Festivals und seine Bedeutung in der aktuellen Situation des internationalen Klassenkampfes

Aufgaben und Verantwortung der Marxisten innerhalb des Bündnisses

„Antiautoritäre“ Strategie und Taktik: vom elitären Führungsanspruch in die Isolation

Das objektive Zusammenwirken „antiautoritärer“ Politik mit den prokapitalistischen und reaktionären Kräften innerhalb der westdeutschen Delegation
Erfahrungen und Aussichten für das antimonopolistische und demokratische Bündnis in der BRD

II. Dokumententeil

Flugblätter — Erklärungen — Reden — Diskussionsbeiträge — Protokolle von Seminaren, Foren und teach-ins — Augenzeugenbericht von der Demonstration vor der US-Botschaft und der Chinesischen Botschaft —

III. Das Festival im Spiegel der bürgerlichen Presse

PREIS DM 1,— ca. 70 Seiten

Für Redaktionen, Archive, Verlage usw. einschl. Veröffentlichungsrecht DM 5,—

Bestellungen an:

Redaktion „facit“

Werner Loch

5 Köln

Breitestraße 141/143

Postscheckkonto Köln 142025

„Fortschrittliche Jugend muß gemeinsam kämpfen“

Von Günter Rombey, Bezirksjugendsekretär der IG Metall Köln und Mitglied der Beobachterdelegation des DGB in Sofia

Ich habe es begrüßt, daß eine so große Beobachterdelegation der Gewerkschaftsjugend an den IX. Weltjugendfestspielen der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft in Sofia teilgenommen hat.

Wir hatten die Möglichkeit, unsere Position bei vielen Diskussionen und Gesprächen mit den verschiedensten Delegationen und bei vielen Einzelgesprächen darzulegen und uns dabei über die Probleme der Arbeiterjugend in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern zu informieren. Erfreulich war der intensive Kontakt, den wir mit den bulgarischen Gewerkschaften hatten.

Die Weltjugendfestspiele haben uns gezeigt, daß die Probleme der jungen Gewerkschafter in der Bundesrepublik Deutschland — die Frage der europäischen Sicherheit, die Bedeutung der Entspannung, die Frage der Rüstungsbeschränkungen, die Gefahr des Neofaschismus in der Bundesrepublik — nicht isoliert zu sehen sind und nur im gemeinsamen Kampf mit der fortschrittlichen Jugend in der ganzen Welt gelöst werden können.

„Ein eindrucksvolles Erlebnis“

Von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ

Die SDAJ hat zum ersten Mal an Weltfestspielen teilgenommen. Ihr Auftreten entsprach dem internationalen und nationalen Festival-Aufruf, für Frieden, Freundschaft und Solidarität einzutreten. Es ist unserer Jugendorganisation gelungen, in diesem internationalen Rahmen wirkungsvoll an die Öffentlichkeit zu treten und eine Reihe von Kontakten zu Jugendverbänden anderer Staaten zu knüpfen. Schwerpunkt in unserem Auftreten war der Kampf gegen den Neonazismus. Dabei konnten wir feststellen, daß es überall große Sorge über die neonazistische Entwicklung in der Bundesrepublik gibt. Weiter hat die Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk bei unserem Auftreten eine große Rolle gespielt.

Zusammenfassend kann man wohl sagen, daß das Festival für alle diejenigen, die im Geiste des Festival-Aufrufes teilgenommen haben, ein voller Erfolg gewesen ist. Wobei freimütig und offen die verschiedenen politischen Ansichten zu den Grundfragen unserer Zeit ausgetauscht werden konnten.

Feststellen kann man aber auch, daß das Festival für alle diejenigen, die nach Sofia gereist waren, um ein Anti-Festival zu betreiben, ein Mißerfolg gewesen ist. Sowohl die rechten Kräfte aus Verbänden des Deutschen Bundesjugendringes wie auch die Linksektierer sind in Sofia in eine hoffnungslose Isolierung geraten. Der Versuch, in Sofia die Politik der Bundesregierung in einem neuen Aufguß zu verkaufen, ist kläglich gescheitert.

Für uns aber, wie für die anderen demokratischen Kräfte aus der Bundesrepublik war das Festival ein eindrucksvolles Erlebnis.



Mit Kampfanzug und Lippenstift: Partisanin der FNL

Bulgarinnen in ihren Trachten



FNL stellt sich vor



SOLIDARITÄT
MIT
VIETNAM

Sie kamen direkt von der Front. Kämpfer der FNL Südvietsams. Überall in Sofia schlug ihnen eine Welle der Sympathie und der Solidarität entgegen. Kämpferische Solidarität, die sich besonders in einer Vielzahl von Geschenken äußerte, in Berichten von Demonstrationen in aller Welt gegen die US-Aggression, in der politischen und militärischen Hilfe der sozialistischen Länder. Journalisten-Redakteure waren im Vietnam-Zentrum Gäste der jungen Kämpfer. Lesen Sie, was wir dort von unseren vietnamesischen Freunden hörten.

Das Mädchen Goldblume

Das grazile Mädchen mit den ebenholzschwarzen Haaren, das uns in der Uniform der süd-vietnamesischen Armee gegenüber sitzt, war vor fünf Jahren eine buddhistische Klosterschülerin. Ein Ring an der linken Hand ist der einzige Schmuck, den sie trägt, und dieser Ring ist aus dem Metall eines abgeschossenen US-Bombers gemacht.

Kim Hoa stammt aus Saigon, und ihr Mädchennaume bedeutet „Goldblume“. Die Kameraden ihrer Partisaneneinheit haben sie als Delegierte zum 9. Festival der Jugend gewählt. Und bevor Kim die 10 000 Kilometer lange Reise antrat, beauftragten sie das Mädchen Goldblume, in Sofia über die Verbrechen der Amerikaner und ihrer Saigoner Marionetten zu berichten.

Dies ist die Geschichte des Mädchens Goldblume:

„Ich war noch sehr jung, als ich zu denken begann. Die amerikanischen Bomben, die auf unsere Schule fielen, der Terror gegen unsere Lehrer, die uns in unserer Religion unterrichteten, veranlaßten mich dazu. Seit 1963 beteiligte ich mich an den Aktionen der Buddhisten gegen das reaktionäre Regime.

Wenn wir auf die Straße gingen, um für die Freiheit der Religion und für die Unabhängigkeit unseres Landes zu demonstrieren, dann ging die Armee der Marionetten mit Bajonetten gegen uns vor. Wir Jungen gingen in den ersten Reihen, denn wir mußten die Ketten der Bajonette durchbrechen.

Die Polizei setzte Geheimagenten ein, um die Jugendlichen in den ersten Reihen zu fotografieren. Am 27. August 1963 wurde meine Freundin Quach Thi Trang bei einer Demonstration erschossen. Ich konnte fliehen, aber zwei Tage später wurden meine Freundinnen Huong und Lien verhaftet. Fünfmal wurde ich gefoltert. — Kim streckt uns die Hände entgegen. In den Handflächen sind Narben zu sehen; sie wurde geschlagen und getreten, aber sie schwieg. Sie wurde mit Elektroschocks gefoltert; an Hände und Brustwarzen wurden Elektroden angeschlossen. Ihre Hände wurden eng zusammengebunden, und



dann wurden Nadeln in ihre Fingerspitzen getrieben.

Sie wurde von zwei Polizisten zu Boden geworfen. Der eine preßte ihre Nase zu, der andere goß ihr eine übelriechende Flüssigkeit in den Mund, aber das Mädchen schwieg.

Immer wieder schrien die Polizisten auf das Mädchen ein: „Wer hat die Demonstration organisiert?“ Die Klosterschülerin brach erschöpft zusammen, aber sie nannte nicht die Namen ihrer Freunde.

Kim zieht ihren rechten Stiefel aus. Fuß und Bein sind mit großen Brandnarben bedeckt. Sie stammen von einer Folterung mit einem glühenden Eisen. —

Kim erzählt: Als sie mich ins Hospital schafften, war ich völlig erschöpft. Die Folterungen hatten mich beinahe irre gemacht. Jede Bewegung verursachte wahnsinnige Schmerzen. Ich hatte nur noch einen Wunsch: Schnell gesund werden, um zur Befreiungsarmee gehen zu können. —

Seit 1963 ist die ehemalige Klosterschülerin Soldat der FNL. Beim Abschied sagt sie: „Ich wünsche euch und euren Familien Glück und Gesundheit. Sagt den Menschen bei euch zuhause, was die Amerikaner und ihre Marionetten unserem Volke antun. Und sagt ihnen, daß wir uns nie, niemals, ergeben werden.“



**SOLIDARITÄT
MIT
VIETNAM**

Kommandeur Huynh Thuc Ba

„Unser Volk ist sehr gut über den Kampf eurer Jugend gegen die amerikanische Aggression informiert“, sagt Thang Hung.

Er war Schauspieler in Saigon, aber der Druck, den das Regime auch auf die Künstler ausübte, die brutale Gewalt mit der es sich an der Macht hielt, veranlaßten ihn, sein Theater zu verlassen. Er ging in die befreite Zone und bat um Aufnahme in die Befreiungsarmee. In den Gefechten kämpft er mit der Waffe in der Hand für die Freiheit seines Volkes, in den Kampfpausen wird er wieder zum Schauspieler, der seine Kameraden mit der Kultur ihrer Heimat vertraut macht.

„Wir haben große Siege errungen. Heute operieren unsere Einheiten in der Hauptstadt des Landes. Wir sind nach Sofia gekommen, um von ihrem Kampf zu berichten und um euch um die Verstärkung eurer Solidarität zu bitten.“

Neben Thang Hung sitzt ein junger Vietnameser, der uns aufmerksam mustert. Auf seinen Knien liegt ein Zeichenblock, und wer beobachtet, mit welcher Leichtigkeit seine Hand den Zeichenstift über das Papier führt, würde nicht vermuten, einem hochdekorierten FNL-Kämpfer gegenüber zu sitzen. Huynh Thuc Ba ist Kommandeur einer Einheit der südvietnamesischen Befreiungsarmee. Er ist 24 Jahre alt, aber er hat schon an 66 Gefechten teilgenommen.

Von einem dieser Gefechte erzählt er: „In der Ortschaft Tam Ky (Provinz Quang Nam) hatte der Feind eine Brücke besetzt. Bei dieser Aktion wurden 32 unbewaffnete Einwohner von Tam Ky ermordet. Die Söldner schleppten das Vieh weg und brannten 105 Häuser nieder.“

Unsere Einheit erhielt den Befehl, die Brücke zurückzuerobern und den Feind zu vernichten. Acht Tage marschierten wir, um unser Ziel zu erreichen. Es war Hochwasser, und wir mußten teilweise bis zur Brust im Wasser gehen. Feuer durften wir nicht machen, um den Gegner nicht vorzeitig zu warnen.“

„Wie ist es möglich, solche Strapazen zu ertragen?“, fragen wir.

„Ich bin eigentlich Arzt, und deshalb weiß ich, daß die Wärme des menschlichen Körpers in solchen Situationen die Rettung sein kann. Wir legten uns in Gruppen von drei oder vier Kameraden nieder und preßten unsere Körper ganz eng aneinander. Außerdem massierten wir uns gegenseitig. Nach einer Woche erreichten wir unser Ziel.“

Während seiner Erzählung entsteht auf seinem Zeichenblatt eine Skizze, die den Verlauf des Gefechtes anschaulich wiedergibt.

„300 Meter vor der Brücke stießen wir auf den ersten feindlichen Vorposten. Nach einem kurzen Feuerwechsel flüchteten die Söldner, aber wir hatten einen Verwundeten. Er hatte viel Blut verloren. Ich verband ihn beim Licht





der Leuchtkugeln und trug ihn zurück zu unserer Nachhut.

In diesem Moment eröffnete die gegnerische Artillerie das Feuer. Ich irrte in der Dunkelheit umher. Endlich entdeckte ich eine provisorische Telefonleitung — eine Spur meiner Einheit. Ein Granatwerfer-Einschlag vernichtete diese Spur. Dann stieß ich auf meine Kameraden, die bereits zwei Vorposten erobert hatten. Dabei war ein weiterer Kamerad verwundet worden. Er lag hilflos zwischen uns und dem dritten Stützpunkt der Söldner. Ich kroch zu ihm. Später entdeckte ich drei Einschüsse in der Sanitätstasche, die ich auf dem Rücken trug.

Gemeinsam brachten wir unseren Kameraden in Sicherheit. Der Gegner war nervös geworden, und das war unsere Chance. Während mir ein Maschinengewehr Feuerschutz gab, robbte ich auf den Hauptbunker der Feinde zu. Es gelang mir eine 3-Kilo-Sprengladung anzubringen und zu zünden. Die Explosion zerstörte den Bunker; nur fünf Söldnern gelang die Flucht. Wir verfolgten sie, und es entkam uns keiner.

Im gleichen Augenblick konzentrierte die

feindliche Artillerie das Feuer auf den eigenen Stützpunkt. Das ist übrigens typisch für die Kriegsführung des Gegners, der bedenkenlos die eigenen Leute opfert, wenn er befürchten muß, daß ein weiterer seiner Stützpunkte in unsere Hände fallen könnte.

Der Rest ist schnell erzählt: Die Bevölkerung half uns, die erbeuteten Waffen zu bergen. Sie steht auf unserer Seite, und darin besteht unsere Stärke und Unbesiegbarkeit."

Nichts Prahlendes ist an diesem jungen Partisanen-Kommandeur. Sein Bericht ist sachlich. „Zur Zeit“, so berichtet Huynh Tuc Ba, „verstärkt der Feind seine Bemühungen, unsere jungen Männer in die Söldnerarmee zu pressen. Es wird ihm nichts nutzen. Die Zahl der Deserteure wächst, mit Gewalt kann man keine Kämpfer machen.

Ich möchte euch, auch im Namen meiner kämpfenden Kameraden sehr herzlich dazu gratulieren, daß euer Redaktionsteam gestern mit einem 1. Preis beim internationalen Wettbewerb der Jugendpresse ausgezeichnet worden ist. Ich möchte euch jedoch bitten, eure Solidarität in unserem gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Neofaschismus zu verstärken...“

Georg W. Alsheimer Vietnamesische Lehrjahre

Suhrkamp Verlag

*Bericht eines deutschen Arztes aus
Vietnam*

1961 — 1967

488 Seiten - Kartoniert - DM 18,—

1961 kommt der deutsche Arzt Georg W. Alsheimer nach Vietnam, um als Dozent für Neurologie und Psychiatrie an der Universität Hué zu lehren. Er kommt ohne besondere Kenntnisse über das Land, ohne ausgeprägte politische Ansichten. Sechs Jahre später gilt er als vorzüglicher Vietnam-Experte und trägt durch seine Aussagen vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Roskilde dazu bei, daß die amerikanische Vietnam-Politik und die Hilfsdienste der Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit angeprangert werden. Was dazwischen liegt, sind — im Goetheschen Sinn des Wortes — Lehrjahre: angefüllt mit Erfahrungen und Erlebnissen, die einen Lernprozeß auslösten, ihn nicht nur Vietnam anders sehen lehrten, sondern ihn selbst zu einem anderen machten. Im Mittelpunkt dieser sechs Jahre stehen die Buddhisten-Unruhen in Hué, die das Ende der Diem-Diktatur einleiteten. Alsheimer, der Zeuge der Terroraktionen war, Dokumente darüber veröffentlichte und deshalb das Land verlassen mußte, hat das Seine zum Sturze Diems beigetragen. Als er nach Saigon zurückkehrte, waren seine vietnamesischen Freunde, mit denen er einst politische Zukunftspläne geschmiedet hatte, Minister geworden, aber von den alten Plänen war wenig übriggeblieben, man machte „Politik“ und führte Krieg. Für Alsheimer jedoch gingen die Lehrjahre weiter, mit neuen Erlebnissen und neuen Erkenntnissen. Er berichtet von all dem mit der Spontaneität und Genauigkeit des unmittelbar Betroffenen, und er zieht den Leser mit hinein, läßt ihn mit sich erleben und lernen, macht ihn bekannt mit Schlüsselfiguren der jüngsten Geschichte Vietnams, deren genaue und intime Porträts er zeichnet, aber auch mit ganz namenlosen Angehörigen dieses Volkes, Barmädchen, Patienten, „Viet-Congs“, die nicht weniger Schlüsselfiguren seines Berichtes sind — eines Berichtes, der nicht nur politische Brisanz besitzt, sondern auch politische Erfahrungen vermittelt; der nicht allein von Abenteuern erzählt, sondern selbst Abenteuer auslösen wird: im Bewußtsein seiner Leser.

Suhrkamp Verlag · 600 Frankfurt/Main
Postfach 2446 / SDPO 1



SOLIDARITÄT
MIT
VIETNAM

13 Jahre alt: Kundschafter Pham Van Binh

Wir treffen uns in Sofia, am Fuße des Witscha-Massivs, in der Stadt des 9. Jugendfestivals. Das lebensfrohe Treiben tausende: Jungen und Mädchen aller Hautfarben, das bunte Kleid, das sich die Balkan-Metropole zu Ehren ihrer Gäste angelegt hat, bilden einen ungewöhnlichen Kontrast zu den Kampfanzügen der südvietnamesischen Abordnung. Sie lassen auch hier, wo man tiefsten Frieden wohnt, einen Hauch jener gigantischen Schlachten wehen, mit denen ein Volk auf der anderen Hälfte der Erdkugel um seine Freiheit und Unabhängigkeit ringt. Pham Van Binh, Uin Tuk Ba, Nok Hoa, Than-Hung – hinter jedem dieser fremd klingenden, ungezählten Namen, steht ein Mensch voller Kühnheit und Entschlossenheit, bereit, mit seinem Blut den Ansturm der frechen Eindringlinge zurückzuschlagen. Verwundert es da, wenn diese tapferen Soldaten auf den Magistralen und in den Quartieren der Festival-Stadt stets von einem Knäuel Jugendlicher umlagert sind, die ihre Wißbegier stillen, ihre Anteilnahme und Solidarität zum Ausdruck bringen wollen?

So bleibt nicht viel Zeit, den 13-jährigen (!) Pham Van Binh zu fragen, wann und warum er seinen Platz in der Nationalen Befreiungsarmee suchte.

„Es begann am 7. Februar dieses Jahres. Ich zog mit den Kühen auf die Weiden vor unserem Dorf. Es war ein trügerisch-friedlicher Tag, denn urplötzlich tauchten große Flugzeuge mit dem weißen amerikanischen Stern am Horizont auf. Schnell warfen sie ihre Bombenlast ab. Unser Dorf stand in Flammen. Splitter trafen und verwundeten mich. Auch feindliche Panzer – denen Soldaten folgten – rollten drohend heran. Noch heute entsinne ich mich, daß seinerzeit Angst in mir aufstieg. Es war ein Chaos, und zunächst wußte ich nicht, was ich tun sollte. Ich haßte jene, die unser Dorf verwüsteten und meine Schule dem Erdboden gleichmachten. Ich haßte sie unbändig. Dann wußte ich: ich würde kämpfen, ich würde zu einer Einheit unserer Befreiungsarmee gehen.“

Der Tod des Bruders, der durch die Kugel eines amerikanischen Eindringlings fiel, bestärkte Pham Van Binh in seinem Entschluß, und er eilte zu seinem zweiten Bruder, der als Chef die Partisanen des Dorfes Hai Hoa und seiner Umgebung befiehlt. „Ich möchte bald ohne Kriegslärm aufwachen und lernen können. Auch deshalb kämpfe ich heute wie hunderttausende meiner Landsleute. Seit meiner Kindheit kenne ich nichts anderes als Bomben, Bomben und Granaten, die auf mein Haus, auf die Häuser meiner Nachbarn und Freunde fallen. Ich lebe in einer freien Zone Südvietnams, in einem



Militärs ‚regiert‘ wird. Auch kann ich die Schule besuchen, wenn die Amerikaner sie nicht gerade zerstört haben. Doch selbst dann kapitulieren wir nicht: wir graben unsere Schule tief unter die Erde, wo wir auch vor den Geschossen sicher sind . . .“ Wenn er mit wichtigen Nachrichten für seine Freunde in der Befreiungsarmee oder in den Partisaneneinheiten durch den Dschungel hastet, wenn er feindliche Linien auf Schleichwegen passiert, um auf der Seite des Gegners Erkundungen anzustellen, lauern überall Gefahren. Pham Van Binh weiß darum. Er wäre kein Kind, befiehe ihn bei seinen schwierigen Aufträgen bisweilen nicht auch die Furcht . . .

In Sofia jedoch ist ihm das Gefühl der Angst fremd. Hier kann er unbeschwert lachen, trifft er viele neue Freunde, die ihn umarmen, kleine Erinnerungsstücke mit ihm tauschen. Wir sitzen im Direktionszimmer einer neuen, modernen und hellen Schule, die für die Dauer des Festivals von den bulgarischen Dimitroff-Komsomolzen als „vietnamesisches Zentrum“ eingerichtet worden ist.

50 000 Besucher überzeugten sich hier innerhalb weniger Tage vom Heldentum eines kleinen, aber zähen Volkes, das erfolgreich der gigantischen Kriegsmaschinerie einer Großmacht Paroli bietet. Von diesem Kampf berichten eindrucksvolle und erschütternde Fotos, Teile abgeschossener Terrorbomber, Waffen aus Bambusspitzen und schwere, geflochtene Schutzhüte gegen die berüchtigte Kugelbombe, Dinge des täglichen Bedarfs, die ein Soldat der Befreiungsarmee benötigt.

Pham Van Binh spürt hier, daß die demokratische Jugend der fünf Kontinente an seiner Seite steht. Täglich und stündlich nehmen er und seine Kameraden aus dem Süden und Norden ihres Landes Zeichen einer weltumspannenden Solidarität entgegen, die ihnen ein verlässlicher Partner im schweren Ringen ist. Und in Sofia erlebt Pham Van Binh auch das andere, das bessere Amerika, als Rose aus Los Angeles und Bob aus New York mit fünfzehn anderen jungen Amerikanern Blut für Vietnam spenden.

HANS-PETER BREUCH



Unzählig waren die geplanten und spontanen Begegnungen des Teilnehmerkreises aus der Bundesrepublik mit Gruppen aus anderen Ländern. Der Arbeitskreis Festival war bei 32 bilateralen Freundschafts- und Diskusstreffen der Gastgeber. Wie hier die bulgarischen Freunde wurden Delegationen empfangen aus Nord- und Südvietnam, Laos, Rumänien, UdSSR, Mali, Angola, Guinea, Chile, DDR, CSSR, Griechenland, Polen, Frankreich, Indien, Jugoslawien, Italien, Österreich, Finnland, Israel, Ungarn, Mozambique und Nordkorea.

Zahlreich waren auch die Begegnungen mit der Jugend Bulgariens, des unvergeßlichen Gastgeberlandes des Festivals. Die jungen Bundesdeutschen trafen mit bulgarischen Jugendlichen und Arbeitern aus den Patentbetrieben „Balkancar“ (Maschinenbau) und „Pharmachim“ (Chemie) zusammen, die in der Betreuung unvergleichliche Anstrengungen unternommen haben.



Das Festival hatte auch zahlreiche prominente Vertreter der älteren Generation zu Gast. Sie berichteten der Jugend über ihre Arbeit und ihren Kampf. Die Kosmonautin Valentina Tereschkowa, ihr Kollege Aleksej Leonow und die Schriftstellerin und Heldin der Sowjetunion Nikolawna Lewtschenko (unser Bild) gehörten als Ehrgäste der Festivaldelegation der UdSSR an. Aus der Bundesrepublik war Pastor Martin Niemöller Ehrengast des Festivals. Er war u. a. Präsident des Treffens junger Gläubiger.

Die Gewerkschaftsjugend des DGB hatte 16 Funktionäre als Beobachterdelegation nach Sofia entsandt. Auf unserem Bild von links: Klaus Stentzel (Bundesjugendsekretär Gew. Holz und Kunststoff), Hinrich Oetjen (Bundesjugendsekretär IG Chemie), Günter Rombey (Bezirksjugendsekretär IG Metall Köln), Gerd Lütgert (Jugendsekretär beim Vorstand der IG Metall) und Herbert Neumann (Landesjugendsekretär DGB Baden-Württemberg). Der Delegation, die vom Leiter der Abteilung Ausland im DGB-Bundesvorstand, Otto Kersten, geleitet wurde, gehörten auch Vertreter der Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gaststätten, Post, Eisenbahner und ÖTV an. Die Delegation erklärte zum Abschluß des Festivals: „Wir konnten zahlreiche Gespräche mit Vertretern anderer Delegationen führen, die uns umfangreiche Informationen, neue Kontakte und Meinungsaustausch über die Themen des Festivals — Solidarität, Frieden und Freundschaft — sowie über die Haltung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen — sowohl sozialistischen als auch kapitalistischen — Ländern ermöglichten.“



Erfolgreiche Festivalisten

Auszeichnungen und Anerkennung

Ausgezeichnet wurde während des Festivals nicht nur unser Jugendmagazin „elan“ (siehe Seite 13). Erfolgreich war auch die Beatband „the speeders“ aus Stuttgart. Die Band war mit den Bundesjugendringverbänden nach Sofia gekommen. 12 000 begeisterte Festivalteilnehmer jubelten den fünf Studenten zu, als sie mit ihrem „Beach-Boy“-ähnlichen Sound in der Festival-Halle auftraten. Im Wettbewerb um die beste Interpretation russischer Lieder, der von der sowjetischen Delegation veranstaltet wurde, errangen sie den zweiten Platz. Aufsehen erregte der 20jährige Student Bernd

Schönauer, Mitglied des SDS und der SDAJ, mit einem Vortrag in der Offenen Tribüne „Kapitalismus — Sozialismus“. Der junge Soziologe aus München wurde von der bulgarischen Presse und dem Fernsehen interviewt. Das Mitglied des Politbüros der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Prof. Pavlov empfing ihn zu einem mehrstündigen Gedankenaustausch.

Robert Junk und Andreas Achenbach, zwei weitere Münchener Festival-Teilnehmer, wurden in der bulgarischen Presse für ihr Auftreten beim antifaschistischen Meeting gewürdigt.

Mitglieder des Arbeitsausschusses des Arbeitskreises Festival nahmen an Empfängen teil, die der Vorsitzende des Ministerrates und erste Sekretär der bulgarischen KP, Todor Schiwkow, gab.

SDAJ — Freunde in aller Welt

Bilanz von Sofia

Eine sehr erfolgreiche Bilanz konnte die jüngste Arbeiterjugendorganisation der Bundesrepublik nach dem Festival ziehen:

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) nahm in Sofia an rund 50 Freundschaftstreffen mit anderen nationalen Delegationen teil. Die SDAJ-Delegation beteiligte sich an allen Kampfmeetings, Demonstrationen und Kundgebungen sowie an den Foren und Colloquien des Festivals.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Wolfgang Gehrcke sprach bei einem Treffen über 11

Am 1. August überreichten die Delegationen der Bundesrepublik ihre Solidaritätsgeschenke für die Vietnamesen: Die SDAJ Geschenke im Wert von fast 20 000 DM; Verbände des DBJR Medikamente im Werte von 5000,— DM und die Naturfreundejugend im Wert von 8000,— DM.

Geschenke überreichten auch die Vertre-

tungen der DFU, der Deutschen Jugend-Gemeinschaft, unseres Jugendmagazins und verschiedener Jugendclubs.

Unser Bild zeigt Peter Stange, Mitglied des Bundesvorstandes der SDAJ, bei seiner Ansprache im Vietnam-Zentrum anlässlich der Übergabe der Geschenke.



Peter Dürrbeck (28) sprach als Vertreter der VVN auf dem internationalen Meeting gegen den Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland. Der 1966 von einer politischen Strafammer verurteilte Dürrbeck, dessen Warnung vor der neonazistischen Gefahr als strafverschärfend gewertet worden war, stellte klar: „Solche Methoden verhindern nicht, daß immer mehr junge Menschen erkennen: Der Feind steht rechts! Die Reaktion in unserem Lande ist sich einig. Wir werden stärker sein, wenn wir im Kampf gegen Neonazismus, für Demokratie und Frieden zur Gemeinsamkeit finden.“ Der Redner ließ es nicht bei der Verurteilung der NPD bewenden, sondern zeigte auch die Faktoren auf, die ein Anwachsen des Neonazismus begünstigten: die Politik der Bundesregierung mit ihrer Nichtanerkennung europäischer Grenzen, mit ihrer Duldung von Faschisten in führenden Positionen, mit ihrer Notstandsgesetzgebung.

Einige DBJR-Funktionäre, die nichts unversucht gelassen hatten, die Bundesregierung von dem Vorwurf reinzuwaschen, den Neonazismus zu begünstigen (Klaus Flegel: „Neonazismus hat mit der Person des Bundeskanzlers nichts zu tun.“), veranlaßten eine große Zahl der DBJR-Teilnehmer dazu, unter einem Vorwand die Kundgebung zu verlassen. Vorher verteilten sie Flugblätter, in denen sie bedauerten, keinen Redner stellen zu können. Der Grund: Aus jedem Land konnte bei dieser Kundgebung nur ein Redner auftreten.

Das Treffen wurde trotz der Störung zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen den Neonazismus.



Die DDR war mit einem Großaufgebot in Sofia vertreten: 700 Delegationsteilnehmer und 500 Touristen. Als Ausdruck ihrer Solidarität mit der vietnamesischen Jugend übergab die Delegation 2,5 Millionen Mark aus der FDJ-Aktion „Eine Schiffsfracht für Vietnam“ sowie 20 Motorräder. Die DDR-Delegation hatte zu 40 Freundschaftstreffen ein-

geladen. Vertreter aus 52 Ländern folgten den Einladungen. Insgesamt war die DDR-Festivaldelegation auf über 280 Veranstaltungen, Foren und Treffen vertreten.

Erstmals führte die FDJ in Sofia offizielle Gespräche mit den jungsozialisten und der Naturfreundejugend.

„Die sozialen Probleme junger Arbeiter, Analphabetentum, Hunger und Arbeitslosigkeit“. Stellvertretender Bundesvorsitzender Erwin Seel referierte bei Freundschaftstreffen über Fragen der Mitbestimmung der Arbeiterjugend. Über die „Emanzipation der Frauen und Mädchen“ sprach SDAJ-Funktionär Ingrid Leitgeb (18). Karin Planthaber sprach im Forum junger Gewerkschafter. In der offenen Tribüne „Kapitalismus — Sozialismus“ hielt der 20jährige Student Bernd Schönauer (SDS und SDAJ) aus München sein stark beachtetes Referat.

Die SDAJ hat durch die Weltfestspiele viele internationale Kontakte hergestellt. Sie traf zu Gesprächen zusammen mit dem Leninschen Komsomol (UdSSR), dem Dimitrov-Komsomol (Bulgarien), dem Zentralrat der FDJ, dem sozialistischen ZMS (Polen), dem kommunistischen Jugendverband KISZ (Un-

garn), dem Jugendverband Malis, mit sozialistischen Jugendorganisationen Chiles und mit dem Kommunistischen Jugendverband Norwegens. Mit Vertretern der Kommunistischen Jugend Rumäniens und des tschechoslowakischen Jugendverbandes CSM wurden Vorgespräche geführt. Die SDAJ erhielt Einladungen nach Mali, Ungarn und Polen. Im Herbst werden der Bundesvorstand der SDAJ und der Zentralrat der FDJ in Berlin zu Gesprächen zusammentreffen.

Die Delegation konnte den Vertretern der Jugend der FNL Südvietnams und der Demokratischen Republik Vietnam Solidaritätsgeschenke im Werte von rund 20 000 DM übergeben. Die Mittel für diese Geschenke — Medikamente, Fahrräder, Werkzeugkästen, Sprechfunkgeräte, Kindernahrung, Radios — haben die Mitglieder des erst drei Monate alten Verbandes in Sammlungen aufgebracht.

Überreicht wurden auch 200 Dollar, die von Soldaten der Bundeswehr in Bayern gespendet wurden.

Die 15 Mitglieder der SDAJ-Delegation und einige weitere SDAJ-Mitglieder, die Delegationen anderer Vereinigungen angehörten, konnten eine größere Zahl neuer Mitglieder unter den westdeutschen Festival-Teilnehmern gewinnen.

Für kämpferische Berichterstattung:

1. Preis für elan



Han Van Hue von der FNL-Delegationsleitung . . .



...und ein Vertreter der IOJ beglückwünschen die elan-Redakteure und überreichen als Preis eine wertvolle Filmausrüstung.

Die Solidarität mit dem kämpfenden Volk Vietnams war uns, den Redakteuren des elan, immer Herzenssache. Genau wie den tausenden jungen Menschen unseres Landes, die in den verschiedensten Formen gegen die amerikanische Aggression und die politische, finanzielle und moralische Unterstützung durch die Bundesregierung demonstriert haben. Wir haben unsere Berichterstattung in den Dienst der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk gestellt.

Eine besondere Form der Anerkennung für den Beitrag unseres Jugendmagazins im Kampf gegen die US-Aggression wählte die Internationale Organisation der Journalisten (IOJ). Beim Treffen junger Journalisten aller Länder verlieh die IOJ Preise für „beispielhafte Berichterstattung über den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Aggression und für die Entwicklung der Solidarität“. Die IOJ entschied sich, zwei 1. Preise zu vergeben. Ausgezeichnet wurden damit ein finnischer Bildjournalist und das Redaktionsteam des elan. Den 2. Preis erhielt der Korrespondent der „Komsomolskaja Prawda“, Andrej Kruschinski, für seine Reportagen aus Vietnam. In einem kurzen Dankeswort erklärte elan-Chefredakteur Karl Hubert Reichel: „Das Redaktionsteam des elan betrachtet diese Auszeichnung sowohl als Verpflichtung zur Verstärkung der Solidarität als auch als Anerkennung der vielfältigen Aktionen der engagierten Jugend- und Studentenverbände der Bundesrepublik.“

„Die Solidarität war das wichtigste“

Von Jürgen Laimer, Landesvorsitzender der Naturfreundejugend Rheinland und Delegationsleiter der NFJD in Sofia

Sofia hat in eindeutiger Weise die Solidarität der Jugend und Studenten mit der um ihre Befreiung kämpfenden vietnamesischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Das war die wichtigste Funktion des Festivals.

Eine weitere wichtige Funktion erfüllte das Festival ungewollt: Die interne Diskussion innerhalb der Verbände des Bundesjugendringes, ausgelöst durch dessen offensichtliches Dilemma der zahlreichen „Pannen“, wie die Propaganda-Broschüre, Auszug aus der antifaschistischen Kundgebung und die völlig einseitige Pressepolitik, die zur Distanzierung der Jungsozialisten und der Naturfreundejugend führte.

Die politische Diskussion in den Veranstaltungen hätte ich mir etwas intensiver und konkreter gewünscht. In den Seminaren wurden eher Referate als Diskussionsbeiträge gehalten. Die Hauptschwierigkeit scheint mir in den unterschiedlichen Problemen der Entwicklungsländer, der sozialistischen Länder und der kapitalistischen Länder zu liegen. Es ist notwendig, die Themen mehr zu konkretisieren. Die zu allgemeine Thematik erschwerte aus dem oben genannten Grund die Diskussion. Es müßte der Versuch unternommen werden, möglichst alle Teilnehmer an den Diskussionen zu beteiligen. Dazu ist es erforderlich, das kulturelle Programm weitgehend zu reduzieren. Es wäre zu überlegen, neue Formen der Diskussion, große Teachs neben den Seminar-Veranstaltungen in stärkerem Maße zu berücksichtigen.

Ein Thema benötigt meiner Ansicht nach breiteren Raum in der Diskussion: Die politischen Unterschiede in der Arbeiter- und Studentebewegung der kapitalistischen Länder.



Diskussion wurde geführt: Dutzende politische Colloquien und Streitgespräche in Sofia.

Festival in Kürze

Angewachsen ist die Zahl der teilnehmenden Länder beim Festival. Während 1962 in Helsinki aus 133 Ländern 11 204 ausländische Teilnehmer anwesend waren, hatte das IX-Festival in Sofia 142 Länder bei sich zu Gast. Unter den 20 000 Teilnehmern waren 14 018 Ausländer. Besonders Afrika und Asien waren stärker vertreten als in Helsinki.

Junge amerikanische Kriegsgegner trafen sich mehrfach im Vietnam-Zentrum mit jungen Vietnamesen. Viele von ihnen spendeten Blut für Vietnam. Sie gehörten zu jenen jungen US-Bürgern, die aus Protest gegen die Politik ihrer Regierung aus der Armee desertiert sind oder die ihre Militärpapiere verbrannt hatten. Einer von ihnen, Bill Jones, meinte über die US-Aggression: „Sie ist ein Vernichtungskrieg gegen das vietnamesische Volk. Jeder, der sich mit Vietnam solidarisch fühlt, muß mit allen Mitteln gegen diese Aggression kämpfen.“

Auf dem Solidaritätsmeeting mit den arabischen Völkern verurteilten die Teilnehmer die imperialistische Aggression Israels gegen Syrien, Jordanien und die VAR als „Glieder in der Kette der Globalstrategie der USA gegen Frieden. Sicherheit und gegen die nationale

Befreiungsbewegung“. Die Teilnehmer forderten die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression, vor allem den bedingungslosen Abzug der israelischen Truppen aus den im Krieg besetzten arabischen Gebieten, entsprechend den Resolutionen der UNO.

In herzlicher Atmosphäre verliefen mehrere Freundschaftstreffen, die die Vertreter aus der CSSR mit ihren Freunden aus den Nachbarstaaten Bundesrepublik und DDR zusammenführten. Bei einem Treffen mit der DDR-Delegation versicherte Bedrich Barock, Leiter der Internationalen Abteilung und Mitglied des ZK des CSSR-Jugendverbandes CSM, seinen Freunden von der FDJ: „Wir werden mit euch immer gemeinsam gegen den westdeutschen Neonazismus und Imperialismus kämpfen. Wir möchten euch dessen versichern, daß wir die Freundschaft mit der FDJ niemals verraten werden.“

Im Geiste der Freundschaft und Verständigung verlief eine **Begegnung zwischen Mitgliedern der DDR-Delegation** und der Delegationen des Arbeitskreises Festival der Bundesrepublik. Bis in die Nacht hinein diskutierten die jungen Arbeiter und Studenten aus beiden deutschen Staaten.

Täglich 5000 Gäste wurden im Antifaschistischen Zentrum der Weltfestspiele gezählt. In dem Zentrum konnten antifaschistische Literatur bezogen und Ausstellungen besichtigt werden. Die Festivalteilnehmer trafen sich dort mit Opfern des Faschismus, mit ehemaligen politischen Häftlingen und Partisanen. Außerdem wurden Dokumentarfilme gezeigt und Foren veranstaltet. Als Ergebnis der zahlreichen Diskussionen veröffentlichte das Antifaschistische Zentrum eine Erklärung, in der es heißt:

„Wir, die junge Generation, die Zukunft der Welt, haben die Schrecken des zweiten Weltkrieges, die der Faschismus hervorrief, nicht miterlebt. Doch wir werden nie zulassen, daß vor unseren Augen der Faschismus wiedergeboren wird. Wir werden weder zulassen, daß sich das Verlangen der deutschen Bundesrepublik nach Revanche, noch ihre Absicht verwirklicht, beide deutsche Staaten zu vertreten. Wir werden nie mit ihrer Nichtanerkennung des Status von Westberlin einverstanden sein. Wir werden nie zulassen, daß sich die krankhaften Ambitionen der militaristischen Kreise in Westdeutschland nach Atomwaffenbesitz verwirklichen.“

Weiter wurde festgestellt, „daß die sogenannte Ostpolitik der deutschen Bundesrepublik nichts anderes als eine geschickte Tarnung ihrer wahren Ziele und Absichten ist.“

*Seit 50 Jahren werden Schüler
und Lehrlinge
mit Versprechungen abgespeist.*

*Seit 50 Jahren
betrügt man sie um ein
fortschrittliches*

*Berufsausbildungsgesetz. Kommt es zum
Marsch der Jugend nach Bonn?
Die Forderung heißt*

BERUFS AUSBILDUNGS GESETZ JETZT!

Von Hans-Jörg Hennecke

„Dem Bundestag liegt ein Gesetz vor, das die Berufsausbildung neu regeln soll. Ich gebe zu, daß das Gesetz einen langen Leidensweg hat. Zum ersten Mal wurde darüber vor 47 Jahren diskutiert.“

Der Mann, der das jetzt gegenüber dem „Stern“ erklärte, muß es wissen. Josef Stingl, langjähriger Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, gehört seit 1953 dem Bundestag an. Als CDU-Abgeordneter.

Ausbildung zum Untertanen

Die Forderung nach einem Berufsausbildungsgesetz, das den Bedürfnissen der jugendlichen Arbeitnehmer entspricht, steht seit dem 1. Weltkrieg im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Forderungen. Die entsprechenden Vorschläge, Forderungen und Gesetzentwürfe würden ein ganzes Archiv füllen. Doch getan hat sich praktisch gar nichts.

Das Ergebnis:

„Es gibt Berufe ohne Zukunft, aber immer noch wird jungen Menschen empfohlen, sie zu erlernen. Warum?“

Es gibt Betriebe, die gar nicht in der Lage sind, jungen Menschen etwas beizubringen, aber sie dürfen Lehrlinge als billige Arbeitskraft ausnutzen.

Es gibt Berufsschulen mit hinterwälderischer Ausrüstung und unzureichenden Lehrkräften. Das ganze System unserer Ausbildung entstand im Mittelalter; es förderte den Untertanengeist, wie sollte es da demokratisch sein?“ („Stern-Berufsreport“ 1968)

1 400 000 Jugendliche befinden sich zur Zeit in der Bundesrepublik in einem Ausbildungsverhältnis. Aber nur 20 bis 25 % werden unter Bedingungen ausgebildet, die den beruflichen Anforderungen von heute entsprechen. Die

Mehrzahl der übrigen Lehrlinge wird in den Ausbildungsbetrieben nur als billige Arbeitskraft verwendet. Das gilt ganz besonders für das Handwerk, in dem auch heute noch ein Drittel aller Lehrlinge ausgebildet werden. Drastisch belegen das einige Zahlen:

● Von 221 000 Beschäftigten im Kraftfahrzeughandwerk sind 86 000 Lehrlinge.

● Von 169 000 Beschäftigten im Elektro-Installateur-Handwerk sind 65 000 Lehrlinge.

● Die absolute Spitze hält das Radio- und Fernseh-Techniker-Handwerk. Von 22 000 Beschäftigten sind dort 10 000 Lehrlinge!

Heute Lehrling, morgen Hilfsarbeiter?

Siegfried Müller, Jugendsachbearbeiter beim Hauptvorstand der IG Metall meint dazu: „Die Lehrlinge, die in diesen und in einer Reihe anderer Berufe ausgebildet werden, finden wir nachher an den Fließbändern in der Industrie als ungelernete Arbeiter wieder. Dies ist einfach ein Beweis dafür, daß es nicht stimmt, daß die Ausbildung beim Handwerk in guten Händen liegt.“

Die gleichen Erfahrungen konnte Manfred Baumgart in der Praxis machen. Er ist Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung bei Mannesmann in Duisburg und Mitglied des Bundesvorstandes der SDAJ.

„Eine Untersuchung in einem Hüttenwerk mit 5600 Arbeitern zeigt: Nur 25 von Hundert waren Facharbeiter. Also hatte nur ein Viertel der Arbeiter von Anfang an die Absicht, in einem Hüttenwerk zu arbeiten. Die restlichen drei Viertel dagegen waren angelernte oder

umgeschulte Arbeiter. Da gab es u. a. 230 Bergleute, 110 Anstreicher, 220 Bäcker, 90 Metzger, 40 Sattler, 90 Schneider und Schuhmacher, 50 Dachdecker, 40 Gärtner, 20 Köche und Kellner. Und wer sich die Haare hätte schneiden lassen wollen, der hätte in diesem Hüttenwerk auch noch 40 gelernte Friseure gefunden.“

Extraprofit durch „Ausbildung“

Resümiert Baumgart: „Die Hälfte aller Lehrlinge lernt zwar, aber sie wird nichts. Sie lernt nicht, um später einmal einen Beruf zu haben. Sie lernt ganz einfach, um den Gewinn ihres Chefs zu erhöhen. Ihre Lehrzeit ist nichts anderes als eine Leerzeit.“

Diese Leerzeit ist der große Profit der Unternehmer. Wen wundert es, daß sie all ihren Einfluß geltend machen, ein modernes Berufsausbildungsgesetz zu verhindern?! Pro forma sprechen sie sich zwar auch für ein Gesetz aus, aber...

„Das Prinzip der Selbstverwaltung der Wirtschaft auf dem Gebiet der Berufsausbildung muß aufrechterhalten werden, da niemand die Berufsausbildung besser überwachen kann als die Wirtschaft selbst, in der sich der größte Teil der Ausbildung vollzieht. Eine staatliche Regelung dürfte kaum bessere Möglichkeiten zur Ordnung oder Durchführung der Berufsausbildung bieten, weil die Selbstverwaltung unkomplizierter, elastischer und wirklickeitsnaher arbeiten kann.“ (Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1967, Seite 80). Das Wollen der Unternehmer wird da selbst dem Lehrling im Ersten klar: es soll so weitergewirtschaftet werden wie bisher. Zu ihrem Nutzen.

Daß die bei uns praktizierte Berufsausbildung ausschließlich auf die momentanen Bedürfnisse der Unternehmer zugeschnitten ist, wird 15



Mit einer Ausbildung von gestern.



die Technik von morgen meistern?

auch an einem anderen Beispiel deutlich. Allein im Bereich Eisen und Metall gibt es 103 anerkannte Lehrberufe. Da finden sich Berufsbezeichnungen wie Metallbrillenmacher, Gewehrgraveur, Sägenrichter oder Universaldrücker.

SPD und CDU gegen Arbeitnehmer

Allein der Gedanke, mit einer Ausbildung in diesen Berufen die Technik von heute, die Automaten von morgen zu beherrschen, ist grotesk. Und doch streben Unternehmer und Bundestagsparteien offensichtlich an, den vorhandenen Zustand in der Berufsausbildung weitgehend zu zementieren. CDU und FDP haben gemeinschaftlich 1966 einen Gesetzentwurf vorgelegt, die SPD im gleichen Jahr ebenfalls einen. Die geistige Verwandtschaft mit Unternehmer-Vorstellungen ist unverkennbar. So sträuben sich sowohl CDU/FDP als auch SPD gegen die gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer in allen Fragen und Institutionen der Berufsausbildung. So will die SPD den Arbeitnehmern in den Ausschüssen für Berufsausbildung nur ein „Mitwirkungsrecht“, aber keine Mitbestimmung einräumen.

Entschieden verwahrte sich der Bundesvorstand des DGB gegen dieses Ansinnen der SPD: „Eine derartige Benachteiligung der Arbeitnehmer ist unzumutbar. Es ist unverständlich, daß die SPD nicht die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer berücksichtigt.“

Werner Sprenger, SPD-Mitglied und Betriebsjugendvertreter auf Zeche Hansa in Dortmund, sieht das so: „Die SPD hat ihren Entwurf im August 1966 vorgelegt. Vier Monate

später saß sie in der Großen Koalition. Der Gesetzentwurf war eindeutig auf Anbiederung ausgerichtet.“

Der DGB hat bereits 1959 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die dort aufgestellten Forderungen sind nach wie vor aktuell:

- Das Berufsausbildungsgesetz muß alle Ausbildungsbereiche einschließen.
- Eine Berufsausbildungsforschung ist unumgänglich. Sie muß sich um bestmögliche Formen und Methoden der beruflichen Ausbildung bemühen.
- Betriebe und Ausbilder müssen für ihre Tätigkeit geeignet sein.
- Dringend erforderlich ist die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der beruflichen Bildung.
- Die künftige Finanzierung der Berufsausbildung darf nicht — wie von den Parteien in ihren Entwürfen gefordert — zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Außerdem haben die Gewerkschaften Stufenpläne für die Berufsausbildung vorgeschlagen. Sie sehen vor, daß Lehrlinge nicht gleich zu Beginn ihrer Ausbildung spezialisiert werden. Das erste Lehrjahr führt alle Lehrberufe einer Branche gemeinsam an die erforderlichen Grundkenntnisse heran. Niemand braucht sich unmittelbar nach Abschluß der Schulzeit, also ohne Kenntnis der Berufswelt, für einen Beruf zu entscheiden. Hinzu kommt als dringendes Erfordernis, die Berufsschulzeit erheblich auszudehnen. Berufspädagogen sind der Ansicht, daß die Berufsschulzeit $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ der Lehrzeit betragen

müsse. In dieser Zeit soll neben der schulischen Berufsausbildung auch die grundlegende Bildung weitergeführt werden.

„Wir werden nur gehört, wenn wir auf die Straße gehen!“

Doch von der Realisierung der gewerkschaftlichen Forderungen sind wir so weit entfernt, wie der Zunftgeselle des Mittelalters vom modernen Automaten.

Das betrifft alle Bereiche unseres Bildungssystems. Seit Jahrzehnten schoben wechselnde Regierungen die Hochschulreform vor sich her. Auf die Tagesordnung gekommen ist sie erst, seit sich die Studenten nicht mehr mit papiernen Protesten zufrieden gaben. Seit sie auf die Straße gingen, demonstrierten und dabei wohl auch mal eine Fensterscheibe zu Bruch ging.

Noch länger dauert mittlerweile der Kampf um ein zeitgemäßes Berufsausbildungsgesetz. Papiere und Resolutionen haben uns auch in dieser Frage kaum einen Schritt vorgebracht. Die Entwürfe schmoren zur Zeit beim Bundestagsausschuß für Arbeit. Der „Kressbronner Kreis“ der CDU/CSU-SPD-Koalition hat die Berufsausbildung nicht in den Katalog der noch zu bearbeitenden Probleme aufgenommen. Daß heißt, auch in dieser Legislaturperiode soll es kein Gesetz geben. Seit 50 Jahren werden wir nunmehr vertröstet.

Und es wird alles beim alten bleiben, wenn wir nicht bereit sind, uns stark zu machen für die eigenen Interessen. Von der Lösung des Berufsausbildungsproblems hängt es ab, wie wir morgen leben. Ob wir stempeln gehen, den Hof kehren oder die Technik meistern. Dafür lohnt es, auf die Straße zu gehen. Gert Lüttger von der Hauptabteilung Jugend der IG Metall meinte auf der Jugendkonfe-



Wir werden nur gehört, wenn wir zur Aktion übergehen. Wie beim Kampf um das Jugendarbeitsschutzgesetz (unser Bild).

renz der IG Metall: „Fast keiner interessiert sich für die tatsächliche Lage der Jugend und gerade der Jugend in den Betrieben. Plötzlich aber, nachdem Tausende junger Menschen ihre politischen Forderungen auf der Straße kundtaten, gab es aufgeregte Minister, Sondersitzungen des Bundestages, Landtagsdebatten und Erklärungen der Regierung. Angesichts dieser Lage wird uns doch geradezu die Frage aufgedrängt, ob es nicht am besten wäre, wenn ein paar tausend Betriebsjugendvertreter für ein paar Tage in Bonn erscheinen, um dort ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen.“

Und Armin Cullmann (IG Druck und Papier München) sprach auf der Bundesjugendkonferenz seiner Gewerkschaft die Meinung vieler Kollegen aus: „In der Frage eines Berufsausbildungsgesetzes müssen endlich alle Kollegen hinter uns stehen, auch die älteren. Wir müssen dabei bis zum Streik gehen.“

Der Ruf nach Aktionen wurde auf allen Jugendkonferenzen der Gewerkschaftsjugend laut. Von der Bundesjugendkonferenz des DGB im November erwarten die jungen Gewerkschafter Beschlüsse, die direkte Aktionen vorbereiten.

Leidensweg des Berufsausbildungsgesetzes

1919: Die freien Gewerkschaften fordern ein Berufsausbildungsgesetz.

1921: Die freien Gewerkschaften legen einen Gesetzesentwurf vor und leiten ihn dem Reichstag zu.

1927: Die Reichsregierung legt ihren Entwurf dem Reichstag vor. Die Vorlage wird einem Sonderausschuß zur Beratung überwiesen.

1933–1945: Teilordnungen werden vorgenommen.

1948: Die Gewerkschaftsjugend fordert auf ihrer ersten internationalen Konferenz in Hallthurn ein Berufsausbildungsgesetz, das für ganz Deutschland gilt.

1949: Der DGB-Gründungskongreß fordert ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz und die paritätische Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Heranbildung des Nachwuchses in Industrie, Handwerk, Handel und Verwaltung.

1950: In Westberlin wird ein Gesetz verabschiedet zur Regelung der Berufsausbildung sowie der Arbeitsverhältnisse Jugendlicher.

1953: Die handwerkliche Berufsausbildung wird durch das Gesetz zur Ordnung des Handwerks geregelt.

1959: Der DGB-Bundesvorstand legt einen Entwurf für ein Berufsausbildungsgesetz vor.

1960: Der DGB fordert vom Bundestag, die gesetzliche Neuordnung der Berufsausbildung noch in der laufenden Legislaturperiode vorzunehmen. Ohne Erfolg.

1961: Der DGB fordert auf seiner „Bundestagung für Berufsausbildung“ vom neugewählten Bundestag, ein Berufsausbildungsgesetz nun endlich zu beschließen.

1962: Einstimmig ersucht der Bundestag die Bundesregierung, bis zum 1. Februar 1963 einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

1963: Die Bundesregierung teilt mit, daß sie den Termin nicht halten könne. Sie will nur für den Teilbereich der gewerblichen Berufsausbildung einen Gesetzesentwurf ausarbeiten.

1965: Der Bundestag besteht in einer einstimmig gefaßten Entschließung auf einer umfassenden Regelung der Berufsausbildung.

1966: Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP legen einen, die Fraktion der SPD einen anderen Gesetzesentwurf vor.

1968: Siehe 1960

Hosch

druckt

von DIN A 6 bis

DIN A 2

Bücher,

Broschüren,

Prospekte,

Kataloge,

Briefbogen,

Preislisten,

Drucksachen

aller Art

HOSCH GmbH.

6 Frankfurt

am Main W 13

Kurfürstenplatz 42

Tel. 778273



Peter Rath

STECK BRIEFE

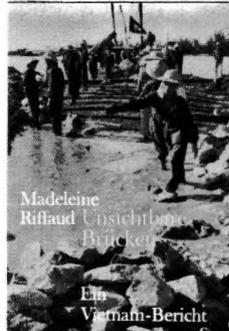


GES(T)AMMELTES von Klaus Schütz bringt der Berliner Extradienst in **WORTE DES REGIERENDEN KLAUS**.

Es sind die leeren und hilflosen politischen Verlautbarungen (Polit-Esperanto) eines Mannes, den Arroganz und autoritäres Verhalten kennzeichnen. Die Phrasen und Trivialitäten, mit denen er Berlins kalte Krieger und Spießer formiert, beweisen: Klaus Schütz ist genau besehen noch viel komischer als Heinrich Lübke, denn er ist ja kein Amateur wie Heinrich, sondern Profi.

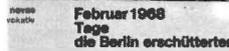
Die Sammlung erlaubt zwar nicht Schütz ins Gesicht, so doch wenigstens aufs Maul zu schauen.

(Hannes Schwenger: **WORTE DES REGIERENDEN KLAUS**, Berliner Extra-Dienst, 1 Berlin 15, Wielandstr. 27, DM 2,-)



Von Juli bis September 1966 legte die französische Journalistin Madeleine Riffaud 2000 km durch die Demokratische Republik Vietnam zurück. Sie sieht das Anliegen der Vietnamesen als ihr eigenes an, ihre Waffen sind der Notzblock und das Tonbandgerät. In der DRV weiß jeder, daß die USA mit ihren Bombern auch auf Dauer nichts ausrichten können. Madeleine Riffaud zeigt in ihrem Buch, daß diese Zuversicht reale Hintergründe hat. So werden tausende von Erfindungen gemacht, um den Menschen den größtmöglichen Schutz zu gewähren, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht zu gefährden und trotz US-Aggression den Sozialismus aufzubauen.

(Madeleine Riffaud: **UNSIHTBARE BRÜCKEN – Ein Vietnambericht**, Verlag Neues Leben, Ost-Berlin, 312 S., DM 7,80)



DER INTERNATIONALE VIETNAM-KONGRESS in Berlin ist von den springereigenen Zeitungen und vom Berliner Senat zum Anlaß genommen worden, eine entscheidende Kraftprobe mit der außerparlamentarischen Opposition in Berlin vorzubereiten. Zur Vorbereitungstaktik des Senats und der Springerzeitungen gehörte vor allem die lückenhafte, verzerrende und entstellende Berichterstattung über die tatsächlichen Ereignisse und wahren Absichten und Ziele der Kongreßteilnehmer und Demonstranten.

„res novae provokativ“ dokumentiert und kommentiert die Tage, die Berlin erschütterten: Februar 1968.

(res novae provokativ: Februar 1968 / Tage, die Berlin erschütterten, EVA, 125 S., DM 5,-)



MORD, MORDE, NOCH MEHR MORDE – sozusagen Mord in Potenz – serviert Mary Hottinger („On the rocks“) in einer Auswahl aus den drei Diogenes Anthologien. Es sind 16 Krimis von bekannten Autoren (Graham Greene, G. K. Chesterton, Agatha Christie, William Somerset Maugham u. a.) in denen mit schöner Regelmäßigkeit umgebracht und aufgeklärt wird, mal spannend aber auch mal weniger spannend. Die Sammlung hebt wohltuend von dem ab, was in Groschenromanen angeboten wird – die Grenze zwischen Literatur und Lektüre ist fließend.

(Mary Hottinger: **MORD, MORDE, NOCH MEHR MORDE**, Diogenes Verlag, 520 S., 16,80 DM)



SCHON IN FRÜHESTEN ZEITEN versuchten die Menschen die Flucht aus dem Alltag, aus Leiden und auch aus religiösen Zwangsvorstellungen in die geheimnisvollen Sphären träumerischer Entrücktheit. Sie griffen zum Rauschgift. Frank Arnau dokumentiert mit wissenschaftlicher Gründlichkeit in **RAUSCHGIFT** Geschichte, Beschaffung, Vertrieb und Mißbrauch. Das Buch ist eine ebenso sehr informierende wie spannende Lektüre; es enthält über 180 – z. T. erstmals veröffentlichte – Aufnahmen und Dokumente.

(Frank Arnau: **RAUSCHGIFT – Träume auf dem Regenbogen**, Verlag C. J. Bucher, 232 S., DM 24,80)



Schluss mit dem „kleineren Übel“

Man nennt uns außerparlamentarisch oder antiparlamentarisch. Weil wir auf die Straße gehen, um gegen die verbrecherische Aggression der USA in Vietnam zu protestieren. Weil wir Notstandsgesetze nicht als gottgewollt betrachten und uns das Grundgesetz von 1949 etwas bedeutet. Bei diesen Aktionen der Jugend waren auch wir jungen Sozialdemokraten zu finden. Wir waren dabei, weil wir den Vorstellungen treu geblieben sind, die uns in die SPD geführt haben. Wir gehören aber auch einer Partei an, die in Bonn neun Bundesminister stellt. Minister, die noch kein einziges Wort des Protestes gegen die

Ein junger
Sozialdemokrat
zieht Bilanz

politische, finanzielle und moralische Unterstützung der US-Aggression in Vietnam durch die Bundesrepublik gefunden haben. Die die von uns bekämpften Diktaturgesetze mit verabschiedeten.

Angesichts des bevorstehenden Bundestags-Wahlkampfes scheint es mir notwendig, vom sozialdemokratischen Standort die Rolle der Parteiführung zu untersuchen.

Wahlkampf 69 ohne kleineres Übel





elan-Redakteur Hans-Jörg Hennecke (26), seit 1960 Mitglied der SPD.

gelang es allein in Hannover zu einer Protestkundgebung vor dem Rathaus zu mobilisieren. Das hatte diese Stadt seit langem nicht erlebt. Und wir waren stolz auf unsere Partei, sie stand an der Spitze der Bewegung!

Hinzu kam die Rolle der Bundestagsfraktion in Bonn. Noch gab es im Bundestag lebhaftere Auseinandersetzungen um die Politik Adenauers. Noch stand die SPD im Ansehen „der“ Oppositionspartei. Aber die Weichen in Richtung totale Selbstaufgabe waren bereits gestellt. Wenn das auch nicht besonders deutlich und sichtbar wurde. Der außerordentliche Parteitag hatte im November 1959 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Nach dem Tagungsort „Godesberger Programm“ genannt. Ein Programm wie Kaugummi, man konnte es ziehen, wohin man wollte. Es paßte — bei einigem guten Willen und politischer Unerfahrenheit — einfach für jeden. Die Fol-

der demokratischen SPD sein Machtinstrument, in dem nur noch gilt: wer gegen Wehner ist, ist gegen die Partei; wer gegen Wehners Politik antritt, wirkt parteischädigend.

Wehners Machtbesessenheit kennt keine Grenzen. Er kettete am 30. Juni 1960 ohne Befragung der Mitgliedschaft, ohne Parteitagbeschuß mit der Verkündung seiner Gemeinsamkeitspolitik die SPD an die CDU. Er rettete die CDU im Spätherbst 1966 vor dem fälligen Bankrott, manövierte die Partei in die Regierung der Großen Koalition und wurde dort mit einem Ministersessel belohnt. Die bis dahin festzustellende Aktivität des „Genossen Trend“ war beendet. Wehner hatte ihn mit seiner Politik aus der Partei hinausgedrängt.

Dabei steht Herbert Wehner nur als Name für eine Richtung innerhalb der Partei. Es gibt

Herbert Wehner

Willy Brandt



Es ging mir wie den meisten meiner Kollegen in der Gewerkschaftsjugend. Wir drängten zum politischen Engagement. Ein Engagement, das unserer Meinung nach auch seinen Ausdruck in parteipolitischen Bindung finden mußte.

Was lag da näher, als den Weg in die SPD zu finden. Wir betrachteten die SPD so, wie sie sich uns darstellte: als politische Vertretung der Arbeiterschaft, die in wesentlichen Fragen mit gewerkschaftlichen Vorstellungen übereinstimmte.

Hinzu kam, daß auch die meisten unserer älteren Gewerkschaftskollegen der SPD angehörten. Völlig klar, „man“ war eben „in der Partei“.

STOLZ AUF UNSERE PARTEI

Gemeinsam hatten wir mit der Partei die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ zu einer Massenbewegung entwickelt. 55 000 Menschen

gen dieses Programms haben wir damals jedenfalls nicht in ihrer ganzen Tragweite gesehen. Hier wurde der Grundstein für die „Politik der Gemeinsamkeit“ gesetzt. „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.“ Mit diesem programmatischen Satz begann eine Entwicklung, die mit dem Eintritt in die Bundesregierung sicherlich noch nicht abgeschlossen ist.

WEHNER'S PERSÖNLICHE MACHT

Wesentlichen Anteil an der folgenden Entwicklung der SPD hatte ein Mann, der von sich behauptete, Sozialdemokrat zu sein: Herbert Wehner.

Ein eiskalter Kämpfer um die Macht — um seine persönliche Macht. In den letzten zehn Jahren hat Wehner die Partei systematisch seinem Willen untergeordnet. Er machte aus

inzwischen viele Wehners an den Schalthelmen der Macht.

ES BEGANN 1914...

Als die damaligen Führer der SPD ihre sozialistische Position über Bord warfen und sich demonstrativ auf die Seite jener Kräfte stellten, die da meinten, „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“.

Die SPD-Reichstagsfraktion stimmte am 4. 8. 1914 den geforderten Kriegskrediten zu. Sie marschierte mit Kaiser, Kirche, Junkern und Generalität, mit den reaktionärsten Kräften überhaupt, in den 1. Weltkrieg hinein.

Genau genommen blieben dieser Politik der Selbstaufgabe die wechselnden Parteiführungen bis heute treu.

Reaktionäre Meilensteine waren der Eintritt in die Kriegsregierung des Prinzen Max von Baden 1918 (die erste „Große Koalition“), —

FORTSETZUNG SEITE 32

tbl

elan

Blätter
für den
Jugend-
leiter

Peter Bubenberger

Bündnis oder Eierkuchen?

Die IX. Weltfestspiele in Anspruch und Wirklichkeit

Wenn die alte Rechnung noch stimmt, (und daß sie auf Heller und Pfennig stimmt, beweisen täglich Springers Blätter), daß die bürgerliche Presse in der Bundesrepublik (wie die Presse überhaupt in kapitalistischen Ländern) unter anderem die Aufgabe hat, eben dieses kapitalistische System zu stabilisieren und die Bürger mit den Widersprüchen dieses Systems täglich zu versöhnen, daß die Presse also sehr konkrete Aufgaben im Klassenkampf wahrzunehmen hat, — dann muß das Festival in Sofia ein voller Erfolg für die Aktionseinheit der anti-imperialistischen und sozialistischen Kräfte der Weltjugend gewesen sein: in sich immer wiederholenden Tiraden hetzte die Presse wie in den alten Zeiten primitivsten Antikommunismus ausschließlich gegen jene Teile der Jugend und Studenten, denen die weltweite Aktionseinheit oberstes Anliegen war.

Und in der Tat waren die Weltfestspiele ein Erfolg.

Der große Skandal, mit dem man die Titelseiten der Zeitungen hätte füllen können, die Spaltung des Festivals, auf die man so gehofft hatte, war ausgeblieben. Und so mußte man sich, von Springers „Welt“ über den „Spiegel“ und die „Frankfurter Rundschau“ bis hin zum „linken“ „Stern“ damit begnügen, die kleinen Begebenheiten am Rande des Festivals so aufzublasen, daß sich Teilnehmer des Festivals angesichts dieser Berichterstattung fragen mußten, ob dort wirklich von dem gleichen Festival die Rede war, an dem sie selbst teilgenommen hatten. Was anderes bleibt einem übrig, wenn man in der „Welt“ vom 6. 8. 1968 liest: „Festival endet mit Massenschlägerei“, und damit offensichtlich die etwas ruppige Auseinandersetzung auf einem teach-in zwischen einem Delegierten aus Honduras und einem aus Venezuela gemeint ist?

Die Losungen, unter denen die Jugend der Welt zusammengekommen war, hießen: „Solidarität, Frieden, Freundschaft“.

Nur dies zu wissen, genügt jedoch nicht ganz. Die Losungen würden inhaltsleer bleiben, wenn man nicht gleichzeitig wüßte, daß die Solidarität mit dem „kämpfenden Volk Vietnams“ und der Kampf gegen Faschismus und Neonazismus die Generalthemen waren, auf deren Basis sich ein weltweites Bündnis der verschiedensten Kräfte bilden und festigen sollte — und dies auch tat.

So war denn das IX. Festival bereits in seiner Anlage, in der Zusammensetzung seiner Teilnehmer, ein Bündnis. Es war eben nicht so, wie man es der Öffentlichkeit nur allzu gern darstellt, daß hier in der Mehrzahl Kommunisten zusammengekommen waren,

die nichts anderes im Sinn hatten, als den anderen, nichtkommunistischen Delegierten nur ihre Vorstellungen vom antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf aufzuzwingen, die als „prosovjetsche Regisseure im eigenen Herrschaftsbereich sicherer und rücksichtsloser auftreten“ können. (Joseph Scholmer: „Die Weltjugendfestspiele“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 10. Juli 1968, S. 29)

★

Das Vorbereitungskomitee der BRD, der „Arbeitskreis Festival“, mit dem der Deutsche Bundesjugendring mit 10 Mitgliedsverbänden zusammengearbeitet hatte, war z. B. zusammengesetzt aus Vertretern liberaler, sozialdemokratischer und sozialistischer Organisationen, die gemeinsam den Aufruf zu den Weltfestspielen formuliert und ihre Vorschläge zur Gestaltung des Festivals dem internationalen Vorbereitungskomitee (IVK) unterbreitet hatten. Die Zusammensetzung der Delegationen aus der Bundesrepublik gibt wohl das klarste Bild all jener Kräfte, die bereit waren, sich zu einem Bündnis, zum gemeinsamen Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam und den Neonazismus in der BRD zusammenzuschließen. Vom katholischen Christen bis zum Kommunisten, von konfessionellen Pfadfinderbünden über die verschiedensten Studentenorganisationen bis zu sozialistischen Arbeiterjugendorganisationen war das breite Spektrum der westdeutschen Jugend vertreten — mit ihren verschiedenen politischen Standpunkten und Weltanschauungen — und sie hatten sich bereits vor dem Festival und durch die Tatsache ihrer Teilnahme auf eben jenes Bündnis geeinigt, aus dem heraus gemeinsam die Gegner des Friedens und des menschlichen Fortschritts erkannt und bekämpft werden sollten. Denn daß Einigkeit stark macht, begreifen von Tag zu Tag mehr Menschen in aller Welt. Während des Festivals mußte sich das Bündnis, das in vielen Fällen noch nicht mehr als der Wille zum Bündnis war, beweisen und bewähren. Mußten Diskussionen und Treffs, politische Auseinandersetzungen und das Herstellen eines grundsätzlichen gegenseitigen Vertrauens die theoretischen Voraussetzungen zum Führen des praktischen Kampfes in den verschiedensten Formen schaffen.

Eines konnte das Festival nicht erfüllen, und dieser Anspruch ist auch nie erhoben worden, ebenso wenig wie es den eigentlichen Charakter des Bündnisses ausmacht: daß hier zu geschlossenen und einheitlichen Formen der Solidarität und des Kampfes

gefunden werden konnte. Jene kämpferische Solidarität z. B. der bulgarischen Arbeiter mit dem Kampf Vietnams, die täglich in ihren Fabriken eine viertel Stunde über die Zeit arbeiten und daraus resultierenden wirtschaftlichen Mehrgewinn dem vietnamesischen Volk z. B. für den Ankauf von Waffen zur Verfügung stellen, — eine solche Solidarität wäre von einem indischen Pazifisten schwerlich zu verlangen gewesen. Aber sein Beitrag für humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges in Vietnam ist heute ebenso unerlässlich wie der politische Kampf, den ein westdeutscher Christ gegen die eigene Regierung führt, die die amerikanische Aggression unterstützt und den Faschismus im eigenen Land vorbereitet.

Die fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte in aller Welt können es sich angesichts der wachsenden Aggressivität und Brutalität der kapitalistischen Staaten nicht leisten, auf irgendeinen Bündnispartner generell zu verzichten, der bereit ist, seinen Beitrag gegen den gemeinsamen Gegner und zu dessen Überwindung zu leisten. Diese Erkenntnis sollte für Marxisten eine wesentliche Voraussetzung zum politischen Handeln sein.

★

Bündnis — und auch dies ist in Anlage und Durchführung des Festivals deutlich geworden — konnte aber nicht bedeuten, daß die prinzipiellen politischen Standpunkte der verschiedenen Kräfte nunmehr aufgegeben und unwesentlich wurden. So mußte es innerhalb des Bündnisses der demokratischen und sozialistischen Jugend Aufgabe gerade der Marxisten sein, einmal zur Herstellung und Festigung dieses Bündnisses die führende und vorantreibende Kraft zu sein, zum anderen jedoch von ihrer Klassenposition her ihre weitergehende und revolutionäre Theorie immer wieder zur Diskussion unter den Bündnispartnern zu stellen. So durften sie z. B. keinen Zweifel daran lassen, daß ein befreites Vietnam letztendlich ein sozialistisches Vietnam sein würde.

Die Diskussionen in diese Richtung zu gewährleisten und zu fördern, war Aufgabe des Festivals, und es ist dieser Aufgabe voll gerecht geworden: die Vielzahl der angebotenen Seminare, Foren, Kolloquien, kulturellen und auch sportlichen Veranstaltungen und die Möglichkeiten zu Freundschaftstreffen der Delegationen und zu privaten Kontakten wurden nicht zuletzt von der bundesrepublikanischen Vertretung reichlich genutzt.

Dies war die Wirklichkeit der Weltjugendfestspiele mit seinen ca. 18 000 Teilnehmern: 21

10

der katholische Christ aus der Bundesrepublik stand gemeinsam mit dem Studenten aus der CSSR, dem Konsomolzen aus der Sowjetunion und dem FDJ'ler gegen den US-Imperialismus und die Gefahr des Neozisimus in der BRD.

Von dieser Wirklichkeit des Festivals aber schweigt die bürgerliche Höflichkeit unserer kapitalistischen Sänger aus der BRD. Das davon zu berichten auch nicht ihre Aufgabe sein konnte, war bereits vor Beginn des Festivals klar. Und daß sie jede Tendenz innerhalb des Festivals, die gegen die Aktionseinheit ging, nutzen und fördern würden, war vorauszusehen.

Und daß die Regierung der Bundesrepublik, — jene Regierung, die die US-Aggression in Vietnam unterstützt, die eine NPD in aller Legalität gedeihen läßt und die KPD verboten hält, die soeben Notstandsgesetze gegen die eigene Bevölkerung durchgepeitscht hatte und Arbeiter-, Studenten- und Schülerdemonstrationen mit brutaler Polizeigewalt auflösen läßt, die jede oppositionelle Regung im Keim zu ersticken versucht, — daß diese Regierung der „Großen Koalition“ an Sofia Interesse hatte und versuchen würde, dort Fürsprecher ihrer Politik aufzutreten zu lassen, wurde nicht zuletzt deutlich an der Äußerung des Leiters der Reisegruppe von Verbänden des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), Klaus Flegel, der die zunächst ablehnende Haltung der Regierung gegenüber dem Festival im Gespräch mit Herbert Wehner mit folgender Bemerkung umdrehte: „Herbert, da müssen wir mitmischen“. (Zitiert nach „Der Spiegel“ Nr. 32/68 v. 5. 8. 1968).

★

Diese Festivalpolitik der DBJR-Leitung war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da sie ihre Zielrichtung, nämlich unter der Jugend der Welt Eigenwerbung für einen schlechten Artikel zu betreiben, in mehrfacher Hinsicht selbst entlarvt hatte. So hatte der SPD-Parteivorstand, Referat Jungsozialisten, ein 55seitiges hektographiertes „Informationsmaterial“ an alle Delegierten des DBJR verschickt, das überwiegend aus Auseinandersetzungen mit den „Machthaber(n) in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ bestand und im Grunde die Wiederholung der gängigsten antikommunistischen Argumente und Formeln darstellte. Mitgeliefert war eine Broschüre aus der Schriftenreihe der Jungsozialisten (Nr. 2/67) „Deutschland und der Osten“, in der ein Beitrag „Die Rechtslage Deutschlands“ damit beginnt: „Das Deutsche Reich in den Grenzen von Dezember 1937 hat nach Beendigung des Krieges nicht aufgehört fortzubestehen“. (S. 31) Solche Positionen mußten jeden, der sie auf dem Festival zu vertreten versuchte, von Anfang an als Gegner eines demokratischen und antiimperialistischen Bündnisses erscheinen lassen. Als dann während der Festspiele eine Broschüre verteilt wurde, die ein absolut wirklichkeitsfernes Bild der westdeutschen Ju-

gend malte, in der mit keinem Wort die sozialen Auseinandersetzungen und der Kampf gegen soziale Demontage und die Notstandsgesetze oder die wachsenden antikapitalistischen Proteste der Jugend erwähnt wurden, dafür aber die FDJ mit der Hitlerjugend gleichgesetzt wurde, — und als dann die DBJR-Leitung während eines internationalen Meetings gegen den Neozisimus westdeutsche Teilnehmer zum Protest und Verlassen des Meetings veranlaßte, weil ihr kein eigener Redner neben dem vom „Arbeitskreis Festival“ beauftragten Vertreter der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) zugestanden worden war, — da war die Position der DBJR-Leitung auch bei einem großen Teil ihrer eigenen Delegierten in einem Maße ungläubig geworden, daß die offiziellen Distanzierungen (z. B. der Naturfreundejugend, der Jungsozialisten, Teile der evangelischen Jugend) an der Tagesordnung waren und die Leitung sich immer mehr von ihrem „Fußvolk“ isolierte.

★

Das gesteckte Ziel, den Bundesjugendring als den Vertreter der deutschen Jugend vorzuführen und die sozialistischen Jugendorganisationen, vor allem die FDJ, zu isolieren, war nicht erreicht worden. Mit dieser Bundesjugendringpolitik konnte auch die Presse beim besten Willen keinen Staat machen, und so wurde dieses traurige Kapitel auch geschwind übergegangen oder völlig verschwiegen. Was übrig blieb und was man verwerten konnte, waren die formalen Vorwände, hinter denen die politischen Ziele vorgetragen wurden: die Angriffe der DBJR-Leitung auf die „Festivalbürokratie“, die durch un-demokratische „Manipulations-tricks... Meinungsäußerungen teilweise... unterdrückt.“ — Festival-Sonderpresse-dienst des DBJR Nr. 15 v. 5. 8. 1968) — Vorwürfe, die so alt sind, wie es sozialistische Staaten und auch Weltjugendspiele gibt. Vorwürfe, die nicht recht glaubwürdig sind für den, der die Rolle kennt, die die Leitungen dieser Organisationen in der BRD spielen: in konsequenter Entschlossenheit verteidigen sie jene Politik, die in alter Arbeiterfeindlichkeit den gewerkschaftlichen Kampf als „Brunnenvergiftung“ (Helmut Schmidt) diffamiert und mittels der eigenen Bürokratie dem SDS das Handwerk wegen des von ihm praktizierten „Terrors“ und seiner „Verfassungsfeindlichkeit“ legen will. (Dazu zur Anschauung: „impuls“, herausgegeben von den bischöflichen Hauptstellen für Jugendseelsorge und der Bundesführung des Bundes der Katholischen Jugend, Heft Nr. 7, Juli 1968)

Eine nicht unwesentliche Erfahrung der Teilnehmer aus den DBJR-Delegationen aber war die Tatsache, daß sich ihnen immer dann die Möglichkeiten für offene und sachliche Gespräche, vor allem mit Vertretern aus den sozialistischen Ländern, eröffneten, wenn sie den propagandistischen Kurs re-

gierungstreuer Funktionäre verließen und in eigenen Ansätzen die politischen Probleme der internationalen Zusammenarbeit angingen.

★

Die Ausbeute für alle Gegner des Festivals und einer festen Aktionseinheit der fortschrittlichen Teile der Weltjugend wäre recht mager ausgefallen, wenn ihnen nicht aus einer anderen Richtung von völlig verschiedenen politischen Ansätzen aus, eine zwar erhoffte, in dieser Form jedoch unerwartete Schützenhilfe gekommen wäre: konkret von einigen Teilen des SDS unter der Führung des Bundesvorsitzenden Karl Dietrich Wolff und einer Reihe anderer Studentenorganisationen, z. B. dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) in der Person seines ehemaligen Bundesvorsitzenden Linde und dem Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD) durch seinen Vorsitzenden von Auer. Grundsätzlich muß jedoch davon ausgegangen werden, daß zumindest K. D. Wolff (und zwar in absolutem Gegensatz zu den Zielen, die die Politik der DBJR-Leitung verfolgte) daran gelegen war, der Solidarität mit dem vietnamesischen Befreiungskampf größere Wirksamkeit zu verleihen. Für die Vietnamesen ist es mit Sicherheit eine nicht unerhebliche propagandistische Hilfe, wenn der SDS amerikanische Soldaten zur Desertation veranlassen kann und seine Kampagnen in diese Richtung verstärkt, wie es Wolff der vietnamesischen Delegation angekündigt hat. Und auch der theoretische Ansatz, daß auf dem Festival die bestehenden Differenzen innerhalb der sozialistischen Länder um Strategie und Taktik des antiimperialistischen Kampfes diskutiert werden müßten, wäre zu begrüßen gewesen, wenn diese Diskussion nicht von ihm selbst vom ersten Tag der Weltfestspiele an unmöglich gemacht worden wäre. Einmal hatte das Festival nicht die Funktion zu erfüllen, die Diskussion der Sozialisten zum vorrangigen Thema zu machen. Dies hätte die Teilnahme der nicht-sozialistischen Jugend grundsätzlich wieder in Frage stellen müssen, wenn nicht sogar überflüssig erscheinen lassen. Zum anderen aber ist es ein grundlegend falsches Verständnis von einer konstruktiven Diskussion um Strategie und Taktik, mit einer festen und unaufhebbaren Konzeption nach Sofia zu kommen, wie sie sich z. B. in dem bereits in der Bundesrepublik viersprachig gedruckten Aufruf des SDS-Bundesvorstands zu einer Demonstration vor der US-Botschaft niederschlägt, und sich zu weigern, Form und Inhalt der Aktion gemeinsam mit allen Delegationen zu diskutieren und vor allem sie darüber mitbestimmen zu lassen. Schon in der Anlage dieser ersten Aktion neben dem Festival, die in ihrer Durchführung jeder sozialistischen Praxis, auch der des SDS, widerspricht, war allein wegen des elitären Führungsanspruch der Grundstein

Fortsetzung auf Seite 24

extra

9/68

elam

Die jüngsten Ereignisse in unserem Nachbarland CSSR stehen zur Zeit im Mittelpunkt des Interesses; sie haben Für und Wider ausgelöst und sie dominieren auf den Seiten vieler Zeitungen. Gerade die letzten Tage jedoch sind ein Musterbeispiel dafür, wie Meinung gemacht und manipu-

liert wird und wie an die Stelle sachlicher Information Hysterie und Hetze gesetzt wird.

elam widmet den Ereignissen in der CSSR diese achtseitige Sonderbeilage. Sie entstand nach dem Redaktionsschluß unserer Septemberausgabe, und sie enthält Dokumente und Informationen aus

Prag, die eine eigene objektive Meinungsbildung des Lesers erleichtern sollen. Diese Beilage enthält neben Dokumenten Meinung und Kommentar so wie es eine Zeitung ihren Lesern schuldig ist.

Die Redaktion

Prag, 21. August 1968

Von Hermann Sittner

Wir wollen jene Informationen geben, die gegenwärtig in der BRD verschwiegen werden. In dem „Aufruf einer Gruppe von Mitgliedern des ZK der KPC, der Regierung und der Nationalversammlung der CSSR“ vom 21. August heißt es: „Auf Initiative der Partei haben wir im Januar begonnen, jene Formen des Sozialismus zu suchen und zu finden, die der Lebensweise und den Gedanken unseres Volkes entsprechen würden, und mit denen alle Perspektiven der Gesellschaft und der Persönlichkeit verbunden wären. Die Partei hat offen die Fehler der Vergangenheit kritisiert, sie hat sich entschieden von der Periode der persönlichen Macht distanziert.“ Die Verfasser bekennen sich zum Aktionsprogramm der KPC vom April, das „für eine längere Periode als Plattform unseres sozialistischen Aufschwunges“ gedacht sei und das eine noch nie dagewesene Unterstützung des Volkes gefunden habe.

Die kommunistischen Parteien der fünf Staaten unterstützen ebenfalls die „Haltung der Führung der KPC und der CSSR, die die Absicht hat, von den auf dem Januar- und dem Mai-Plenum des ZK der KPC gefaßten Beschlüssen auszugehen, um die Methoden der Leitung der Gesellschaft zu verbessern, die sozialistische Demokratie zu entwickeln und die sozialistische Ordnung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu festigen“ (Kommunique über die sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen, Moskau, 27. August 1968). Bereits in den TASS-Erklärungen vom 21. und 22. August war die Unterstützung der Beschlüsse des Januar-Plenums der KPC zugesagt und jeder Verdacht zurückgewiesen worden, den ehemaligen Präsidenten der CSSR, Antonin Novotny, wieder ans Staatsruder bringen zu wollen.

Gemeinsame Beschlüsse in Bratislava

Der Appell von Persönlichkeiten der CSSR an die UdSSR und die anderen Staaten sei, so berichtet TASS „ausgelöst worden, „weil die in der Verfassung festgelegte sozialistische Staatsordnung durch konterrevolutionäre Kräfte gefährdet wurde, die mit den dem Sozialismus feindlichen äußeren Kräften in eine Verschwörung getreten sind.“ Die KPdSU beruft sich in ihren Verlautbarungen darauf, daß auch nach Meinung der CSSR-Führung „die negativen Momente in der innenpolitischen Entwicklung der Tschechoslowakei über den Bereich einer rein inneren Angelegenheit hinausgehen und die Bruderländer berühren“ (Prawda, 22.8.68). Die Beschlüsse der Tagungen von Cierna nad Tisou und Bratislava (Juli/August 1968) seien verletzt worden.

In Bratislava hatten die Kommunistischen Parteien der UdSSR, der CSSR, Bulgariens, der DDR, Polens und Ungarns erklärt: „Es ist die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Länder, diese (sozialistischen) Errungenschaften, die dank den heldenhaften Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit eines jeden Volkes erkämpft wurden, zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen. Dies ist die einhellige Meinung aller Beratungsteilnehmer, die ihre unbeugsame Entschlossenheit kundtaten, die sozialistischen Errungenschaften in ihren Ländern weiterzuentwickeln und zu schützen sowie neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus zu erkämpfen. Die Bruderparteien haben sich auf Grund der historischen Erfahrungen davon überzeugt, daß man auf dem Wege des Sozialismus und Kommunismus nur vorwärtsschreiten kann, wenn man sich strikt und konsequent von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft leiten läßt und vor allem die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, der kommunistischen Parteien, festigt, wobei jede Bruder-

partei, indem sie die Fragen der weiteren sozialistischen Entwicklung schöpferisch löst, die nationalen Besonderheiten und Bedingungen berücksichtigt. Unerschütterliche Treue zum Marxismus-Leninismus, Erziehung der Volksmassen im Geiste der Ideen des Sozialismus und des proletarischen Internationalismus, unversöhnlicher Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen alle antisozialistischen Kräfte – das ist das Unterpfand der Erfolge bei der Festigung der Positionen des Sozialismus und bei der Unterbindung der Machenschaften des Imperialismus. Fest und entschlossen treten die Bruderparteien in unerschütterlicher Solidarität und mit hoher Wachsamkeit jeglichen Versuchen des Imperialismus und allen anderen antikommunistischen Kräften entgegen, die führende Rolle der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien zu schwächen. Sie werden es niemals und niemandem erlauben, einen Keil zwischen die sozialistischen Länder zu treiben, die Grundlagen der sozialistischen Ordnung zu untergraben.“

Warum verschwiegen?

Die Erklärung von Bratislava war nicht der einzige Beschluß der Tagungen – diese Tatsache wurde in der CSSR verschwiegen: „Die Furcht, daß es außer dem publizierten Dokument andere Beschlüsse gäbe, ist grundlos“, zitiert „Die Zeit“ vom 9.8.68 den CSSR-Parteichef Alexander Dubcek. Es sah ferner so aus, als wären die Aufforderungen, das „nichtige Dokument“ von Bratislava (New York Times) und das „phrasenhafte Allerweltdokument“ (Die Zeit) zu ignorieren, von führenden Männern der CSSR befolgt worden. Es kam sogar so weit, daß die Zeitungen des Jugendverbandes CSM „Mlada Fronta“ behaupten konnten: „Die tschechoslowakischen Teilnehmer am Treffen von Bratislava haben uns berichtet – und das Kommunique bestätigt dies –, daß tschechoslowakische Angelegenheiten auf der Konferenz nicht erörtert wurden.“



„... ganz nach Eurer Methode!“

Demgegenüber stellten das SED-Zentralkomitee, Regierung und Staatsrat der DDR in einer Erklärung am 21.8.68 fest: „Bei den Beratungen in Cierna nad Tisou und in Bratislava hatte die Delegation der KPC mit den Vertretern der Bruderparteien feste Vereinbarungen getroffen, um gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus und im Sinne der gemeinsamen Erklärung wirkungsvoll den Schutz der sozialistischen Errungenschaften, des tschechischen und des slowakischen Volkes zu gewährleisten. Die Delegation der KPC hatte sich verpflichtet, unverzüglich die politische Leitung von Presse, Rundfunk und Fernsehen im Geiste des Sozialismus zu sichern, ohne Verzögerung ein Gesetz zur Unterbindung der Tätigkeit der antisozialistischen Parteien, Klubs und Organisationen zu erlassen sowie auch die notwendigen Garantien für einen konsequenten, den Lebensinteressen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik dienenden Kurs in der Partei- und Staatsführung zu schaffen.“ Indem die Vereinbarungen der Parteitreffen nicht verwirklicht wurden, seien die antisozialistischen Elemente in der CSSR ermworden, stellten die fünf Parteien fest.

Kampagne gegen den Sozialismus

Konterrevolutionäre Kräfte, das ist unbestreitbar, verstärkten nach Bratislava ihre Tätigkeit:

- Sie starteten eine breit angelegte Unterschriftenkampagne mit dem Ziel, die Arbeitermiliz, die im Frühjahr 1948 den Sieg der Revolution sicherte, aufzulösen. Ein Geheimausschuß verbreitete in Brünn Flugblätter mit der Forderung nach „administrativer und physischer Liquidierung der Arbeitermiliz“. Gut in Erinnerung war die Kampagne rechter Kreise gegen die gesamtstaatliche Parteileitung der Arbeitermiliz, nachdem diese in einem Brief an die Parteizeitung „Prawda“ ihre Verbundenheit mit der KPdSU zum Ausdruck gebracht hatte.
- In vielen tschechoslowakischen Betrieben wurde bei Gewerkschaftswahlen die Losung „Gewerkschaftsleitung ohne Kommunisten“ ausgegeben.
- Es wurde eine Kampagne gegen 99 Arbeiter des Autowerkes Praha eingeleitet, die in einem Brief an die „Prawda“ ihre Treue zum Sozialismus und ihre Freundschaft zur UdSSR versichert hatten. Die Arbeiter werden aus ihren politischen Funktionen entfernt, eine Anzahl von ihnen wird entlassen.

Das Organ der Gewerkschaften „Prace“ verteidigt diese Maßnahmen (lt. Frankfurter Rundschau, 21.8.68). In Leserbriefen werden die Arbeiter als „Verräter“ gebrandmarkt. In einem Leserbrief von Dr. Kolar, der in „Rude Pravo“ veröffentlicht wird, kommt dieser zu der Einschätzung: „Bereits jetzt gibt es zu viele Symptome, die zeigen, daß bestimmte Teile der Partei und der Öffentlichkeit keine reale Möglichkeit besitzen, Ansichten öffentlich zu äußern, die den Ansichten der Arbeitergruppe von Auto Praha entsprechen.“

- Die Vorherrschaft bestimmter rechter Grup-

pen in den Redaktionen von Fernsehen, Funk und Presse bleibt bestehen. Tausende Resolutionen aus Betrieben, die den Auffassungen dieser Gruppe widersprechen, verschwinden in den Papierkörben der Redaktionen und einzelner Parteibüros. Die deutschsprachige „Prager Volkszeitung“ setzt ihren Artikeltausch mit dem Organ der SPD „Vorwärts“ fort. In einem Artikel vom 15. August soll der Eindruck vermittelt werden, als sei die Gefahr rena-chantischer und militaristischer Kräfte in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben: „Als dann nach Jahren die Gefahr halbwegs gebannt war, als das Gleichgewicht des atomaren Schreckens, als ein ungeschriebenes Stillhalteabkommen zwischen den Supermächten USA und UdSSR bereits ein Dach über Europa gespannt hatte, unter dem das Eis zu schmelzen begann, sträubten sich manche sozialistische Länder noch immer, die Igelstellung zu verlassen. . . Unsere Freunde in der Sowjetunion, in Polen und der DDR wollen uns nicht verstehen.“

- Nach wie vor wirkten die reaktionären „Clubs“, „Gesellschaften“ und „Vereinigungen“, z.B. der „Club 231“, der sich angeblich das Ziel der Rehabilitation rechtswidrig Verfolgter gegeben hat, sich in Wirklichkeit aber der Kontakte mit westlichen Geheimdiensten, mit Emigrantenorganisationen sowie der konterrevolutionären Propaganda widmet. Dem Club gehören 40.000 Mitglieder an.

Ein anderer konterrevolutionärer Club ist der „Club engagierter Parteilooser“, der sich besonders der Propaganda gegen die KPC annimmt. Ein leitendes Mitglied dieses Clubs erklärte öffentlich: „Es ist notwendig, die Kommunistische Partei der CSSR für eine verbrecherische Organisation zu halten . . . und sie aus dem öffentlichen Leben rauszuschmeißen.“

Die Zeitschriften „Der Spiegel“ und „Capital“ berichten über die Anwerbung von Geheimagenten unter den CSSR-Besuchern, die für den Bundesnachrichtendienst in der CSSR eingesetzt werden sollen.

- Die Ablösung von Funktionären, die mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind, nehmen Massencharakter an. Die Kreisleitung der KPC Ohlmütz wurde abgelöst, nachdem sie sich für die Ergebnisse von Bratislava ausgesprochen hatte.
- Das Prager Studentenblatt „Student“ veröffentlicht eine Reportageserie, in der u.a. ein „Dialog“ mit den bei der amerikanischen Rundfunkstation „Freies Europa“ in München beschäftigten tschechischen Emigranten begonnen wurde.
- Nach wie vor wird – auch von einigen staatlichen Stellen und von Funktionären der KPC – das Dokument „2000 Worte“ verbreitet, das von der Regierung und der Parteiführung mißbilligt worden war. Darin wird behauptet, die bisherigen Maßnahmen der Demokratisierung seien „nur eine Abschlagszahlung auf eine Schuld der ganzen Partei gegenüber den Nichtkommunisten“, für die der KPC „keineswegs Dank“ gebühre. Die örtlichen Funktionäre müßten zum Abdanken gezwungen werden „durch öffentliche Kritik, Resolutionen, Demonstrationen, Streik, Boykott, Pensionierung“. Es wird die Bildung „eigener Bürgerausschüsse und Kommissionen“ und eines „eigenen Ordnerschutzes“ verlangt. Man wolle hinter der Regierung stehen – „wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand – solange sie das tut, wozu sie von uns den Auftrag erhielt.“

Meinungsterror gegen SDAJ

Was hierzulande getan wird, um sachliche Informationen über die Vorgänge in der CSSR zu verhindern, erlebten in den letzten Wochen Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). In verschiedenen Städten wurden junge Mitglieder des Verbandes zusammengeschlagen, weil sie davor warnten, im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die CSSR einem auf neu getrimmten Antikommunismus auf den Leim zu gehen.

Mitglieder der SDAJ protestierten dagegen, „daß in der Bundesrepublik eine Hetze entfacht wird, die es Sozialisten gefährlich macht, ihre Meinung sachlich zu vertreten.“ Um eine sachliche Informationsmöglichkeit zu schaffen, hatte der SDAJ-Bundesvorstand an Mitglieder und Freunde über tausend Drucksachen mit der Erklärung von Bratislava, der TASS-Erklärung vom 21.8.68 u.a. verschickt, die ihre Empfänger jedoch nicht erreichten.

Eine Anfrage bei dem Aufgabepostamt Gelsenkirchen ergab, daß die Postsendungen vorläufig festgehalten und zur Prüfung an die Oberpostdirektion Münster weitergeleitet wurden. Dort wurden die Sendungen erst nach 5 Tagen freigegeben. Der SDAJ-Bundesvorstand erklärte dazu: „Wir protestieren gegen das Zurückhalten dieser wichtigen Informationsmaterialien. Wir stellen fest, daß die Post als staatliche Behörde mit diesen von ihr durchgeführten Maßnahmen mithilft bei der einseitigen Information der Jugend und unserer Bevölkerung.“

Der verschärfte Aufschwung der antikommunistischen Hysterie zeigt sich auch in den Gerichtssälen. In Hamburg wurde der stellvertr. Bundesvorsitzende der SDAJ, Wolfgang Gehrcke, am 21.8. wegen seiner Teilnahme an den Ostermarschdemonstrationen zu 5 Monaten Gefängnis (mit Bewährung) verurteilt.

Sozialistische Länder sehen die Gefahr

Alle diese Erscheinungen einer Rechtsentwicklung, die bereits im Frühjahr dieses Jahres, sichtbar wurden, waren mehrfach Gegenstand von Beratungen der verschiedenen Parteien des Warschauer Vertrages mit der CSSR-Führung. Demonstrationen gegen die Parteiführung, Waffenfunde, antisowjetische Ausschreitungen, die verstärkte Tätigkeit westlicher Geheimdienste beunruhigten die Parteien der UdSSR, der DDR, Polens, Bulgariens und Ungarns, die im Juli in Warschau tagten und ihre ersten Bedenken bei der Prager Führung geltend machten. Sollte etwa die Sowjetunion, die über 120.000 Soldaten für die Befreiung der CSR vom Faschismus geopfert hat, tatenlos zusehen, wie die sozialistische Tschechoslowakei durch innere und äußere Feinde liquidiert wird, als kapitalistischer Staat wiederersteht?

Internationaler Klassenkampf

Der Sozialismus – das ist eine geschichtliche Tatsache – setzt sich nur in einem erbitterten Widerstand gegen die Kräfte der Konterrevolution

durch. Diese Erfahrung machte die UdSSR, machte die DDR, machten Ungarn und Polen. Heute spielt sich die Regierung der USA als Freund der „freien CSSR“ auf, dieselbe Regierung, die in Vietnam den blutigsten konterrevolutionären Krieg gegen das Volk Vietnams führt. Die Johnson-Regierung und ihre Vorgängerinnen maßen sich stets die Weltgendarmen-Rolle gegen die sich befreienden Völker an. Wir sind Zeugen eines weltweiten verschärften Klassenkampfes, militärisch in Vietnam, ideologisch und unter Androhung eines gewaltsamen Umsturzes in der CSSR, wirtschaftlich in den Staaten der Dritten Welt.

Ist es ein Zufall, daß sich die Führungen Kubas und Nordvietnams, die Führungen der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und der Bundesrepublik, die täglich neue Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, im internationalen Klassenkampf sammeln müssen, — ist es ein Zufall, daß sie sich am nachdrücklichsten für die Maßnahmen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten ausgesprochen haben?

BILD

war dabei

„Inzwischen hat der Sender Freies Prag die Bevölkerung aufgerufen, den westlichen Journalisten jede Hilfe zu gewähren, weil sie sich bemühten, objektiv von Ort und Stelle zu berichten. Einen Appell an die Weltpresse, sich für die Kollegen in der CSSR einzusetzen, richtete auch der Vorsitzende des tschechoslowakischen Journalistenverbandes, Peter Kettner, der nach Wien flüchten konnte.“
(FR, 27.8.1968)

Was „objektive Berichterstattung“ ist, zeigt BILD in den vergangenen Tagen:

Antikommunismus

„Wir müssen mit Washington reden und nicht mit Pankow. Mit Ulbricht reden? Wer das heute noch fordert, sollte zur Kenntnis nehmen: Ulbricht ist nicht nur nach unseren Gesetzen ein Verbrecher.“
(BILD-Kommentar, 23.8.68)

Chauvinismus

Von Emil Zatopek meint BILD gehört zu haben: „Schaut, diese Russen sind dumme Kerle. Es sind Grusinier, Tataren, Tscherkessen und Kosaken. Was haben die im Kopf? Glaubt ihr denn, daß sie schon einmal was von Demokratie gehört haben?“
(BILD, 23.8.68)

Rassenhass

„Aus russisches Blut können wir verzichten. Ich lehne es ab, Blutspenden von Euch Vandalen zu bekommen. Wir Tschechen wollen uns nicht beschmutzen.“
(Laut BILD vom 24.8.68 Ausspruch einer tschechischen Ärztin)

Antisowjetismus

„Die Iwans klauen Essen und Radios wie einst im Mai... Wie lange wird sich dieses geduldige Volk noch gefallen lassen, von Apparatschiks an der Nase herumgeführt zu werden?“
(BILD-Chefredakteur Peter Boenisch in BILD vom 26.8.68)

Stimmen aus der CSSR

Nicht nur von den fünf Parteien wurde die Entwicklung in der CSSR als gefährlich für die von der KPC beschlossene Stärkung des Sozialismus betrachtet. Der Chefredakteur des tschechoslowakischen Parteiorgans „Rude Pravo“, Oldrich Svestka, Verfechter des neuen Parteikurses, offenbarte den Versuch antisozialistischer Kräfte, die „notwendige Ablösung inkompetenter und wirklich kompromittierter Leute“ damit zu verbinden, „alle Parteimitglieder zu diskreditieren, die sich in der Vergangenheit betätigt haben“. Svestka stellte die Frage: „Wird die Partei bei ihrer künftigen Entwicklung in der Lage sein, sich solchen negativen Erscheinungen entgegenzustellen?“ Und auch das Präsidium des ZK der slowakischen KP warnte: „Er (dieser Aufruf „2000 Worte“) ruft zur Übernahme der Macht mittels solcher Methoden und durch solche Menschen auf, deren Interessen und Ziele unbekannt bleiben.“

Das Ausmaß der Gefahr . . .

Das ganze Ausmaß der Organisiertheit der von den fünf kommunistischen Parteien genannten Konterrevolution wird deutlich, als die Einheiten der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR einrücken. Sofort begannen Geheimsender in großer Zahl (bis zu 22 Stück) zu arbeiten, und sie machten Stimmung: am 21.8. schon, als noch kein einziger Schuß gefallen war, riefen sie auf: „Spendet Blut!“ „Vieles spricht dafür“, verriet Springers „Welt“ am 26.8., „daß die Geheimsender schon vor der Invasion installiert worden waren. . .“. Und sie stehen nicht nur in der CSSR, sondern im Westen — das plaudert „Bild“ am gleichen Tag mit der Bemerkung aus: „Tschechoslowakische Freiheitskämpfer, die in den Westen gekommen sind, um Rundfunksendungen in die CSSR zu organisieren. . .“ — im Westen, unter Anleitung von

Springers Experten? In diesen Tagen jedenfalls konnte niemand in der CSSR eine Meinung äußern, die im Gegensatz zu der der Geheimsender stand. „Tod den Kollaborateuren!“ stand an Hauswänden, und glimpflicher kam der britische Journalist Jan McDowall davon: Nach einem Gespräch mit sowjetischen Soldaten mußte er sich vor tschechoslowakischen Jugendlichen ausweisen; hätte er es nicht tun können, „dann hätten Sie ein paar Zähne weniger gehabt“, bedeutete ihm ein Student. (Frankfurter Rundschau, 28.8.). Und „Bild“ schließlich läßt die in den Westen gegangenen „Freiheitskämpfer“ weiter plaudern: „Unserer Organisation gehören über 40.000 Mann an. Unsere Mitglieder sind alle mit automatischen Waffen ausgerüstet. . . Bis jetzt haben wir Gewalttätigkeit vermieden. Falls wir aber unsere Politik ändern müssen, dann werden wir kämpfen. Und wenn dabei jeder umkommt, der über 18 ist.“

ist deutlich geworden

Wann wohl ist für diese Elemente der „richtige“ Zeitpunkt gekommen? Noch vor Abschluß der letzten Moskauer Verhandlungen zwischen der KPdSU und der KPC haben die Geheimsender versucht, die Verhandlungsergebnisse zu unterlaufen, ihnen mit neuen Forderungen zuvorzukommen. Sie wollten Dubcek und Svoboda vor vollendete Tatsachen stellen, genauso, wie sie vorher schon vernünftige marxistische Politiker und Funktionäre am Sprechen hinderten: „Diese Politiker haben Angst, daß wir sie umbringen“, läßt „Bild“ die „Freiheitskämpfer“ erklären.

Das ganze Ausmaß der Gefahr für den Sozialismus in der CSSR scheint auch den Führern der CSSR erst im Verlauf dieser letzten Tage bewußt geworden zu sein. In Moskau jedenfalls haben sie mit den Spitzen der KPdSU gemeinsam beschlossen, die Vereinbarungen von Bratislava zu verwirklichen und den „militaristischen, revanchistischen und neonazistischen Kräften . . . eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.“

Prags neue Freunde

Von Karl Hubert Reichel

Seltsames geschah: Bundesdeutschlands Establishment — seit eh und je im Gleichschritt mit Kommunistenhassern und -jägern vom Kaliber der Franco & Salazar & Ky & Goldwater & Pattakos — entflammte in heißer Liebe zum Kommunismus. Erstmals seit Menschengedenken begeisterte sich die Ministerrunde eines Bonner Kanzlers für lebende Kommunisten, und der Oppositions-Scheel stimmte flugs ein in den ungewöhnlichen Chor.

Damit nicht genug: Die Herren der Großen Koalition, die vor wenigen Wochen die antidemokratischen Notstandsgesetze durchpeitschten und nun ein autoritäres Mehrheitswahlrecht anpeilen, machten sich plötzlich stark für Liberalisierung und Demokratisierung.

In Springers Redaktionsräumen, aus denen 1963 noch der Klageruf schallte: „Und auf Ulbricht schießt keiner!“ (Bild, 25.11.1963) und in denen Axel Cäsars Gebot („Nur Verbrecher, Narren oder Utopisten können bereit

sein, das System der freien Marktwirtschaft . . . auszutauschen.“) zum Gesetz erhoben wurde, — in diesen Redaktionsräumen zerbrach man sich nun den Kopf darüber, wie der Kommunismus attraktiver und besser gemacht werden könne (Bild am 5.8.1968: „Der Sozialismus muß endlich den Schritt ins 20. Jahrhundert tun, wenn er bestehen will. . .“)

Spöttelte konkret-Chefredakteur Röhl: „ . . . alle sind für den Kommunismus. Allerdings, schränken sie selbst ein, sind sie nur für einen attraktiven Kommunismus, einen wirksamen, guten, erfolgreichen, einen beispielhaften Kommunismus. Sie sind für den Prager Kommunismus.“

Blessing an der Moldau

Prominente vom Rhein reisten an die Moldau. In Prag gastierten die Bundestagsabgeordneten Eppler, Müller-Herrmann und Marx, Willy Brandts Emmissäre Bahr und Bock, der FDP-Vorsitzende Scheel und sein Vize Genscher.

In Prag konferierte ein so gewichtiger Mann wie Bundesbankpräsident Blessing, der als Wehrwirtschaftsführer unter Hitler und als Mitglied des Freundeskreises der SS wertvolle Erfahrungen im Umgang mit den östlichen Nachbarn sammelte. Blessing reiste im Juli mit „Zustimmung Willy Brandts“, um „über alle wirtschaftlichen, finanziellen und Währungsprobleme zu sprechen“, mit denen sich die Führung der CSSR „in absehbarer Zeit zu beschäftigen haben wird“. So die Schweizer Zeitung „Journal de Geneve“.

Selbst CDU-Generalsekretär Heck, dem zeitweise das Wort „Ostkontakte“ eine Gänsehaut verursachte, spielte mit dem Gedanken, wieder, einmal in die böhmischen Wälder zu fahren“, denn „unsere Sympathien gehören der Tschechoslowakei“.

Neue Hoffnung trieb den CDU-Landtagsabgeordneten Gottfried Wolff, sich BILD mitzuteilen: „Was dieser Tage in der CSSR passiert, kann sich sicherlich ganz plötzlich auch in der Zone und in Polen ereignen.“

Seitens geschah: Vertreter des kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik und der westdeutschen Schwerindustrie erklärten sich bereit, der sozialistischen CSR Kredite zu gewähren. Bonns politische Führungsgarde, die sich bis heute hartnäckig weigerte, das Münchener Abkommen von Anfang an für null und nichtig zu erklären, verbeugte sich vor dem „großartigen tschechoslowakischen Volk“ (Kiesinger). Just die gleichen Bundesregierer, die den Kommunisten im eigenen Lande keine freie Betätigungsmöglichkeit zubilligten, gebärdeten sich zeitweise als potentielle Kandidaten der KPC.

Und schließlich: Die gleichen Politiker, deren erklärtes Ziel es ist, die DDR abzuschaffen d. h. die Kommunisten im anderen Teil Deutschlands zu entmachten und das dort etablierte sozialistische System zu liquidieren, – sie setzten Hoffnung auf eine Entwicklung, die im Januar dieses Jahres von tschechoslowakischen Kommunisten mit dem Ziel eingeleitet worden war, das sozialistische System zu stärken.

Lenin äußerst erregt

Seitens geschah! Da beeilte sich CDU-Geschäftsführer Heck zu versichern, der Sozialismus in der CSSR sei nicht gefährdet, und BILD versicherte: „Niemand in unserem Lande, niemand auch in der Tschechoslowakei selbst, ist je auf den Gedanken gekommen, daß Prag das sozialistische Lager verlassen will. . .“ 1)

Zwölf Tage zuvor kabelte der Ost-Experte der Frankfurter Allgemeinen, Graf Razumovsky, mit offensichtlicher Genußtuung: „Auf der anderen Seite ist es nur allzu evident, daß man heute in der Tschechoslowakei schon sehr viel weiter ist als je zuvor in Ungarn oder Polen.“ 2)

Und bereits am 30. März kommentierte Prof. Klaus Mehnert im Deutschen Fernsehen die Entwicklung in der CSSR auf folgende Art: „Dies bedeutet die Entwicklung in einer Richtung, die Lenin auf das äußerste erregen würde, auf den Sozialdemokratismus, auf einen demokratischen Sozialismus in der Tschechoslowakei. . .“

Mehnert: „Es läge also durchaus in der Logik der Dinge, wenn eines Tages auch dort ein, sagen wir, Sozialdemokratismus die Zügel übernehme.“

Am 14. Juni hält ein gewisser Prof. Brzezinski im Prager Institut für Internationale Politik einen Vortrag. Zbigniew Brzezinski leitet das Institut für „kommunistische Angelegenheiten“ an der Columbia-Universität in New York; er war früher ein führender Mitarbeiter im Planungsstab des US-Außenministeriums. Brzezinski erklärt in Prag: „Meine Ausgangsthese ist, daß der Leninismus für eine entwickelte moderne Gesellschaft keine Geltung mehr hat.“ Das ist eine deutliche Kampfansage an die Führungsrolle, die die KPC sowohl in der Vergangenheit, als auch in der demokratischen Erneuerungsbewegung spielt.

Alte Werte in neuer Form

An anderer Stelle wird Brzezinski noch deutlicher: „Ich sage nochmals, daß wir in New-York das, was hier geschieht, sehr begrüßen und denken, daß es gerade aus dem Grunde gut ist, weil hier im Grunde genommen die alten Werte in neuer Form realisiert werden.“ 3)

Drei Tage nach Brzezinskis Rede feiert die Zeitung „Literarni Listy“ den ungarischen Konterrevolutionär Imre Nagy – dessen Versuch, Ungarn aus dem Warschauer Pakt und aus dem sozialistischen System herauszulösen, scheiterte – als „ausgeprägter Repräsentant des demokratischen und nationalen Prinzips im Sozialismus“.

Verweilen wir noch bei Mr. Brzezinski. Sein Rezept zur Liquidierung des Sozialismus in

den osteuropäischen Staaten lautet so: „Die wünschenswerte Form der Umwandlung begänne mit einer internen Liberalisierung der osteuropäischen Staaten“, und „das gilt besonders für die Tschechoslowakei und in geringerem Umfange auch für Ungarn und Polen.“ 4)

Brzezinski hat aus der gescheiterten Politik der Stärke, die auf das „roll back“ des Kommunismus abzielte, die Folgerung gezogen: „Osteuropa gegenüber ist eine Politik des friedlichen Engagements zweckmäßig sowohl in wirtschaftlicher, kultureller wie schließlich auch in politischer Hinsicht.“ 5)

Die Ratschläge des antikommunistischen Experten für kommunistische Fragen fanden und finden in Bonn, das bekanntlich zu den Hauptleidtragenden der bankrotten Politik der Stärke gehört, offene Ohren.

Schon 1965 empfiehlt Ernst Majonica, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der CDU/CSU-Fraktion: „Das Sprengmittel, das die Einheit des kommunistischen Blocks gefährdet, ist der Nationalismus. . . Die notwendige Lösung scheint mir . . . nur über den Weg des Ansprechens des nationalen Egoismus denkbar zu sein.“ 6)

Die Hilfe des Herrn Strauß

In seinem Buch „Entwurf für Europa“ spinnt Franz Josef Strauß am gleichen Faden. „Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit“, so Strauß,



... auf friedlichem Wege !?

„sollte den kommunistischen Regimen nicht helfen, ihre Macht zu festigen und die Mängel und Lücken in ihren Systemen zu überwinden. Wirtschaftshilfe sollte an bestimmte Projekte gebunden werden, die diese Länder enger an den Westen als an den Osten binden. Die kommunistischen Regime sollten langsam abgebaut werden. Diesen Prozeß müssen wir fördern und unterstützen.“ 7)

Strauß hat hier deutlich formuliert, was seine Freunde in der Schwerindustrie wollen. Interessant und aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, wenn die Schweizer Zeitung „Journal de Geneve“ anlässlich Blessings' Pragtour schreibt, „daß langfristige Kredite nur für die Verwirklichung großer Projekte bewilligt werden, an denen die deutsche Industrie interessiert wäre.“

Sein Minister-Kollege von Hassel verdeutlichte vor Jahresfrist, von welcher Zielsetzung die sogenannte neue Bonner Ostpolitik ausgeht: „Der Wunsch der Bundesregierung nach Verständigung mit den östlichen Nachbarn bedeutet keine Änderung der Grundlinien ihrer Ostpolitik, sondern nur ihre Darlegung in neuer Sprache und mit neuen Akzenten.“ 8)

In dieser Frage gibt es augenscheinlich absolute Einigkeit zwischen Kanzler und Vizekanzler.

Kiesinger: „Das Abendland zu kräftigen, seine geraubten deutschen, slawischen, madjarischen und rumänischen Gebiete zurückzugewinnen durch friedliche Ausnutzung jeglicher politischer Möglichkeiten, heißt tatsächlich das Ziel, wofür wir wirken müssen.“ 9)

Brandt: „In der Frage der deutschen Ostgrenzen geht es nicht um Verzicht, sondern um das, was wir von Deutschland für die Deutschen zu retten vermögen.“ 10)

Noch einmal Brandt: „Es ist unerträglich, daß Westdeutschland nun schon seit mehr als zwanzig Jahren ohne seine östlichen Provinzen existiert, die einmal seine Kornkammern waren.“ 11)

Die psychologische Kriegsführung

Es sind die alten Ziele, die hier offen propagiert werden. Aber spätestens seit den gescheiterten Konterrevolutionen in Polen und Ungarn weiß man auch in Bonn, daß der Frontalangriff auf die sozialistischen Länder wenig erfolgversprechend ist. Zu Beginn der 60er Jahre stehen neue taktische Varianten zur Diskussion.

Zum Beispiel diese: „Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen. . . Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen. . . Hier in Europa sprechen entscheidende Umstände für die Möglichkeit einer erfolgreichen psychologischen Kriegsführung des Westens.“ 12)

Im Redaktionskollegium dieser Zeitschrift saß kein Geringerer als Kurt Georg Kiesinger.

Die hier eingeschlagene Linie deckt sich völlig mit dem Konzept Franz Josef Strauß', das er in seinem „Entwurf für Europa“ anbietet: „Wir sollten daran denken, daß Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien usw. genauso zu Europa gehören wie die Schweiz, Holland oder Belgien. Es geht darum, sowohl durch die Einwirkung auf diese Länder wie in harten Verhandlungen mit Moskau in einem langfristigen Prozeß dafür zu arbeiten, daß diese Länder wieder Bestandteil Europas wenigstens erst einmal in dem Sinne werden, wie es die Bezeichnung Zwischeneuropa ausdrückt.“

Der heutige Bundeskanzler Kiesinger hatte übrigens sehr frühzeitig erkannt, „daß in den großen Machtauseinandersetzungen der Welt so große Zugeständnisse, wie wir sie von der Sowjetunion erwarten, zum Beispiel in der Frage der deutschen Wiedervereinigung, nicht gemacht werden, ohne daß die Umstände einen Druck auf die Sowjetunion ausüben.“

Kiesinger: A-Bombe auf Prag . . . ?

Was er nicht begriff, ist die Tatsache, daß weder mit Brachialgewalt, noch auf Saftpföchen eine reelle Chance besteht, ein sozialistisches Land in ein kapitalistisches Land umzufunktionieren. Diese Erkenntnis fehlte ihm offenbar 1958, als er vor dem Bundestag lamentierte:

„Wenn damals (1948) der Westen in der Lage gewesen wäre, durch eine Hilfsaktion in der Tschechoslowakei einzugreifen, um die dort bedrohte Freiheit zu retten, dann wäre die Tschechoslowakei heute noch ein freies Land. Er war aber dazu nicht in der Lage, weil sie (die USA, d.Verf.) nicht bereit waren, die Atombombe einzusetzen, und weil sie wegen ihres Truppenabzugs nicht über konventionelle Kräfte in Europa verfügten, die den Kommunismus hätten abhalten können, in der Tschechoslowakei die Herrschaft anzutreten.“ 15)

Hier zeigte Kiesinger sein wirkliches Gesicht. Und daß sich an dieser seiner Grundhaltung nichts geändert hat, offenbarte seine Reaktion auf den 21. August: „Wir müssen den Status quo zu verändern versuchen, denn nur dann erreichen wir die Wiedervereinigung unseres Volkes.“ 16)

Zwar pfeifen es inzwischen die Spatzen von den Dächern, daß es zwischen einem kapitalistischen Westdeutschland und einem sozialistischen Ostdeutschland keine „Wiedervereinigung“ geben kann und wird. Zwar hat der 21. August – so tragisch auch die Entwicklung ist, die zu diesem Tag führte – deutlich gemacht, daß der Traum von einer Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der DDR eben ein Traum ist.

Trotzdem tritt Kiesinger zur Veränderung des Status quo an, und er meint: „Jedenfalls wäre es jetzt Zeit, daß die Führenden der NATO-Länder zusammenkämen – vielleicht in einer Gipfelkonferenz, um sich gemeinsam zu überlegen, was man tun könnte, daß dieser müde und lasch gewordene Werktagbetrieb, daß das alles wieder mit Leben erfüllt wird.“ 17)

Zurück zum Kalten Krieg?

Die jugoslawische Presse, die die Notwendigkeit des militärischen Eingreifens der fünf Warschauer Paktstaaten bezweifelt bzw. verneint hat, kommentiert Kiesingers Vorschläge unter

Überschriften wie „Bonner Gift“ oder „Giftige Früchte“. Das Parteiorgan „Borba“ schreibt, „Kiesinger sei nicht daran interessiert, der Freiheit und den Grundrechten der Menschen eine Gasse zu bahnen“, er „habe in unverantwortlicher und provozierender Weise dem Westen empfohlen, den Status quo zu ändern. . . seine Gedanken, Thesen und Argumente spiegeln die Sehnsucht nach der Rückkehr zu den Tagen des Kalten Krieges wider.“

Die Belgrader Zeitung „Politika“ erklärte, Kiesinger rufe angesichts des tschechoslowakischen Dramas zu etwas auf, das sehr an die Kreuzzüge des Mittelalters erinnere. Aus dem Arsenal des Kalten Krieges werde Gift wiedergesekelt, und aus dem Wortschatz des verstorbenen amerikanischen Außenministers Dulles würden Gedanken und Vorschläge wiederbelebt. . .“ 18)

Man fragt sich unwillkürlich, wo eigentlich der Unterschied liegt zwischen Kiesinger, der dem Status quo die Anerkennung verweigern will und dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dem CDU-Abgeordneten Becher, der im Frühjahr 1968 in München erklärte: „Eher wird Polen ein viertes Mal geteilt, als daß Breslau ewig Wroclaw heißen wird. Eher wird die Tschechoslowakei ein zweites Mal zerschlagen, als daß Karlsbad immer Karlovy Vary heißen wird.“

Der einzige Unterschied, der zwischen beiden feststellbar ist, ist der: Becher spricht offen und brutal aus, was Kiesinger mit Rücksicht auf seine Position in vornehmer Umschreibung sagt.

Wenn die „neuen Freunde Prags“ in Bonn heute wie heulende Derwische durch die Lande ziehen, dann deshalb, weil ihre Spekulation auf die „erfolgreiche psychologische Kriegsführung des Westens“ nicht aufgegangen ist. Der 21. August und der Ausgang der Moskauer Beratungen vom 23. – 26. August haben den Bankrott der neuen Ostpolitik, die in Wirklichkeit die Fortsetzung der alten Politik mit neuen Mitteln war, offenbart.

- 1) BILD, 12. Juli 1968
- 2) FAZ, 1. Juli 1968
- 3) Neues Deutschland, 13. Juli 1968
- 4) Brzezinski Alternative zur Teilung, S.170
- 5) Ebenda
- 6) E.Majonica in: Deutsche Außenpolitik, Stgt., 1965
- 7) Strauß, Entwurf für Europa, engl. Fassung
- 8) Bundesvertriebenenminister v.Hassel am 2.7.67
- 9) Südostdeutsche Vierteljahresblätter, Heft 1/66
- 10) Mann in der Zeit, 28. April 1967
- 11) Willi Brandt in einer Rede zum 100. Geburtstag von Rathenau, Oktober 1967
- 12) Außenpolitik, 11/66
- 13) Strauß, Entwurf für Europa, S. 46
- 14) Kiesinger am 25. März 1968 vor dem Bundestag, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages 3. Wahlperiode, Bd.39, S.329
- 15) Ebenda
- 16) Bulletin der Bundesregierung vom 27.8.68
- 17) Ebenda
- 18) Zitiert nach: Frankfurter Rundschau vom 28.8.1968

Mit diesem Aufruf wandte sich eine Gruppe von Mitgliedern des ZK der KPC, der Regierung und der Nationalversammlung der CSSR – die die Re-

gerungen und Kommunistischen Parteien der Warschauer-Pakt-Staaten um Hilfe gebeten hatte – an die tschechoslowakische Bevölkerung.

mus und von internationaler sozialistischer Solidarität und im Bewußtsein unserer internationalen Verpflichtungen haben wir die Initiative ergriffen, um alle patriotisch gesinnten Kräfte um unserer sozialistischen Zukunft und unseres Heimatlandes willen zusammenzuschließen. Die Gefahr eines Bruderkampfes, den die Reaktion vorbereitet hat und der eine tragische Wiederholung von Lipany (gemeint ist die Schlacht von Lipany von 1434 – d.Red.) wäre, hat uns vor die Notwendigkeit gestellt, den historischen Beschluß zu fassen, die Sowjetunion und andere sozialistische Bruderländer um Hilfe anzugehen. Unsere Verbündeten haben uns diese Hilfe zur Verfügung gestellt, wie im Jahre 1945, als es um unser Leben oder Tod ging.

Alles ist aufs Spiel gesetzt

Auf Initiative der Partei haben wir im Januar den Weg beschritten, der es uns ermöglichen soll, neue Züge für den Sozialismus zu finden, der der Lebensweise und der Mentalität unseres Volkes entspricht und mit dem alle Perspektiven der Gesellschaft und der Persönlichkeit verbunden sind.

chen Arbeit unseres Volkes, unserer Partei, der Armee und der Sicherheitsorgane, sie forderten eine Änderung unserer Außenpolitik.

Ihre schmutzige Kampagne ging so weit, das Bündnis mit der Sowjetunion, besonders im Zusammenhang mit den Stabübungen der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, sowie die Freundschaft mit den sozialistischen Ländern anzugreifen. Damit schufen sie eine Atmosphäre, die für sozialistische Länder völlig untragbar war.

Wir fordern alle Bürger auf, den Einheiten unserer Verbündeten jede Unterstützung zu erweisen. Nach Beseitigung der Gefahr eines reaktionären Umsturzes werden die verbündeten Truppen das Territorium der Tschechoslowakei räumen. Alle Ausländer, die sich zur Zeit auf dem Territorium der Tschechoslowakei befinden, können auch weiterhin unsere Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, ihre Sicherheit ist völlig garantiert, wenn sie sich an unsere Gesetze halten.

Die Partei kritisierte offen die Fehler der Vergangenheit. Sie distanzierte sich entschieden von der Zeit, in der das Regime der persönlichen Macht bestand, das den humanen und demokratischen Charakter des Sozialismus tatsächlich deformierte. Unter aktiver Anteilnahme und mit Unterstützung aller aufrechten Patrioten trat die Partei mit den besten Vorsätzen in die neue Phase ein, um die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und die Voraussetzungen für ein inhaltreiches und glückliches Leben in unserer Heimat zu schaffen.

Ausschreitungen gegen die Partei

Die extremistischen rechtsstehenden Kräfte aber, die in dieser Großmut, Geduld und der wirklich demokratischen Methode der Lösung einer ernsten politischen Frage durch die Partei nicht deren Kraft, sondern Schwäche vermuteten, steigerten ihre Aktivität. Während der spontanen vieltausendköpfigen Versammlungen in Prag kam es bekanntlich zu groben Ausschreitungen, als gewisse Elemente die Partei angriffen und deren Vertreter beleidigten, die man oft zur Teilnahme an solchen Versammlungen gezwungen hatte.

Geleitet von der tiefsten Verantwortung gegenüber unserem Volk, unserer Arbeiterklasse, den Völkern unseres Landes und gegenüber der internationalen Arbeiterklasse und der kommunistischen Weltbewegung wenden wir uns in dieser schweren Stunde an Euch, Bürger der Republik, mit dem Aufruf, Euch um den realistisch denkenden Kern der Partei zusammenzuschließen, dem die Sache des Sozialismus, des Fortschritts und des neuen, im Januar beschlossenen Weges teuer ist, dem die Freundschaft mit dem Volk der Sowjetunion und den Völkern der anderen Bruderländer am Herzen liegt.

Auf dem Weg des Januarplenums

Die wichtigsten Bürgerrechte, die mit den Vorstellungen unseres Volkes von Demokratie und Humanismus stets lebendig verbunden waren, sind wiederhergestellt worden; Bürgerrechte im Sinne und fortschrittlichen Geist des Aktionsprogramms, dieser auf lange Sicht berechneten Plattform unseres sozialistischen Aufstiegs; eines Programms, das bei unserem Volk nie dagewesene Unterstützung fand.

In der Innenstadt wurde eine öffentliche Unterschriftensammlung für die Auflösung der Volksmiliz gestartet. Kommunisten, die bei diesen spontanen Straßenmeetings ihren eigenen Standpunkt vertraten, zwang man brutal zum Schweigen, gegen sie wurde wiederholt rohe Gewalt angewandt. Viele von denen, die im Werk Auto-Praha den Brief unterschrieben hatten (gemeint ist der in der „Prawda“ veröffentlichte Brief der 99 Arbeiter, in dem sie ihre Freundschaft zur Sowjetunion bekundeten, d.Red.), wurden schändlich verfolgt – bis zur Entlassung aus dem Betrieb.

Duldet kein Chaos!

Laßt keine spontanen Aktionen, keine Zerrütung und Anarchie zu, wahrt Ruhe und Ordnung. Wir weisen die Praktiken der Vorjanuar-Politik zurück. Wir werden keine Rückkehr zu den kompromittierten Methoden aus der Zeit vor dem Januar zulassen die bei der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes auf entschiedene Abfuhr stießen, die die führende Rolle der Partei und die sozialistischen Errungenschaften unserer Werktätigen in Gefahr brachten und eine Lage schaffen halfen, die wirklich die Gefahr eines gewaltsamen Konflikts in sich barg.

Das starke Streben unseres Volkes nach Recht und Gerechtigkeit fand seinen wirklichen Ausdruck gerade in den vom Januar-Plenum entwickelten fortschrittlichen Ideen. Dank dieser Ideen wurde die Gesellschaft aus dem Zustand ungesunder Gleichgültigkeit aufgerüttelt. Auf diese Weise wurde dem mächtigen Strom gesunder, unerschöpflicher Initiative das Tor weit geöffnet. Diese historische Prüfung hat unser Volk glänzend bestanden und seine hohe Reife erneut unter Beweis gestellt.

In der Presse wurden, obwohl indirekt, führende Funktionäre mit anderen, raffinierteren Methoden beschimpft, und diese organisierte Wühlarbeit hat in den letzten Tagen ihren Höhepunkt erreicht: Eine Gruppe rechter Extremisten verübte völlig offen einen Überfall auf das Gebäude des Sekretariats des ZK der KPC in Prag. Die extremistischen Kräfte beherzigten somit nicht die Mahnungen der Partei, sie aktivierten im Gegenteil noch mehr ihre subversiven Tätigkeit, um unbedingt einen Konflikt in unserem Land hervorzurufen.

Im Gegenteil, wir wollen die fortschrittlichen Januar-Ideen verteidigen und restlos verwirklichen, Ideen, die uns zur Schaffung einer wirklich modernen, wiedererstandenen und humanen sozialistischen Gesellschaft, einer Gesellschaft führen, die die Begründer des Marxismus-Leninismus und diejenigen im Sinne hatten, die nach dem Sieg des Oktober mit der Verwirklichung solcher Ideen begonnen hatten.

Rechte Kräfte marschierten auf

Die Periode der Suche und der Umgestaltung unserer Gesellschaft mißbrauchten Kräfte, die lange Jahre auf einen so günstigen Augenblick gewartet hatten, um die Partei zu diskreditieren und ihr das politische und moralische Recht auf die Führung der Gesellschaft abzusprechen, leider zu ihren eigenen Zwecken, zum aktiven Auftreten in der politischen Arena. Diesen rechtsstehenden Kräften kamen faktisch auch gewisse Elemente innerhalb der Partei und der Parteiorgane entgegen, die auf diese Weise in Gegensatz zu den Prinzipien und Zielen der Partei, zu den Ideen des proletarischen Internationalismus gerieten.

Auf diese Weise entstand eine Situation, in der systematisch und öffentlich Verpflichtungen gebrochen wurden, die sich aus der auch von Vertretern unserer Partei unterzeichneten Erklärung der sechs brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien in Bratislava ergeben.

Wir werden unseren fortschrittlichen nationalen Traditionen immer treu sein, die mit dem 50. Jahrestag der Entstehung der Republik, mit den Geboten des antifaschistischen Kampfes, mit den nationalen und demokratischen Werten, mit den Traditionen des slowakischen nationalen Aufstandes, des Prager Mai-Aufstandes von 1945 und mit dem revolutionären Aufruf vom Februar 1948 verbunden sind, „Vorwärts, keinen Schritt zurück!“

Gemeinsam richteten sie ihre Kraft darauf, den verfassungsmäßigen Charakter unserer politischen Reform systematisch zu verletzen, und konzentrierten ihre Kraft auf den Kampf gegen die auf die Erreichung der Januar-Ziele gerichteten positiven Anstrengungen der Partei und der Staatsorgane. Sie zogen eine schmutzige Kampagne auf, um einzelne Funktionäre, darunter auch solche aus der neuen Leitung der KPC, zu kompromittieren, die den Mut hatten, öffentlich auf die drohende Gefahr hinzuweisen und die reale Situation in ihrer ganzen Kompliziertheit zu erkennen. Sie störten die öffentliche Ordnung und riefen niedrige nationalistische Leidenschaften wach, sie scheuten sich nicht vor Verleumdungen der ehrl-

Was wir schafften, ist aufs Spiel gesetzt

Bürger und Bürgerinnen! Heute steht alles auf dem Spiel, was unser werktätiges Volk in den letzten 20 Jahren geschaffen hat, alle Errungenschaften des Sozialismus sind in Frage gestellt. In Gefahr schwebt nicht nur unser Weg der sozialistischen Demokratie, den wir im Januar beschritten haben, sondern auch die Grundlage des Sozialismus, unsere Republik selbst.

Wie unseren Augapfel werden wir unsere brüderlichen Bande des Bündnisses und der Freundschaft mit der Sowjetunion, dem sowjetischen Volk, mit den Völkern aller Länder der sozialistischen Ländergemeinschaft sowie mit allen Kräften des Friedens, der Demokratie, des Fortschritts und des Sozialismus hüten. Das sind Werte, die unsere Unabhängigkeit, Selbständigkeit, nationale und staatliche Souveränität garantieren, ohne

In der Erkenntnis unserer hohen Verantwortung vor unserem Volk, erfüllt von echtem Patriotis-

die wir wieder der Gefahr eines neuen München, sowie denjenigen, die es im Jahre 1938 abgeschlossen hatten, gegenüberstehen würden.

Gemeinsame Aktion gegen drohende Gefahr

Die Tschechoslowakei kann sich nur als sozialistisches Land und untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft entwickeln. Die Stärke und Festigkeit dieser Gemeinschaft schaffen Grundlagen für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Jede Schwächung des sozialistischen Lagers würde der Sache des revolutionären Fortschritts und des Sozialismus auf der Welt kaum vorstellbaren Schaden zufügen.

Wir wenden uns an Euch, liebe Bürger, in der festen Überzeugung, daß wir mit vereinten Kräften der drohenden Gefahr Einhalt gebieten, und durch gemeinsame Aktionen die jetzige schwierige Lage überwinden und für unsere Heimat sowie für die lebenden und die kommenden Generationen eine glückliche Gegenwart und Zukunft sichern.

Unsere leitenden Prinzipien sind Weitblick, Ordnung, Fortschritt, Wahrheit und Perspektive des Sozialismus, staatliche Souveränität und werden es auch in Zukunft sein.

Es lebe und blühe die Demokratische Sozialistische Tschechoslowakei!

(Zwischenüberschriften von der Redaktion)

Beschlüsse von Bratislava verwirklichen

Kommuniqué der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS über die Moskauer Verhandlungen zwischen Sowjetunion und CSSR.

„Vom 23. bis 26. August 1968 haben in Moskau sowjetisch-tschechoslowakische Verhandlungen stattgefunden. Daran nahmen teil. . . (Es folgen die Namen der Delegationsmitglieder. D.Red.)

Bei den Verhandlungen wurden in einer offenen, kameradschaftlichen Diskussion Fragen erörtert, die mit der gegenwärtigen Entwicklung der internationalen Lage, mit der Aktivierung der Umtriebe des Imperialismus gegen die sozialistischen Länder, mit der Lage in der Tschechoslowakei in der jüngsten Zeit und mit dem zeitweiligen Aufenthalt von Truppen der fünf sozialistischen Länder auf dem Territorium der CSSR zusammenhängen.

Beide Seiten sprachen ihre feste Überzeugung aus, daß es in der gegenwärtigen Situation vor allem darauf ankommt, die in Cierna nad Tisou gefaßten Beschlüsse und die auf der Beratung in Bratislava formulierten Leitsätze und Prinzipien zu verwirklichen sowie die praktischen Schritte, die sich aus der bei den Verhandlungen erzielten Übereinkunft ergeben, konsequent in die Tat umzusetzen.

Grundlage: Marxismus-Leninismus

Die sowjetische Seite erklärte, daß sie für die Haltung der Führung der KPC und der CSSR, die die Absicht hat, von den auf dem Januar- und dem Mai-Plenum des ZK der KPC gefaßten Beschlüssen auszugehen, um die Methoden der Leitung der Gesellschaft zu verbessern, die sozialistische Demokratie zu entwickeln und die sozialistische Ordnung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu festigen, Verständnis hat und sie unterstützt.

Es wurden Maßnahmen vereinbart, die zum Ziel haben, die Lage in der CSSR möglichst schnell zu normalisieren. Die führenden Persönlichkeiten der Tschechoslowakei informierten die sowjetische Seite über die nächsten Schritte, die sie zu diesem Zweck vorgesehen haben.

Von tschechoslowakischer Seite wurde erklärt, daß die ganze Arbeit der Partei- und Staatsorgane in allen Wirkungsbereichen darauf gerichtet sein wird, effektive Maßnahmen im Interesse der sozialistischen Macht, der führenden Rolle der Ar-

beiterklasse und der Kommunistischen Partei, im Interesse der Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen mit den Völkern der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Völkergemeinschaft zu gewährleisten.

Dem einmütigen Streben der Völker der UdSSR nach Freundschaft und Brüderlichkeit mit den Völkern der sozialistischen Tschechoslowakei Ausdruck gebend, bekräftigten die sowjetischen führenden Repräsentanten ihre Bereitschaft zur umfassendsten und aufrichtigsten Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, Gleichberechtigung, territorialen Integrität, Unabhängigkeit und sozialistischen Solidarität.

Keine Einmischung in innere Angelegenheiten

Die Truppen der verbündeten Länder, die vorübergehend das Territorium der Tschechoslowakei betreten haben, werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik einmischen. Es wurden die Bedingungen für den Abzug dieser Truppen vom tschechoslowakischen Territorium in dem Maße, wie sich die Lage in der CSSR normalisiert, vereinbart.

Die tschechoslowakische Seite informierte die sowjetische Seite darüber, daß der oberste Befehlshaber der tschechoslowakischen Streitkräfte entsprechende Befehle gegeben hat, um Zwischenfälle und Konflikte zu verhindern, die die Ruhe und öffentliche Ordnung stören könnten. Er gab ferner dem Truppenkommando der CSSR die Weisung, mit dem Kommando der verbündeten Truppen Kontakt zu halten.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der sogenannten Frage der Lage in der Tschechoslowakei im UNO-Sicherheitsrat erklärten die Vertreter der CSSR, daß die tschechoslowakische Seite nicht darum ersucht hat, diese Frage im Sicherheitsrat zu erörtern, und deren Absetzung von der Tagesordnung fordert.

Die führenden Persönlichkeiten der KPdSU und der KPC bekräftigten ihre Entschlossenheit, auf internationaler Ebene unentwegt eine Politik zur Festigung der Solidarität der sozialistischen Ländergemeinschaft, zur Verfechtung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu führen.

Wie bisher werden die Sowjetunion und die Tschechoslowakei den militaristischen, revanchistischen und neonazistischen Kräften, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren und die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen verletzen wollen, eine entschiedene Abfuhr erteilen. Es wurde erneut die Entschlossenheit bekräftigt, alle aus den mehr und zweiseitigen Verträgen zwischen den sozialistischen Staaten übernommenen Verpflichtungen strikt einzuhalten, die Verteidigungskraft der sozialistischen Gemeinschaft zu stärken und die Wirksamkeit des Warschauer Verteidigungsvertrags zu erhöhen.

Die Verhandlungen verliefen in einer Atmosphäre der Aufrichtigkeit, Kameradschaft und Freundschaft.

Den Verhandlungsdelegationen gehörten laut Kommuniqué an:

Von sowjetischer Seite: Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, L.J. Breschnjew, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und Mitglied des

Politbüros des ZK der KPdSU, A.M. Kossygin, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, N.K. Podgorny, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR, G.I. Woronow, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU, A.P. Kirilenko, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, D.S. Poljanski, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU, M.A. Suslow, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, A. N. Scheljepin, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, P.J. Schelest, der Sekretär des ZK der KPdSU, B.N. Ponomarjow, der Minister für Verteidigung der UdSSR, A.A. Gretscho und der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A.A. Gromyko.

Von tschechoslowakischer Seite: Der Präsident der CSSR, L. Svoboda, der Erste Sekretär des ZK der KPC, A. Dubcek, der Vorsitzende der Nationalversammlung der CSSR, J. Smrkovsky, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC, der Vorsitzende der Regierung der CSSR, O. Cernik, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC und Erster Sekretär des ZK der KP der Slowakei, V. Bilak, das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC und stellvertretender Vorsitzender des slowakischen Nationalrats, F. Barvirek, das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC, J. Piller, das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC, J. Spacek, das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC, O. Svestka, der Vorsitzende der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission der KPC, M. Jakes, der Kandidat des Präsidiums des ZK der KPC und Sekretär des ZK der KPC, J. Lenart, der Kandidat des Präsidiums des ZK der KPC, B. Simon, der stellvertretende Vorsitzende der Regierung der CSSR, G. Husak, der Sekretär des ZK der KPC, A. Indra, der Sekretär des ZK der KPC, Z. Mlynar, der Minister für nationale Verteidigung der CSSR, Generaloberst M. Dzur, der Minister für Justiz der CSSR, B. Kucera, und der Botschafter der CSSR in der UdSSR, V. Koucky.



Beschlüssen müssen Aktionen folgen

Von Ulrich Sander

Am 22. und 23. November tagt in Braunschweig die 7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Solche Kongresse haben sich oft als Meilensteine im Leben einer Organisation erwiesen – nicht nur bei der Gewerkschaftsjugend. Es wird bei diesen Tagungen der höchsten demokratischen Gremien Bilanz gezogen über die geleistete Arbeit, über die Verwirklichung der Beschlüsse. Von den Tagungen der Gewerkschaftsjugend sind in der Vergangenheit stets starke Impulse auf die gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgegangen, wie etwa die Haltung der Jugend zu den Notstandsgesetzen und zu den Kontakten mit osteuropäischen Organisationen zeigten, die dann zum Vorbild für die Beschlußfassung bei Konferenzen der Gesamtorganisation wurde.

In Braunschweig werden sich die Delegierten der rund 700 000 jungen Gewerkschafter Rechenschaft geben über das, was seit der Bundesjugendkonferenz in München im November 1965 erreicht wurde. Und erreicht wurde einiges. Neben dem verstärkten Einfluß auf die Beschlüsse der Gesamtorganisation sind zu nennen: die Fortführung und Konkretisierung der politischen Diskussion und die verstärkte Hinführung der politischen Bildungsarbeit zum Bewußtmachen der Klassensituation des jungen Arbeiters in dieser Gesellschaft.

Anpassungsbemühungen zurückgewiesen

Die Gewerkschaftsjugend hat seit München besonders allergisch reagiert auf alle Formierungsbemühungen im Sinne der Herrschenden Politik. An solchen Bemühungen hat es nicht gefehlt, nicht an „Gesprächen unter Sozialdemokraten“, die von der Baracke zwecks Anpassung der Gewerkschaftsjugend initiiert wurden, nicht an Verstößen SPD-Vorstandsfrommer Gewerkschaftsführer, nicht an der Hetze der Springer-Presse und der Jungen Union. Leider fehlte es aber auch nicht an Bemühungen einiger Leute,

mit einem auf einer bestimmten politischen Plattform umfunktionierten Bundesjugendring auch die Gewerkschaftsjugend stärker auf den Kurs der Großen Koalition einzuschwören als auf den Kurs, den junge Menschen in unserem Lande anstreben und dessen Richtung sie in Aktionen gewiesen haben.

Für eine unabhängige Arbeiterpolitik des DGB

Der Preis, den die Gewerkschaftsjugend für ihr unabhängiges Engagement im Interesse der arbeitenden Jugend zahlen mußte, war nicht immer klein. Die empfindlichen finanziellen und personellen Einsparungen in der DGB-Jugendarbeit, mit Mehrheit beschlossen vom DGB-Bundesausschuß, stehen in ihrer politischen Zielsetzung im krassen Widerspruch zum Beschluß über die gewerkschaftliche Jugendarbeit, den der 7. DGB-Bundeskongreß im Mai 1966 verabschiedete.

Darin wurde die Herstellung der notwendigen materiellen Grundlagen für die Jugendarbeit beschlossen und erklärt: „Die gewerkschaftliche Jugendarbeit und vornehmlich die Betreuungs- und Bildungsarbeit haben entscheidende Auswirkungen auf das gewerkschaftliche und politische Engagement der jungen Arbeitnehmer. Die Integration (der Jugend) in die Gewerkschaften erfordert spezielle politische Bildungsmaßnahmen und einen Raum eigener Verantwortung, der ihr die demokratische Mitarbeit ermöglicht.“

Die Annahme dieses Beschlusses durch den DGB-Kongreß war von der Gewerkschaftsjugend als ein Erfolg gefeiert worden, doch wie man sieht, weichen Beschlüsse und Handlungen bisweilen erheblich voneinander ab. Es wird nicht nur auf diesem Gebiet notwendig sein, verstärkt auf die Einhaltung der Beschlüsse zu drängen. Daß die wachsamsten Kräfte in der Gewerkschaftsjugend anwachsen, haben die jungen Mitglieder der IG Druck, der

HBV, ÖTV und IG Metall gezeigt, die sich durch nichts davon abhalten ließen, beim Sternmarsch in Bonn den gemeinsamen Protest der Demokraten gegen die Notstandsverfassung zu demonstrieren. Und die andererseits Kritik daran übten, daß Kräfte in den Spitzen der Gewerkschaften der Protest- und Streikbewegung gegen den Notstand Bremsklötze Wehnerscher Machart vorlegten.

Große Koalition brachte nichts ein

Auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik müssen die jungen Gewerkschafter aufpassen, daß sich nicht das Konzept der Herrschenden, mit der SPD-Regierungsbeteiligung die gesamte Arbeiterbewegung zu bändigen, verwirklicht. Die de-facto-Anerkennung Schillerscher Lohnleitlinien – vorbereitet durch die Konzertierte Aktion – bei Tarifabschlüssen und das auf „Abwiegeln“ bedachte Verhalten vieler Gewerkschaftsführer in Lohnkämpfen sollten Warnsignale sein. Auch in anderer Hinsicht hat die Große Koalition den Gewerkschaften und der Jugend nur Schaden gebracht: Mitbestimmung und Berufsausbildungsgesetz, Mitspracherecht der Jugend und Herabsetzung des Wahlalters wurden auf die lange Bank geschoben.

Warnungen waren berechtigt

1965 in München stellte die Gewerkschaftsjugend fest: „20 Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Tyrannei sind in unserer Gesellschaft wieder Voraussetzungen vorhanden, die erneut Formen autoritärer Herrschaft möglich machen.“ Das war keine Schwarzseherei, wie wir heute wissen. Als Ursache für die Gefahr, der die Demokratie ausgesetzt ist, nannten die Delegierten damals: die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger, der mangelnde politische Einfluß der Arbeiter, die undemokratischen Kräfte in der Gesellschaft. Was die jungen Gewerkschafter 1965 voraussahen hat sich

elan-Lexikon:

An dieser Stelle sind wir bemüht, bestimmte, viel gebrauchte Begriffe zu erläutern. Bernd Hartmann aus Köln setzt hiermit seinen Beitrag aus elan Nr. 4/68 zum Thema „Klassen“ fort.

„Klassenkampf“

Der Klassenkampf entspringt der gegensätzlichen Stellung der Klassen in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion. Im Kapitalismus begründet sich der Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie im kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Kapitalisten beuten die Arbeiterklasse aus (eignen sich den Mehrwert der Arbeit an) und versuchen diese Ausbeutung zu verewigen. Die Arbeiterklasse ist objektiv (also auch wenn es ihr noch nicht bewußt ist) daran interessiert, die kapitalistische Lohnsklaverei abzuschaffen. Der Antagonismus (Widerspruch) zwischen diesen Klassen ist durch die kapitalistische Produktionsweise begründet und kann deshalb nicht im Rahmen des Kapitalismus überwunden werden. Notwendig ist die Zerstörung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der sie stützenden Einrichtungen. Nur im Kampf des Volkes, unter Führung der Arbeiterklasse kann die Herrschaft des Kerns des Kapitals, des Monopolkapitalismus gestützt werden.

Dabei nimmt der Klassenkampf die verschiedensten Formen an. Das wichtigste Mittel des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse ist der Streik. Der ideologische Klassenkampf besteht darin, die Arbeiterklasse zum sozialistischen Bewußtsein zu erziehen. Der politische Kampf des Proletariats besteht aus: Demonstrationen, Wahlen, Ausnutzen des Parlaments, politischen Streiks, Generalstreik und – wenn die Unterdrückung durch die Ausbeuterklasse keine andere Wahl läßt – bewaffnetem Kampf. Die bewußten Teile der Arbeiterklasse waren niemals Anhänger der Gewalt. Heute sind die Chancen eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus größer als früher. Keine Ausbeuterklasse erkennt sich jedoch selbst als dem Untergang geweiht und tritt freiwillig aus der Weltgeschichte aus.



Die IX. Weltfestspiele

Fortsetzung von Seite 22

für die völlige Selbstisolierung solcher Positionen innerhalb des Festivals und für die Stoßrichtung aller daraus folgenden Aktionen gelegt — Aktionen, die sich ausschließlich gegen jene sozialistischen Kräfte wandten, die an der ursprünglichen Zielsetzung des Festivals entschlossen festhielten und sie in Theorie und Praxis verteidigten.

★

Der von nun an fast verbissen geführte Kampf des SDS-Bundesvorsitzenden und seiner studentischen Verbündeten verschiedener Länder (deren anfängliche Zahl von etwa 200 zum Ende des Festivals immer geringer wurde) in Aktionen und Diskussionen gegen die „sozialistische“ und „stalinistische“ Bürokratie der bulgarischen Gastgeber und des IVK hat seine theoretische Wurzel in der Äußerung, daß es dem „Bundesvorstand (des SDS) . . . um das Aufzeigen von politischen Fronten“ gehe. (Erklärung des SDS-Bundesvorsitzenden vom 29. 7. 68 in Sofia) Wer die Differenzen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialistischen Weltbewegung als „Fronten“, sich also feindlich gegenüberstehende Formationen, interpretiert und dort das Hauptfeld seines politischen Handelns sieht, der verkennet nicht nur die realen politischen Verhältnisse im Weltmaßstab und die Gefähr-

lichkeit und Entschlossenheit der inperialistischen Front (Vietnam und Griechenland dürften wohl die besten Beispiele dafür liefern), er braucht sich auch nicht zu wundern, wenn ihn die Gegner des Sozialismus für ihre Zwecke mißbrauchen, ihn in seiner objektiven Wirkung zur eigenen Front zählen.

Der braucht sich auch nicht zu wundern, und kann es auch letztlich nicht mehr verhindern, wenn sich auf dieser formalen Ebene eines antibürokratischen Kampfes gegen die Festivalleitung z. B. die DBJR-Leitung, wenn auch aus völlig anderen politischen Motiven heraus, mit ihm solidarisiert und in die von ihm subjektiv sicher nicht gewollte Ummarmung nimmt.

Den Gegnern des Sozialismus (wie gesagt, die alte Rechnung stimmt noch) und in diesem Fall den Gegnern des Festivals sind die subjektiven politischen Motive gleichgültig, wenn nur das Ergebnis stimmt, wenn ihnen die Munition geliefert wird für ihre Geschütze ihrer Front, über deren Charakter und Zielsetzung zumindest unter Marxisten völlige Einigkeit bestehen sollte.

★

Die Diskussion um das Bündnis aller demokratischen und sozialistischen Kräfte der Jugend ist mit dem Festival nicht beendet. Die modellhafte Wirklichkeit der IX. Weltjugendspiele hat zur Beantwortung der Bündnisfrage nicht unwesentliche Akzente gesetzt und durchaus genauere

Analysen der verschiedenen Kräfte und ihrer politischen Ziele möglich gemacht. Gezeigt hat sich auch, daß z. B. das Aufreißen sogenannter Fronten in den eigenen Reihen von allen offenen und versteckten Gegnern eines antimonopolistischen und antimperialistischen Bündnisses entschlossen und rücksichtslos genutzt wird zur Schwächung eben dieses Bündnisses. Es sollte eine der ersten Aufgaben der demokratischen und sozialistischen Organisationen in der Bundesrepublik nach dem Festival sein, unter Berücksichtigung der Erfahrungen von Sofia die Diskussion miteinander unter dem vorrangigen Aspekt gemeinsamer zukünftiger Aktionen aufzunehmen.

Ob allerdings der Ausschlußantrag des SDS-Bundesvorstandes gegen einige Genossen vom marxistisch-leninistischen Flügel des SDS, die während des Festivals politisch gegen die Methoden und Zielsetzungen des Bundesvorsitzenden aufgetreten sind, ein richtiger Anfang und eine gute Voraussetzung zu einer künftigen Aktionseinheit ist, muß bezweifelt werden. Mitunter war auf dem Festival in bewußter oder unbewußter Verzerrung und Glossierung der Losung dieser Weltfestspiele die Formel „Friede, Freundschaft, Eierkuchen“ zu hören. Aber es wäre in der Tat einer gemeinsamen Überlegung wert, ob nicht sogar ein „Eierkuchen“ mit einem festen marxistischen Kern gewissen Leuten beim Zubeißen die Zähne brechen könnte.

7. DGB – Bundesjugendkonferenz

Fortsetzung von Seite 23

bestätigt, ja die Gefahr ist sogar noch drohender geworden. Die Herrschenden haben sich Notstandsgesetze zugelegt, sie haben mit ihrer Politik eine neonazistische Kampfpreserve herangezüchtet. Es konnte dazu kommen, weil die Arbeiterbewegung zu geringen Einfluß auf die Politik in diesem Staate hat, weil sie heute ohne parlamentarische Vertretung ist. Für die Arbeiterjugend und ihre Organisationen ergibt sich aus dieser Situation die Notwendigkeit, nicht bei Konferenzen und Beschlüssen stehen zu bleiben, sondern die Verwirklichung der Beschlüsse selbst in die Hand zu nehmen und Aktionen unter Zusammenfassung aller demokratischer Kräfte einzuleiten. Wir haben erlebt, daß der Kampf der Studenten die Dis-

kussion über Hochschulreform und Demokratisierung des Bildungswesens vorangetrieben hat, nachdem jahrelang nichts geschehen ist. Nur im gemeinsamen Kampf der Arbeiterjugend werden die Forderungen nach einem modernen Berufsausbildungsgesetz, nach Mitspracherecht der Jugend und Verbesserung ihrer sozialen Lage im Betrieb verwirklicht werden können. Im Jahr der Bundestagswahl bestehen auch für die Gewerkschaftsjugend große Möglichkeiten, die Politiker mit den Forderungen der Jugend zu konfrontieren. Das Verhalten der Politiker zu diesen Forderungen sowie ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Notstandsverfassung können für die jungen Gewerkschafter sichere Kriterien für die Unterstützung der richtigen Wahlkandidaten sein.

Es gelten die Beschlüsse der Jugendkonferenzen einzelner Gewerkschaften: Notstandsbefürworter werden nicht mehr gewählt! Nicht in den Bundestag und nicht in Gewerkschaftsfunktionen.

Teil der protestierenden Jugend

Die Jugendkonferenzen von sieben Gewerkschaften des DGB haben in diesem Jahr stattgefunden, außerdem eine Reihe von Landesbezirksjugendkonferenzen des DGB. Dabei wurden Tabus mutig angegangen, die auch in der Gewerkschaftsjugend bisher noch vorhanden waren.

So wurde gefordert: die Aufgabe des unfriedlichen Alleinvertretungsanspruchs Bonns, Kontakte zur Jugend und den Gewerkschaften der DDR, mehr Demokratie durch Aufhebung des KPD-Verbots und Maßnahmen gegen die Pressekonzentration, Zurückdrängung reaktionärer Kräfte durch Auflösung der NPD, dem

Grundgesetz gemäß, Friedenspolitik durch Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und durch Auflösung der Militärpakte in Europa zugunsten eines neuen einheitlichen Sicherheitssystems. Alle Jugendkonferenzen befürworteten gemeinsame Aktionen der jungen Demokraten, der Arbeiter, Schüler und Studenten — und die jungen Gewerkschafter praktizierten sie, indem sie an den Aktivitäten der lernenden und studierenden Jugend teilnahmen oder sich mit ihnen solidarisierten, indem sie im Kampf gegen den Neonazismus in der BRD und für Demokratie in Griechenland vielfach die Führung übernahmen. Die jungen Gewerkschafter, die an diesen Aktionen teilgenommen haben, erwarten von der 7. DGB-Bundesjugendkonferenz, daß sie die Forderungen der verschiedenen Jugendkonferenzen zusammenfaßt und ein Startzeichen zu neuen Aktionen gibt.

elan magazin

Brief aus dem Knast

Warum der Wehrpflichtige Walter Listl brummen muß

Von Gregor Hülsmann

Walter Listl, der auf dem Gründungskongreß der SDAJ in Essen in Uniform sprach (elan berichtete darüber), sitzt im Arrest. Er wurde vom Truppendienstgericht zu 16 Tagen Arrest verurteilt. Gegen Reinhard Junge, den zweiten „Genossen in Uniform“ von Essen, wurde ebenfalls eine Arreststrafe verhängt.

Diese bezeichnende Reaktion der Buwe gegen junge Marxisten war Anlaß zu Solidaritätsaktionen.

Der Gefreite Werner Teriet aus Herten, der zur Zeit in Münster stationiert ist, fordert mit weiteren Kameraden in einer Erklärung „Freiheit für Reinhard Junge“, und Rainer Fuchs aus Gelsenkirchen, ebenfalls Gefreiter, erklärt sich in einem Flugblatt solidarisch.

Das Tor der Kaserne, in der Walter Listl eingesperrt ist, wurde am 10. August von 120 Genossen der bayrischen SDAJ belagert. Außerdem erhielt er von der Vollversammlung der Teilnehmer des Arbeitskreises Festival der Bundesrepublik ein Grußtelegramm aus Sofia.

Der SDAJ-Bundesvorstand erklärt sich mit allen „wegen ihrer freien Meinungsäußerung bestraften Soldaten“ solidarisch. Er stellt fest, daß es den „Bürger in Uniform“ mit demokratischen Grundrechten spätestens seit Inkrafttreten der Notstandsgesetze nicht mehr gibt. „Bundeswehr-



SDAJ-ler besuchen ihren inhaftierten Genossen Walter Listl

soldaten, die das Recht auf freie Meinungsäußerung in ‚Wort, Schrift und Bild‘ wahrnehmen, werden vor Militärgerichte gestellt und bestraft.“ „Die SDAJ steht an der Seite der Bundeswehrsoldaten, die es ablehnen, sich zum Büttel des deutschen Militarismus machen zu lassen... und die Bundeswehr gegen Arbeiter und Studenten, die man als ‚Inneren Feind‘ bezeichnet, einzusetzen.“ In einem Brief an „elan“ schreibt Walter Listl:

„Liebe Freunde von elan! Seit drei Tagen sitze ich hier in der General-von-Steuben-Kaserne im „Knast“, von wo aus ich Euch diesen Brief schreibe, der jedoch dem Vollzugsleiter zur Durchsicht vorgelegt werden muß. Nachdem ich in meiner alten Kompanie von meinen Kameraden zur Wahl des Vertrauensmanns der Kompanie als Kandidat aufgestellt wurde und alle Aussicht bestand, daß ich gewählt werde, versetzte man mich innerhalb von drei Stunden hierher, wo

ich nun seit drei Tagen in Arrest sitze.

Ich wurde verurteilt, weil ich mir das Recht herausnahm, das hohe Offiziere und Generale für sich in Anspruch nehmen, nämlich in Uniform an einer politischen Veranstaltung teilzunehmen. Nur mit dem Unterschied, daß man Generale und Offiziere, die an reaktionären Landsmannschafts- und Vertriebenenentrefen teilnehmen ‚eingeladene Gäste bei offiziellen, repräsentativen Veranstaltungen‘ nennt (so das Truppendienstgericht.), während ich gegen § 15/3 des Soldatengesetzes verstoßen haben soll, der eine Teilnahme in Uniform an politischen Veranstaltungen verbietet.

Es ist sehr bezeichnend für die Politik dieses Staates, wenn Treffen von Landsmannschaften und Vertriebenenorganisationen bereits zu den ‚repräsentativen Veranstaltungen‘ gezählt werden. Ich wurde eingesperrt, weil das Truppendienstgericht der Ansicht ist, daß ich gegen meine Pflicht zum treuen Die-

nen und gegen die Pflicht zur Disziplin verstoßen habe, indem ich dazu aufgerufen habe, diejenigen Befehle zu verweigern, die uns Soldaten unter Anwendung der Notstandsgesetze anweisen, auf die eigene Bevölkerung zu schießen (z. B. auf Demonstranten oder streikende Arbeiter).

Weil ich also nicht gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden will und auch andere Soldaten dazu aufgerufen habe, sich dazu nicht mißbrauchen zu lassen, habe ich gegen die Pflicht verstoßen, ‚im und außer Dienst ein Verhalten zu zeigen, das meiner Stellung als Soldat gerecht wird‘.

Mich kosten diese 16 Tage nur ein müdes Lächeln, weil ich weiß, daß ich etwas Wichtiges richtig gemacht habe. Aber einigen Leuten der Buwe wird die ganze Geschichte mehr kosten, sollten sie jemals in einem demokratischen Deutschland dafür zur Verantwortung gezogen werden, daß sie anno 19... den Befehl gaben, auf streikende

Arbeiter oder auf Demonstrationen zu schießen.

Wie schrieb doch Karl Liebknecht während seiner Soldatenzeit?

... und alle Versuche Euch in der Kaserne der großen Sache des proletarischen Befreiungskampfes abspenstig zu machen, müssen nicht nur fehlschlagen, sondern Eure Herzen für die Sache des Sozialismus nur noch höher und heißer entfachen!

Meine Grüße an elan und seine Leser

Walter Listl"

Der „Neue“ aus Wolfsburg

VW im Kampf um einen Platz im Feld der Mittelklassewagen

Von Helmut Weinand

Um im immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf bestehen zu können, sah sich das Wolfsburger VW-Werk gezwungen, nun auch einen Wagen für die obere Mittelklasse herauszubringen.

Mit dem Volkswagen 411 haben die Konstrukteure darüberhinaus einigen traditionellen VW-Merkmalen abgeschworen. So ist der 411 viertürig lieferbar, und er besitzt eine selbsttragende Karosserie. Hinzu kommen einige Extras, z. B. eine vom Motorlauf unabhängige Standheizung, serienmäßige Gurtelreifen, in der Höhe verstellbare Sitze und ähnliches, das zwar für Wolfsburg neu ist, aber durchaus den Komfortanforderungen dieser Wagenklasse entspricht.

Mit der bisher größten, stärksten und schnellsten VW-Ausgabe (Länge 4,52 m; Leistung 68 PS bei 4500 Umdrehungen pro Minute; Spitze 145 km/h) versucht man also in den vergangenen Jahren ver-

lorene Marktanteile zurückzugewinnen. Das neue Käferkind, zwar etwas spurt-schwach im Verhältnis zu vergleichbaren Wagen, (0-100

km/h in 15 Sek., Fiat 125 in 14,8 Sek.) wird mit einem Preis von etwa 8000,- DM Ende September das Rennen aufnehmen.

VW 411 — Abschied vom Krabbeltier (Käfer)?



Boehringer feuert NS-Gegner

Jugendvertreter entlassen, weil sie gegen NS-Gesetze sind

Von Michael Carstenz

Am 30. September werden drei Chemielaboranten zum letzten Mal das Tor der Firma C. H. Boehringer Sohn in Ingelheim passieren; am 26. Juni wurde ihnen zu diesem

Termin gekündigt. In dem Kündigungsschreiben hieß es: „... müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß es uns nicht möglich ist, nach Abschluß der Lehrzeit ein Arbeitsverhältnis mit Ihnen einzugehen, da keine Planstelle frei ist...“. Im selben Juni aber suchte dieselbe Firma per Zeitungsanzeige ‚Chemotechniker oder Laboranten‘.

Der Kündigungsgrund der Schlafmittel-Hersteller erwies sich als etwas außergewöhnliches „Schlafmittel“: als der Versuch, die politischen Aktivitäten der Jugendlichen im Betrieb einzuschläfern. Denn: Die drei Gekündigten, Edgar Schick (19), Karl Bahlmann (20) und Bernhard Mannheim (21) sind Betriebsjugendvertreter der Firma, und sie sind zusätzlich außerhalb des Betriebes politisch aktiv. Sie drängten darauf, daß der Betriebsrat von seinem Recht auf Mitbestimmung in Ausbildungsfragen Gebrauch machte, und sie nahmen an Demonstrationen gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg teil.

Nicht etwa mangelnde berufliche Qualitäten der drei Kollegen sind der Entlassungsgrund, sondern sie befürchtete „Anpassungsschwierigkeiten“, gab die Betriebsleitung bei einem Gespräch zu.

„Anpassungsschwierigkeiten“ befürchtete sie wohl auch bei anderen Lehrlingen, denen sie vorsorglich nicht-chemische „Dämpfungspillen“ verabreichte:

Ein Lehrling wollte zu einer Demonstration gegen die Notstandsgesetze. Ihm wurde „nahegelegt“ nicht hinzugehen, da er sonst „in einen schlechten Ruf komme“. Einem anderen Lehrling wurde bedeutet, sein Einzelzimmer könne er nur dann behalten, wenn er sich in Zukunft nicht mehr politisch betätige.

Ein weiterer Lehrling, der kurz vor seiner Prüfung fragte, ob er ins Angestelltenverhältnis übernommen werde, erhielt die Antwort: „Wenn Sie nicht mehr politisch aktiv sind, kann man darüber reden.“

Und die Personalabteilung, die offenbar mit der Polizei zusammenarbeitet, formulierte es ganz genau: „Es besteht ein Interessenkonflikt zwischen der politischen Betätigung einiger Lehrlinge und der Firma. Die politischen Interessen der Firma sind anders.“

Und an sie sollen die Lehrlinge angepaßt werden. Deshalb fliegen jene raus, die sich nicht anpassen lassen. Die drei Jugendvertreter aber haben Verbündete bekommen: Die SDAJ Rheinland-

Konstanz Juli
5,50
hoch, 1 Sp.

Pfalz führte vor dem Werk eine Protestaktion durch, und die Verwaltungsstelle der IG Chemie prüft, ob sie gegen die Kündigung der Jugendvertreter, mit einer Verfassungsbeschwerde vorgehen kann. Denn immer noch heißt es im Grundgesetz: „Niemand darf wegen . . . seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ (Art. 3, Abs. 3).

Lederer Kontra Benda

SDS-Bundesvorstandsmitglied erreicht einstweilige Verfügung gegen Minister.

Von Gerhard Zander

Nach der Polizeiaktion vom 27. Juli gegen den SDAJ-Bundesvorsitzenden Rolf-Jürgen Priemer, einen seiner Stellvertreter Walter Möbius, Herbert Lederer, SDS Bundesvorstandsmitglied, Marcela Knipping, SDAJ-Mitglied und Landesvorstandsmitglied der AUSS sowie Gunnar Mathiesen, Geschäftsführer der KfA und SDS-Mitglied startete nun Innenminister Benda mit einem Bericht über „Erfahrungen aus der Beobachtung und der Abwehr linksradikaler Tendenzen im Jahre 1967“ einen neuen Angriff auf die APO.

Die Verbreitung des Berichtes wurde inzwischen auf Antrag des SDS-Bundesvorstandsmitglied Herbert Lederer, Gerichtsreferendar, untersagt. Lederer bezieht sich in seinem Antrag auf eine Unterstellung des Berichtes, die ihn in Verbindung mit der verbotenen KPD bringt. In einer Pressemitteilung bezeichnet Lederer den Benda-Bericht als den Versuch, „die gesamte demokratische und sozialistische Opposition zu diffamieren und zu kriminalisieren“. „Dabei dienen wie in Griechenland, Spanien und

Portugal das KP-Verbot und die Bezeichnung „Kommunist“ dazu, die gesamte demokratische und sozialistische Opposition zu unterdrücken.“

Herbert Lederer (SDS)



Aktion Demo kratische Schule

Dortmunder USB gegen das Informationsmonopol der Schule

Von Peter Rath

Der im Zeichen der Opposition gegen die Notstandsgesetze gegründete Unabhängige Schülerbund Dortmund (USB) griff wieder einmal zur Selbsthilfe, „weil sich unser Schulsystem fortwährend als unfähig erweist, den Ansprüchen eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates gerecht zu werden.“

USB-Hauptling Lothar Birkner (19): „Wir wollen das Informationsmonopol der Schule brechen.“ Im September wird sich im Haus der Jugend die Kritische Schule etablieren. Die Kritische Schule, eine „antiautoritäre Bildungsstätte mit vollkommen freiem Ar-

Neonazis und Verfassungsschutz Hand in Hand

Gewerkschaftsjugendleiter brachte NPD-Häuptlinge ins Schwitzen.

Von Hermann Sittner

Bei Reiner Bruns, Jugendleiter der Gewerkschaftsjugend in Winsen a. L., erschien höchst ungebetener Besuch: Beamte des Verfassungsschutzes wollten von ihm wissen, warum und für wen er, Bruns,

vor einem Versammlungslokal der NPD parkende Kraftfahrzeuge fotografiert habe. Unverrichteter Dinge mußten die „Verfassungsschützer“ wieder abziehen: Bruns hatte nicht fotografiert. Aber er hatte anderes getan: Er hatte diskutiert. Was von den NPD-Helden als Störung empfunden wurde. Das war wohl genau der Grund des Besuchs der besorgten VS-Schnüffler.

Reiner Bruns hatte in NPD-Versammlungen die Neonazis ins Schwitzen gebracht durch Fragen wie „Warum liegen die wichtigsten Pateämter der oberen und mittleren Gremien der NPD in den Händen ehemaliger hoher NSDAP-Mitglieder?“



Lothar Birkner —
Dortmunds USB-Chef

beitsstil“ will Probleme der Gesellschaft behandeln und bewußt machen.

Fünf Arbeitskreise mit den Themen Sexualität, Schulsystem, Gesellschaftsanalyse, Gesellschaftsformen und Neuere Geschichte stehen auf dem Programm. Lothar Birkner: „Wenn immer mehr Schüler in der Lage sind, die Mißstände in Schule und Gesellschaft klar zu durchschauen und konkret zu kritisieren, dann sind wir durch die Kritische Schule unserem Ziel — Demokratisierung der Gesellschaft — einen wesentlichen Schritt nähergekommen.“

Der Besuch der beamteten (NPD)-Verfassungs-Schützer konnte Bruns nicht erschüttern. Die Neonazis gingen ihrerseits zu bei ihnen üblichen Methoden über: mehr als 20 Drohbriefe hat der Jugendleiter bisher erhalten, bis hin zu der Drohung, „daß man schon Mittel und Wege finden wird, um Dich zu beseitigen, wenn Du noch einmal eine NPD-Versammlung besuchst.“

Reiner Bruns Erkenntnis, daß die NPD eine Nachfolgeorganisation der NSDAP und deshalb laut Grundgesetz (Art. 139) aufzulösen ist, dürfte durch die Erkenntnis bereichert worden sein, daß bei der offensichtlichen Zusammenarbeit der Neonazis mit den sogenannten „demokratischen“ Koalitionsparteien vorliegt. Das Verbot der NPD kann daher nur in der Auseinandersetzung mit der Bonner Politik erreicht werden. Kampfmaßnahmen der Arbeiterjugend sind erforderlich.

Ausschlußantrag gegen Wehner

SPD-Mitglied Peter Rath fordert seine Partei auf, NS-Befürworter auszuschließen

Von Werner Winter

Wiesbadens SPD-Geschäftsführer Hans Fieber war sauer. Niemand sollte Kritik üben an der Praxis, wie die SPD-Abgeordneten ihr Mandat ausüben - auch wenn sie die eigenen Wähler und Genossen betrügen. Denn - so Fieber - „würde ein Abgeordneter wegen seiner Gewissensentscheidung von seiner Partei gemäßigert werden, dann käme dies einer ‚NS-Gesetzgebung‘ gleich.“ Nach Fiebers demokratischem Selbstverständnis können also SPD-Abgeordnete in der Zukunft weiter jene in Bonn in die Pfanne hauen von denen sie gewählt wurden. Peter Rath (20), Sozialdemokrat aus Dortmund, ist da anderer Meinung. Er erregte Fiebers Zorn, als er beim Unterbezirk Wiesbaden - wie auch bei allen anderen SPD-Gliederungen in der Bundesrepublik - beantragte, gegen die SPD-Abgeordneten ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten und auf Ausschluß wegen parteischädigendem Verhalten zu erkennen, die den NS-Gesetzen im Bundestag zugestimmt haben.

Die von Peter Rath beantragten Parteiausschlußverfahren richten sich auch gegen Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Georg Leber, Gustav Heinemann, H. J. Wischniewski u. a. - kurz gegen alle Notstandsbefürworter in der SPD-Bundestagsfraktion.

In einer Dokumentation*) nahm Peter Rath die verabschiedete Notstandsgesetzgebung unter die Lupe und verglich sie mit den Beschlüssen der SPD-Parteitage und dem Godesberger Programm. Ergebnis: Dieses Gesetzeswerk ist in mindestens 13 Punkten mit den Beschlüssen der SPD zur Notstandsgesetzgebung unvereinbar.

Peter Rath beschloß die Probe aufs Exempel zu machen,

wie es mit der Gleichheit der Mitglieder vor den Statuten der Partei steht. Obgleich er sich über die Aussichten eines Parteiausschlußverfahrens gegen die Notstandsmitglieder in der SPD keine Illusionen macht, wollte er feststellen lassen, wie weit ein SPD-Mitglied heute nach rechts abweichen und die Beschlüsse hoher und höchster Parteigremien mißachten darf, ohne auch nur in die Nähe eines Parteiausschlußverfahrens zu kommen. Ist es wirklich schon so, daß es heißt: „Wer Parteitagsbeschlüsse mißachten darf, bestimmt der Vorstand!“?

Zur Begründung seines Ausschlußantrages greift Peter Rath 13 besonders schwerwiegende Punkte heraus, die er mit den Bestimmungen des Nürnberger Parteitages sowie den dort ausdrücklich bestätigten Entschlüssen zur

Notstandsgesetzgebung der Parteitage von Köln (1962) und Karlsruhe (1964) und der Saarbrücker Parteikonferenz (1965) und dem z. Z. noch offiziell vorhandenen Godesberger Programm (1959) vergleicht. Punkt für Punkt stellt er den Bestimmungen der Notstandsgesetze die Parteibeschlüsse gegenüber.

Während man sich in der Bonner SPD-Baracke nach außen schweigend gibt, erreichten Peter Rath zahlreiche Stellungnahmen von Professoren, Publizisten und Gewerkschaftern zu seiner Aktion. Nobelpreisträger Max Born schrieb: „Mir scheint, daß die SPD in der Frage der Notstandsgesetze nicht richtig gehandelt hat. Die Gesetze sind abscheulich und eine Gefahr für die Demokratie. Ich bin überzeugt, daß sich die Wählerschaft mehr und mehr von der SPD abwenden wird.“

*) Die Dokumentation „Notstandsverfassung unvereinbar mit SPD-Beschlüssen“ ist gegen 0,50 DM zu beziehen bei Peter Rath, 46 Dortmund-Hörde, Dessauer Straße 28.

ein Flugblatt, herausgegeben von der rebellischen Jugend. Der Inhalt: die Ursachen der Demonstrationen und die Reaktion der Politiker und der Polizei.

Und es geschah, was in dem Flugblatt treffend festgestellt worden war: „die Herrschenden“ gerieten „aus dem Häuschen“. Herr von Brauchitsch, ein Teilhaber des Flick-Konzerns, entfesselte zusammen mit Gesinnungsfreunden eine Kampagne gegen den Studienrat Willkommen mit dem Erfolg, daß gegen diesen ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Und aus der Tatsache der Diskussion im Unterricht wurde der Vorwurf, Willkommen habe die Flugblätter an der Schule verteilt. Was Wunder, daß sich auch die CDU der Sache annahm: In einer Kleinen Anfrage im Landtag von NRW fragte sie nach „Konsequenzen“, die die Landesregierung aus dem „Fall Willkommen“ zu ziehen gedenke.

Schon früher allerdings war der fortschrittliche Studienrat in die Schußlinie der CDU geraten. Ende des vergangenen Jahres rügte Ratsherr Brück (CDU) die politischen Aktivitäten am Konrad-Heresbach-Gymnasium.

Zusammen mit 44 Schülern und drei Lehrern hatte Studienrat Willkommen zu einer Unterschriftensammlung für die Forderung aufgerufen, der Bundestag solle das Vietnam-Problem auf die Tagesordnung setzen. Außerdem war Willkommen in das Kuratorium „Notstand der Demokratie für den Landkreis Düsseldorf-Mettmann gewählt worden.

Solche Aktivitäten waren selbstverständlich dem CDU-Herrn ein Dorn im Auge. Doch die Solidarisierungswelle in der Schülerschaft verhinderte, daß der Dorn aus Brückes Auge und Willkommen von der Schule entfernt wurden.

Diesmal aber wollen es die Reaktionäre schaffen. Der fortschrittliche Studienrat soll fallen. Und mit ihm soll ein Präzedenzfall geschaffen werden für all jene Lehrer, die auch weiter wagen, Demokratie an der Schule nicht nur zu lehren, sondern auch vorzuleben.



Scharfschuß gegen Studienrat

Flick-Manager startet Angriff gegen Jugend-Flugblatt

Von Wilfried Breuer

In dieser Schulstunde kam keine Langeweile auf: Die Schüler des Konrad-Heres-

bach-Gymnasiums in Düsseldorf-Mettmann hatten lebensnahen Gemeinschaftskunde-Unterricht. Studienrat Willkommen diskutierte mit ihnen



FORTSETZUNG VON SEITE 5

schüre angerichtet wurde, ist von zahlreichen Festivalteilnehmern rasch erkannt worden. So erklärten Jugendleiter aus DBJR-Verbänden, die Broschüren-Affäre werfe die Jugendverbände um Jahre in ihren Bemühungen um echte Verständigung mit der Jugend Osteuropas zurück.

In dem Bemühen, die Politik der Bundesregierung in jedem Falle zu rechtfertigen und zu propagieren, die Verhältnisse in der Bundesrepublik zu beschönigen und den Neonazismus zu verniedlichen, gingen einflussreiche Leute im Leitungsteam der DBJR-Verbände sogar so weit, größere Teile der DBJR-Delegation zum Verlassen einer Kundgebung gegen den Neonazismus zu bewegen. Als Begründung für dieses beschämende Verhalten wurde erklärt, der DBJR habe keinen Redner stellen dürfen. Dies wurde erklärt, obgleich aus jedem Land nur ein Redner auftreten konnte (aus der BRD in diesem Fall Peter Dürrbeck von der VVN) und die DBJR-Verbände bei einem Forum zu Fragen des Neonazismus einen Tag später im Präsidium saßen und Gelegenheit zur Darstellung des eigenen Standpunktes hatten.

Das Verhalten einiger Leitungsmitglieder der DBJR-Gruppen löste heftige Widersprüche aus, die sich noch an der einseitigen Pressearbeit der „DBJR-Pressekommission“ verstärkten. Wenn das Ansehen der politisch engagierten Jugend unseres Landes erhalten blieb, dann durch das entschiedene Auftreten der Teilnehmer aus den Gruppen des Arbeitskreises Festival, aus der Naturfreundejugend, den Jungsozialisten, von Teilen der Evangelischen Jugend und der Sozialistischen Jugend „Die Falken“. Sie distanzieren sich scharf von der Propagandabroschüre, von den Vorkommnissen bei der antifaschistischen Kundgebung und von der DBJR-Pressearbeit. Das Leitungsteam sah sich gezwungen, die Verbreitung der Broschüre einzustellen und Teile ihres Inhalts zurückzunehmen.

Nicht nur Methode — auch Politik ändern!

Solche Jugendfunktionäre, die die Vertretung der Politik der Großen Koalition in Sofia für wichtiger ansahen als die Vertretung der Interessen der jungen Menschen, sollen hier auf eine Erkenntnis aufmerksam gemacht werden, zu der sich der West-Berliner „Tagesspiegel“ am 2. August durch-rang:

„Mit der Entsendung einer offiziellen Delegation zu den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Sofia hat sich der Bundesjugendring in auffälliger Weise den Methoden und Erwartungen der Bonner Ostpolitik angenähert — und er ist nun auch auf die





selben Schwierigkeiten gestoßen. ... Wenn also dieses Festival manchen Teilnehmern aus der Bundesrepublik eine neue Erfahrung vermittelt hat, so dürfte es die sein, daß auch die neue Methodik nicht zu schnellen Erfolgen führt."

Je schneller die regierungstreuen Jugendfunktionäre zu der Erkenntnis kommen, daß nicht nur die Methodik, sondern auch die Politik der Alleinvertretung, der Nichtanerkennung europäischer Grenzen und der Aufrüstung geändert werden muß, um so besser wäre dies für erfolgreiche, dem Frieden dienende Jugendkontakte. In Sofia hat die „Bonner Methodik“ bei Fortbestehen der alten Politik nur dazu geführt, daß einige neue Kontakte nicht hergestellt werden konnten.

Gegen die Festival-Störer

Scharfe Auseinandersetzungen hat es in Sofia auch mit Kräften gegeben, die aus einer ultralinken Position heraus das Festival zu stören und zu spalten beabsichtigten – unter dem Beifall der gesamten anwesenden bürgerlichen Presse, die sich ansonsten nicht gerade als Freund linkssozialistischer Gruppen erweist. (So schrieb Springers „Welt“: an einen ideologischen Ausgleich der politischen Linken sei „wohl nicht mehr zu denken“; „Stern“: „Sit-ins, Teach-ins und Demonstrationen gegen die Weltjugendfestspiele gehörten jetzt zur „Tagesordnung“; „Frankfurter Rundschau“: „Festival-Störer“ mit „richtig verstandenem Festivalgeist“; „Die Zeit“: „... begannen, ihr eigenes Festival zu inszenieren“.)

Diese Kräfte aus verschiedenen nationalen Delegationen, u. a. geleitet vom SDS-Bundesvorsitzenden Karl-Dietrich Wolff, dessen Delegation sich deswegen mehrheitlich von ihm distanzierte, entwickelten ihre Aktionen neben dem Festival-Programm und ohne Absprache mit den Nationalen Komitees und dem Internationalen Vorbereitungskomitee (IVK). Indem sie diese Aktionen den im Programm vorgesehenen Veranstaltungen überordneten, stellten diese Aktionen eine Diffraktionierung des – u. a. von K. D. Wolff – mitbeschlossenen Programms dar, das somit als weniger den Festivallosungen und der Diskussion dienend abqualifiziert wurde. Ein bereits in der Bundesrepublik gedrucktes Flugblatt des SDS-Bundesvorstandes für eine „spontane“ Aktion vor der US-Botschaft in Sofia war so abgefaßt, als diene das Festival nicht der kämpferischen Solidarität, als seien Verhandlungen der DRV in Paris „Betrug“, als sei derjenige „unglaublich“, der nicht die US-Botschaft belagere. Die Aktion, in der geplanten Form mehr auf die Konfrontation mit der bulgarischen Staats-

macht als auf eine wirksame Solidaritätskundgebung angelegt, konnte keine Unterstützung finden bei den verschiedensten Delegationen, die vietnamesischen und osteuropäischen eingeschlossen, deren Kampf damit diskreditiert wurde. Auch das IVK distanzierte sich. Bulgarische Arbeiter sowie Festivalteilnehmer verschiedener Länder ergriffen nun die Initiative zu einer Demonstration in der Nähe der US-Botschaft, mit der sichergestellt wurde, daß die Aussage – gegen die US-Aggression – nicht zu verfälschen war. Es ist bedauerlich und unverständlich, daß sich K. D. Wolff dieser Demonstration nicht anschloß, sondern vielmehr die Teilnehmer durch einen Sitzstreik zu behindern und als Geheimpolizisten darzustellen suchte.

Die Bemühungen K. D. Wolffs, das Festival umzufunktionieren, die Diskussion der Strategie und Taktik zum Hauptgegenstand des Festivals zu machen und die sowjetischen und bulgarischen „Bürokraten“ und „Stalinsten“ zu „entlarven“ – eine neue Spielart des Antikommunismus –, stieß auf den Widerstand zahlreicher Delegationen, so den der SDS-Delegation und der Delegation der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. Es ist bezeichnend, daß sich deswegen eine Flut der Hetze seitens der Presse der Bundesrepublik über diese beiden Organisationen ergießt.

Es wäre völlig legitim gewesen, hätte man Vorschläge zur Veränderung des Programms und des Mottos der Weltfestspiele auf den Tagungen des IVK vorgetragen. Zahlreiche Anregungen des Arbeitskreises Festival sind Bestandteil des Programms geworden. Man kann dem IVK jedoch keinen Vorwurf machen, weil es Vorschläge nicht berücksichtigt habe, die niemals vorgelegt wurden – nicht von K. D. Wolff, nicht von anderen. Der Arbeitskreis Festival, dem der SDS seit seiner Gründung angehört, hat an allen Beschlüssen des IVK konstruktiv mitgewirkt. Es ist eine sehr zweifelhafte Methode, wenn Beschlüsse, an denen man selbst mitgewirkt hat, später von einigen Leuten einer imaginären „Festival-Bürokratie“ untergeschoben werden.

Höhepunkt der Solidarität

Das Festival in Sofia war Höhepunkt der weltweiten Aktionen, mit denen die Jugend ihre kämpferische Solidarität mit Vietnam unter Beweis stellte. Diese Aktionen wurden vom Leiter der Föderation der Jugend und des Bundes der Studenten für die Befreiung Südvietnams, Tschan Van Tu, bei der Eröffnung des Festivals als unentbehrliche Unterstützung gewürdigt:

„Wir sind uns voll der Tatsache bewußt, daß die bisherigen Siege in unserem Kampf nicht nur dank unserer eigenen Bemühungen errungen wurden, sondern auch dank der treuen Hilfe der Jugend und Völker der sozialistischen Länder, der aufopfernden Unterstützung der Jugend und Völker Asiens, Lateinamerikas, Europas, Australiens und der anderen Länder einschließlich der Jugend und Studenten der USA.“

Die Bedeutung der verschiedensten, den spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder angepaßten Formen der Solidarität hat auch die Delegation des SDS in einer Antwort an ihren Bundesvorstand hervorgehoben:

„Auf einem Festival des Teils der Jugend der ganzen Welt, der sich auf die Losung ‚Solidarität mit dem vietnamesischen Volk‘ geeinigt hat, muß man Formen der Aktionen entwickeln, die allen antiimperialistischen

Kräften gerecht werden. Man kann nicht mechanisch Demonstrationsformen, die unter den Bedingungen des Kampfes in den kapitalistischen Ländern entstanden sind, auf das Festival übertragen.

Die Werktätigen der sozialistischen Länder demonstrieren ihre kämpferische Solidarität in ihrer täglichen Arbeit. Sie unterstützen das vietnamesische Volk, indem sie einen Teil ihrer Arbeitsleistung unmittelbar in diesen Kampf einbringen.“

Der schon erwähnte Sprecher aus Südvietnam führte aus:

„Wir appellieren an alle Teilnehmer der IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten und an die Jugend und die Studenten in allen Ländern, ihre politische, moralische und materielle Hilfe zu verstärken, damit wir den amerikanischen Aggressoren immer empfindliche Niederlagen beibringen.“

Dieser Appell ist nicht ungehört verhallt, wie die konkreten Initiativen zeigen, die von Sofia ausgehend auch in der Bundesrepublik wirksam werden.

Einheit in der Aktion

Die prinzipielle Auseinandersetzung über Fragen der Zusammenarbeit verschiedener politischer Kräfte wird im Interesse der demokratischen Bewegung in unserem Lande weitergehen. Probleme der Zusammenarbeit wurden nicht erst in Sofia deutlich, sondern werden seit längerer Zeit in der außerparlamentarischen Bewegung, in der Kampagne für Demokratie und Abrüstung und in der Bewegung Notstand der Demokratie erörtert. In der Diskussion darüber sollten Methoden und Taktiken angestrebt werden, die einer Verbreiterung des Bündnisses der linken Kräfte nicht im Wege stehen, die andererseits elitäre Ansprüche auf die Führung der Bewegung ausschließen. Auch wenn nicht in allen Fragen eine Einigung möglich sein sollte, ist die Aktionseinheit in punktuellen Fragen erforderlich und realisierbar.

Abschließend soll hier ein Wort gesagt werden jenen Journalisten, die der irrigen Auffassung anhängen, die bulgarische Hauptstadt hätte während des Festivals eine Art exterritoriales Gebiet darstellen müssen, in dem die Gesetze des Landes nicht mehr gelten. Diese Auffassungen sind falsch. Auch während des Festivals gelten dieselben – möglicherweise strengen – gesetzlichen Bestimmungen für den Grenzverkehr, gelten dieselben Zollbestimmungen. Es ist unmöglich, irgendwo in Sofia ohne behördliche Genehmigung eine Freilichtbühne zu errichten, und die Polizei bleibt selbstverständlich auch während des Festivals bestrebt, Störungen von Veranstaltungen zu verhindern. Wer zur Legendenbildung zum Schaden unserer Gastgeber beitragen will, möge sich vorher erst einmal überlegen, welche Formalitäten in der BRD für Demonstrationen und Kundgebungen zu erledigen sind (Anmeldung 24 Stunden vorher, Beachtung der polizeilichen Auflagen usw.). In Sofia fanden unangemeldete Teach-ins und Straßendemonstrationen statt, bei denen die Polizei – im Gegensatz zu westdeutschen Behörden – auf derartige Formalitäten verzichtete.

Was brachte Sofia? Die bisher machtvollste Demonstration der Jugend der Welt für das kämpfende Vietnam! Die einhellige Kampfansage an die imperialistischen Kräfte, an Neonazismus und Kriegsvorbereitung! Für die Jugend unseres Landes war Sofia ein bedeutender Schritt zur einheitlichen Aktion und zur Verständigung mit der Jugend aller Länder. Die gemeinsamen Aktionen und das Gespräch unter den verschiedenartigsten politischen Gruppierungen werden jetzt in unserem Lande fortgeführt.



Ein junger Sozialdemokrat zieht Bilanz

FORTSETZUNG VON SEITE 20

der Verzicht auf eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaftsordnung nach dem Kriege, indem man sich nicht mit den Kräften der Novemberrevolution, sondern mit ihren Gegnern: der reaktionären Reichswehr zusammenschloß. So kam das Bündnis von Reichspräsident Ebert mit Reichswehrgeneral Groener zustande.

SPD-FÜHRUNG HILFT REAKTION

Mit diesen Kräften kämpfte man unerbittlich gegen jenen Teil der Arbeiterbewegung, der in den Jahren 1918 bis 1923 revolutionäre Veränderungen durchsetzen wollte. Die SPD wurde zum entscheidenden Element der Systemerhaltung gemacht. Ihren Führern ist es zu danken, daß der morsche Staatsapparat des Kaiserreiches unbeschadet in die Weimarer Republik überführt werden konnte. Die Politik eines blinden Antikommunismus kettete die SPD-Führung an die Reaktion und rettete diese Kräfte vor den fälligen Abtritt von der politischen Bühne.

Von dieser Position her konnte die SPD 1933 natürlich nicht in der Lage sein, den Nazis entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen.

Die Aktionseinheit mit anderen sozialistischen Kräften wurde rundweg abgelehnt.

Selbstkritisch setzte sich der emigrierte Parteivorstand 1934 in Prag mit den letzten 20 Jahren sozialdemokratischer Politik auseinander. Dabei kamen wesentliche Schlußfolgerungen heraus: über die Verantwortung für die Niederlage der Arbeiterbewegung in der Novemberrevolution, über die Folgen ihrer Spaltung. Aber Konsequenzen für den antifaschistischen Kampf wurden daraus nicht gezogen.

Die Parteiführung lähmte den Widerstandskampf auch weiterhin. Vom Antikommunismus verblendet rief sie nicht zur gemeinschaftlichen Verteidigung der Demokratie auf, Schlußfolgerungen aus den Erkenntnissen von Prag wurden nur bei den aktiven Kräften des Widerstandes gezogen.

Das ist eine bittere Feststellung für uns Sozialdemokraten. Umso bitterer, als doch eine ganze Reihe unserer besten Genossen in Konzentrationslagern und Zuchthäusern ermordet wurden.

ANTIKOMMUNISMUS STATT SOZIALISMUS

Und wer damals glaubte, nach dem Niederwerfen des Faschismus beginne man nun endlich mit einer konsequenten sozialistischen Politik, die die Erfahrungen der jüngsten Geschichte berücksichtigt und eine Wiederholung unmöglich macht, wurde wiederum enttäuscht. Kernstück der Politik der SPD-Führung auch nach 1945: Antikommunismus. Was dazu führte, daß die SPD wieder auf der Seite des Bürgertums stand und notwendige gesellschaftliche Veränderungen unterblieben.

Wenn die „Bonner Baracke“ je konsequent war, dann im Anknüpfen an die Fehler sozialdemokratischer Parteipolitik seit 1914. Eine Politik, die ihren jüngsten Höhepunkt in dem bisher folgenschwersten Attentat auf die bundesrepublikanische Demokratie fand. In traurem Verein mit der CDU/CSU legte man das Grundgesetz an die Kette einer Notstandsverfassung. Die Abschaffung der Demokratie fand ihre Sanktionierung bei allen neun SPD-Bundesministern und der Mehrheit der Parlamentsfraktion.

Daß diese Entscheidungen, ob Eintritt in die Große Koalition, ob Notstandsverfassung oder Wahlrechtsmanipulationen nicht durch den Willen unserer Genossen gedeckt sind, macht die Sache besonders ernst.

Unsere Partei ist nach wie vor eine große politische Kraft. Diese Kraft kann im Bündnis mit anderen für eine neue Politik genutzt werden, sie kann aber auch weiterhin zur Zementierung der Macht der Herrschenden eingesetzt werden.

DER PFIFF AUS DER BARACKE

Unsere hundertjährige SPD wird von der Spitze — insbesondere von Wehner und Schmidt — systematisch zu einer autoritären Führerpartei entwickelt. Was gilt unsere Meinung, die Meinung der 730 000 Genossen noch? Für die Manager in der Baracke offensichtlich gar nichts. Wir können Entschlüsse fassen, unsere Meinung durch Mehrheitsentscheidungen zum Ausdruck bringen. Dort beeindruckt das überhaupt nicht. Da kann die baden-württembergische Landesdelegiertenversammlung die Große Stuttgarter Koalition ablehnen. Ein Pfiff aus der Baracke — und in Stuttgart steht die Große Koalition. So, als sei überhaupt nichts gewesen. Innerparteiliche Demokratie? Wir dürfen Resolutionen für den Papierkorb verfassen und Wehner macht dann seine Politik. In unserem Namen. Die mieseste Politik, die unsere hundertjährige Parteigeschichte je hervorbrachte. Wenn die Mitgliedschaft der Partei überhaupt noch eine Bedeutung hat, dann die einer Akklamationsmaschine. So wird das vor die Säue geworfen, was Generationen von Sozialdemokraten an Idealismus und Überzeugung investiert haben.

Natürlich ist der Kampf um eine Kursänderung in der Partei notwendig. Doch wir müssen uns auch darüber im klaren sein: innerparteiliche Opposition wird unterdrückt. Gelingt das in Einzelfällen nicht, so benutzt man sie als Alibi für innerparteiliche Demokratie. Wir müssen heute Konsequenzen ziehen, wenn das dem einzelnen auch schwerfällt. In einem Jahr wird hierzulande ein neuer Bundestag gewählt. Oft genug haben wir uns selbst beruhigt, die Entscheidung für die Wehners sei immerhin eine Entscheidung für das kleinere Übel.

Doch spätestens seit Großer Koalition und Notstand gibt es das kleinere Übel nicht mehr. Wir stehen vor der Frage, uns für die Herrschenden zu entscheiden (auch wir vom „kleineren Übel“ reden) oder einer längst notwendigen neuen Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Damit meine ich: viele von uns haben sich aktiv an den Aktionen der außerparlamentarischen Opposition beteiligt. Diese Aktionen müssen nach Verabschiedung der Notstandsverfassung logischerweise in einer neuen Qualität fortgesetzt werden. Dazu gehört meiner Meinung nach auch die Präsenz bei den Bundestagswahlen 69. Entsprechende Überlegungen für ein Wahlbündnis werden jetzt überall angestellt.

JA ZUM WAHLBÜNDNIS

Für uns wird dabei die Frage akut: wie geht es weiter mit der außerparlamentarischen Bewegung? Als junger Sozialdemokrat muß ich feststellen, daß unsere bisherigen Aktivitäten für die SPD mißbraucht wurden. Daß sie umgefälscht wurden, z. B. in ein Ja für die Große Koalition, in ein Ja für den Notstand. Weil das so ist meine ich: der beste Dienst, den wir der Sozialdemokratie erweisen können ist, unser Engagement für das Wahlbündnis. Ein Wahlbündnis, in dem die Möglichkeit haben, echte sozialdemokratische Alternativpolitik zu entwickeln wie sie zur Zeit von der SPD-Führung nicht betrieben wird.

Eine Politik, die sich an den Interessen der Arbeitnehmerschaft, der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung orientiert. Hier sind zu nennen:

Kampf um die Erhaltung des Friedens. Das bedeutet: Ablehnung jeder Revanchepolitik, Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa.

Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Das bedeutet: Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung, Anerkennung der DDR.

Soziale Sicherheit, das erfordert ein Bildungssystem, das auch morgen Arbeitsplatz und Lebensstandard garantiert.

Zurückdrängung der Macht der Unternehmer. Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

Demokratie ohne Notstandsrecht. Das heißt, das Grundgesetz muß seine demokratische Funktion zurückerhalten.

Verbot der neonazistischen NPD und Kampf gegen diejenigen, die ihr durch ihre Politik den Boden bereiteten. Entmachtung des Springer-Konzerns.

Unterstützung jeder Abrüstungsinitiative, sofortige Unterzeichnung des Atomwaffenspervertrages.

Hans-Jörg Hennecke

Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969

Die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik haben den letzten Schleier fallenlassen, der über ihre Politik gebreitet war. Mit den Notstandsgesetzen ist der demokratische Auftrag des Grundgesetzes im Kern getroffen. Indem das Parlament sie verabschiedete, hat es sich als Vertretung des Volkes aufgegeben.

Anstatt der überfälligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen erleben wir das Festhalten an einer Politik der Stärkung des Großkapitals, der Rüstung, der Gebietsansprüche an den Osten, der Unversöhnlichkeit gegenüber der DDR. Unter diesen Umständen wird unentwegt dem organisierten Rechtsradikalismus in die Hände gearbeitet. Den Kräften der Diktatur ist der Weg gebahnt.

Breite Schichten begreifen die Herausforderung. Es wächst die Erkenntnis: Die herrschenden Parteien haben sich dem Volke gänzlich entfremdet. Geblieben sind die brennenden Aufgaben: demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und in den Betrieben, Wahrung und Erweiterung des sozialen Besitzstandes, Aufbau einer glaubwürdigen Sicherheits- und Friedenspolitik.

Eine vielfältige demokratische Erneuerungsbewegung ist in der Entwicklung. Sie wird nicht mehr verschwinden. Sie sollte auch in den Bundestagswahlkampf 1969 mit einer überzeugenden und wählbaren Alternative eingreifen. Schon wird vielerorts darüber beraten, wie das mit Erfolg zu bewerkstelligen ist. Die Unterzeichner dieses Aufrufs meinen, die demokratischen Kräfte, die vielfach noch getrennt auftreten, sollten sich zur Bundestagswahl vereinen. Wir wenden uns an Arbeiter, Angestellte und Beamte, an Intellektuelle und Studenten, an Bauern, den städtischen Mittelstand und die Freischaffenden, die in ihrer Unabhängigkeit bedroht sind, wir wenden uns an politische Gruppen, an Vereinigungen, an alle, denen es um eine demokratische und friedliche Zukunft geht. Wir rufen dazu auf, ein machtvolles Wahlbündnis zu bilden, in dem die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, ungeachtet ihrer Weltanschauung — ob christlich, liberal oder sozialistisch — zusammenwirken. Wir raten, überall im Lande unverzüglich die Initiative zu ergreifen, Zentren zu schaffen und Verbindungen auf-

zunehmen, damit es im Herbst zur Bildung eines umfassenden Wahlbündnisses für die ganze Bundesrepublik mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm kommen kann.

Die Wahlverbindung wird sich eine Form geben müssen, die dem Bundeswahlgesetz entspricht. Sie wird dabei Unabhängigkeit und eigene Vorstellungen der beteiligten Persönlichkeiten und der zusammenwirkenden Gruppen zu wahren haben.

Die Abgeordneten dieser Wahlunion werden in Wechselwirkung mit der außerparlamentarischen Bewegung stehen und damit den demokratischen Aktionen eine weitere Ebene eröffnen.

Während die Parlamentarier der herrschenden Parteien dem gegenwärtigen politischen Systemzwang unterliegen und die Veränderungswünsche des Volkes ins Leere gehen lassen, handeln die Volksvertreter des Wahlbündnisses als Teil der demokratischen Bewegung. Sie sorgen für Öffentlichkeit und Kontrolle der Parlamentsarbeit; sie unterstehen dem ständigen Auftrag des handelnden Volkes, der Rechenschaftspflicht und einer stets erneuerten Vertrauensfrage. Die Wahlunion muß sich an den Aufgaben des politischen Tageskampfes entwickeln; der Wahlkampf selbst ist eine Form der täglichen Auseinandersetzung um Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft, auch des Parlaments. Das Bündnis sollte daher auch bei Gemeinde- und Landtagswahlen erprobt werden.

Mit der Schaffung eines solchen Bündnisses kann unser Volk, zu oft getäuscht, beirrt und von den Herrschenden mißbraucht, die Zuversicht gewinnen, daß durch eigenes Handeln den wirtschaftlichen und politischen Mächten und den Kräften der Diktatur wirksam begegnet und das Geschick unseres Landes gewendet werden kann.

(Dieser Aufruf des „Gießener Kreises“ wurde von zahlreichen Professoren, Gewerkschaftern und Vertretern von Jugend- und Studentenverbänden unterzeichnet.)



Hits

UNIVERSAL/THE SMALL FACES (***)
— Immediate 23 856 —

Als „Lazy Sunday“ herauskam, hatten die Small Faces noch Zweifel, ob ihre Auffassung von Humor auch die des Publikums sei. Die Platte fand aber großen Anklang wie auch ihre ulkige LP „Odgens Nut Gone Flake“, und so zögerten die vier Witzbolde nicht länger, die vorliegende Single auf den Markt zu bringen: Steve Marriott besingt darauf mit kratzig-gequetschter Stimme die Lebensphilosophie eines bargeldlosen Pop-Stars, im Hintergrund jault eine Klarinette, daß Gott erbarm, ab und zu bellen auch Hunde, wenn die Begleitmusik gar zu schrill wird. Alles in allem ist diese Aufnahme so herrlich ausgefallen und drollig, daß man sie nur wärmstens empfehlen kann.

NIGHTS IN WHITE SATIN/
THE MOODY BLUES (***)
— Deram 161 —

Ein englischer Pop-Freund schrieb in einem Leserbrief an den NEW MUSICAL EXPRESS: „Letzte Woche hörte ich zum erstmalig die LP ‚?Day Of Future Passed‘ von den Moody Blues und nun frage ich, sonst ein eingeschworener Beatles-Fan: ‚Warum hat man soviel Aufhebens um ‚Sgt. Pepper‘ gemacht?‘ Das Album der Moody Blues ist meiner Meinung nach viel besser...“ Ohne mich dieser krasen Äußerung anzuschließen, kann ich nicht umhin, diese Single (der oben genannten LP entnommen) ob ihres anspruchsvollen Textes, der schwerwichtigen Melodie und der geradezu verdächtig instrumentierten Musik ausdrücklich zu loben.

UP FROM THE SKIES/
THE JIMI HENDRIX EXPERIENCE (**)
— Polydor 59 199 —

Kein Zweifel: Mr. Hendrix schwebt in höheren Regionen. Den strammen Soul seiner ersten vier Hits von ‚Hey Joe‘ bis ‚Burning Of The Midnight Lamp‘ hat er gegen konfus-genialische Melodielinien, wunderbar-schaurige Instrumentierung und abgründig-rätselhaft Text eingetauscht. Na, wem's gefällt...

MRS. ROBINSON/
SIMON & GARFUNKEL (**)
— CBS 3443 —

Mit ihrer Begleitmusik zum Film ‚The Graduate‘ (dt.: ‚Das Examen‘) gelang dem äußerst talentierten Duo, das schon 1966 Single-Erfolge verzeichnen konnte (‚Sounds Of Silence‘, ‚I Am A Rock‘), der Anschlußtreffer. Befremdend ist an dieser perfekt gemasternten Aufnahme nur der stellenweise banal-frömmelnde Text (‚Jesus liebt Sie mehr, als sie wissen‘, ‚Im Himmel ist ein Plätzchen für Sie frei‘).

SKY PILOT/
ERIC BURDON & THE ANIMALS (**)
— MGM 61 179 —

Wer den originellen Stil dieser erfolgreichen Außenseiter-Gruppe, bekannt durch ‚San Franciscan Nights‘, schätzt, wird auch an dieser Single Gefallen finden, die auf A- und B-Seite die Gedanken, Zweifel und Skrupel eines Bomberpiloten schildert und sich so als Protest gegen den Krieg schlicht hin erweist.

Carsten Linde



SONG MAGAZIN

Informationen

PREMIERE feierte am 17. Juli der Zeichentrickfilm ‚Yellow Submarine‘ (Idee und künstlerische Leitung: Heinz Edelmann, bundesdeutscher Pop-Graphiker), zu dem die Beatles selbst nur ihren Namen und einige ihrer Songs beige-steuert hatten. Die vier Wunderknaben zeigten sich auch eher skeptisch dem bunten Streifen gegenüber. George Harrison etwa grüßte: „Da wird ein falsches Bild von uns übermittelt.“ Die großen Tageszeitungen Großbritanniens hingegen veröffentlichten äußerst positive Kritiken. Andy Gray vom NEW MUSICAL EXPRESS allerdings, der sich seinerzeit enthusiastisch zum Film ‚Magical Mystery Tour‘ geäußert hatte (den die seriöse Presse wertlos erklärte), fand das Zelluloid-Märchen „farbenprächtig, mandmal geistreich, aber alles in allem doch recht langweilig.“

ALS FEHLSCHLAG erwies sich die voll Begeisterung geplante US-Tour der Beach Boys mit dem Maharishi. Schrieb eine Kooperationspartnerin des Pop-Magazins RAVE: „Seit sich bei den Beach Boys alles um Nächstenliebe, Frieden und Freundschaft dreht (und ihre letzte LP heißt ja auch ‚Friends‘), können sie keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken.“ Trotz ihres Mißerfolges hält die Gruppe dem Großen Guru und seinen Maximen die Treue. Was allerdings den musikalischen Trend der sechs geschäftstüchtigen Zeitgenossen anlangt, so haben sie sich mittlerweile kommerzielleren Dingen zugewandt: Ihre neueste Single (‚Do It Again‘) handelt wieder von Sonne, Wellenreiten und braungebrannten Schönheiten.

PROMINENTEN BESUCH darf die BRD für September erwarten: u. a. The Kings (‚Days‘), The Herd (‚I Don't Want Our Loving To Die‘), The Moody Blues (‚Nights In White Satin‘), The Pink Floyd (‚It Would Be So Nice‘), Sam and Dave (‚Soul Man‘), Carla Thomas (‚Baby‘) und Arthur Conley (‚Funky Street‘).

HITVERDÄCHTIGE NEUERSCHEINUNGEN auf dem englischen Schlagermarkt: ‚Magic Bus/The Who‘, ‚Laurel and Hardy/The Equals‘, ‚Wild Tiger Woman/The Easybeats‘, ‚C'mon Marianne/The Grapefruit‘, ‚You Can All Join In/Traffic‘, ‚Yesterday's Dreams/The Four Top‘, ‚Ice In The Sun/Status Quo‘, ‚You've Had Better Times/Peter and Gordon‘, ‚When The Sun Comes Shining Through/Long John Baldry‘.

SCHOBERT & BLACKS LP (die bei Xenophon mit der Best.-Nr. 5000 zu 19 DM erschienen ist) sollte keiner unbeachtet lassen, der sich für makabre Chansons und Lästersongs begeistert. Die stimmliche Harmonie und das Instrumentalspiel von Schobert & Black sind vollendet und machen die LP zu einem Hit.

Blues „traurig, betrübt, niedergeschlagen“ heißt) als banale „blau“ zu deuten. Obwohl Charson 67 im ersten Teil Sachverstandig editiert ist, scheint er den Preis von 13,80 DM nicht ganz wert zu sein, da es Mär-gel im Folklore-Teil aufweist und nur ein Drittel der Lieder mit den Noten wiedergegeben ist.

CHANSON 67 heißt eine Chanson- und Folklore-Sammlung, die im Voggenreiter Verlag erschienen ist und von Helmut König herausgegeben wurde. Dieser 239 Seiten umfassende Band „soll einen Querschnitt geben durch das, was im letzten Jahre gesungen wurde, — auf Burg Waldeck bei den Festivals, in den Folklore-Kellern der Studenten, auf den Chanson-Podien der nicht Domestizierten.“ Im Chanson-Teil dieses Buches findet man Texte der meisten führenden deutschen Sänger (Degenhardt, Mossmann, Mey, Wader, u. a.), während z. B. Süverkrüp, Hüsch und Biermann nicht aufgenommen wurden (werden wollten?). Die Sammlung von Folklore-Texten aus sechs Sprachräumen umfaßt nur wenige unbekannte, selten veröffentlichte Lied-Texte, einige Übersetzungen fehlen ganz, während andere fehlerhaft sind. So dürfte es dem Herausgeber bei der Übertragung des Blues „When a woman blue“ nicht unterlaufen, das Wort „blue“ (das im

PETER ROHLAND war einer der hervorragendsten deutschen Sänger — seine zweite LP zeigt dies auf einzigartige Weise. Er vertonte und interpretierte die „Lieder des Francois Villon“ mit großem Einfühlungsvermögen.

Sozialkritische Lieder gegen Ende des Mittelalters (1463) — das sind Lieder für freie Liebe, Barden, die aus den Gefängnissen der Klerikalen und Aristokraten, frivole Studentenlieder, Rauf- und Sauflieder und Kneipengänge, bei denen sich Arme und Reich verbrüderten. Villon, dessen Lieder scheinbar unpolitisch sind, sang vor 500 Jahren gegen die Klassen- und Standesgrenze seiner Zeit und wurde schließlich selbst ein Opfer dieser Hierarchie, weil er sich nicht der bestehenden Ordnung fügte und in seinen Balladen gegen sie protestierte.

„Lieder des Francois Villon“ T 75 506 — Edition Rohland, 13 DM, über Song, 852 Erlanger Friedrichstraße 51.

BRD

1. Yummy Yummy
2. Jumpin' Jack Flash
3. Help Yourself
4. Mony Mony
5. Young Girl
6. My Name Is Jack
7. Arrivederci Hans
8. Harlekin
9. The Hurdy Gurdy Man
10. Cotton Fields

Ohio Express (Buddha)
The Rolling Stones (Decca)
Tom Jones (Decca)
Tommy James & the Shondells (Roulette)
The Union Gap (CBS)
Manfred Mann (Fontana)
Rita Pavone (Polydor)
Siv Malmkvist (Metronome)
Donovan (CBS)
Udo Jürgens (Ariola)

ENGLAND

1. Mony Mony
2. Fire
3. I Pretend
4. Help Yourself
5. Mrs. Robinson
6. I Close My Eyes And Count To Ten
7. Last Night In Soho
8. This Guys In Love With You
9. Sunshine Girl
10. Mac Athur Park

Tommy James + the Shondells
Arthur Brown (Rack)
Des O'Connor (Columbia)
Tom Jones (Decca)
Simon and Garfunkel (CBS)
Dusty Springfield (Philips)
Herp Alpert (A+M)
Dave Dee + CO (Fontana)
Richard Harris (RCA)
Herman's Hermits (Columbia)

Mit dem Kabarett **DIE KIRCHENMÄUSE** fragt man sich, was „unsere feste Burg“ ist. Ist es wirklich Gott — oder sind es ganz andere Dinge, Mächte und Gewohnheiten, von denen wir unser Leben bestimmen lassen? Auf diese Fragen geben „Die Kirchenmäuse“ keine Antwort, ihren Textern gelingt es nicht, über heiter-ironische Kabarettverse und Gags hinaus einen richtungsweisenden progressiven Standpunkt innerhalb der evangelischen Kirche einzunehmen. Sie, die sich modern und fortschrittlich halten, hauen munter auf die traditionelle Bekenntnispauke und wenn sie einen Protestsong singen, wird am Ende daraus immer noch ein Protestanten-Song. Die Kirchenmäuse haben trotzdem eine Existenzberechtigung: vielerorts nimmt man an dem „blasphemischen“ Plattentitel Anstoß. Hoffen wir, daß sie von dem Sing Out 66-Stil loskommen, und es ihnen in Zukunft besser gelingt, frischen Wind in den Muff der vierhundertjährigen Talare zu blasen. „Ein feste Burg ist unser Trott“ Pfarrer Martin Schneider mit dem Kabarett „Die Kirchenmäuse“ Da Camera Song SM 95 007, 19 DM.

esta Peruana“ unverständlicher Weise die für das Verständnis des Liedes wichtige letzte Strophe fehlt. (Sollte sie einer Zensur zum Opfer gefallen sein?).

Die Arrangements der Lieder und die Background-Musik von Orchester oder Gruppe wirken leider manchmal langweilig. Richtig gelungen sind sie beim Titelsong und beim Lied „Die Kumpane“. Degenhardt könnte von seinem Sangesbruder Süverkrüp einiges lernen, der seine Lieder zündend und abwechslungsreich arrangiert (vergleiche VIETNAM

Pläne LP 33 101, 19 DM). „Wenn der Senator erzählt“ ist wie alle Degenhardt LPs sehr zu empfehlen.

DIETRICH KITNER übt seit nunmehr sechs Jahren Kabarett und Sozialkritik im Alleingang aus. Nach seinen eigenen Worten: „Kabarett nicht mehr als Show, nicht als Amusement, nicht als Unterhaltung. Dafür Satire als Zeit-Lupe, Brennglas. Nicht Brett: Reißbrett. Meinetwegen Hackbrett. Angriffslust anstelle von

Poeterei, Satire statt Witzelei, nicht streicheln, zupacken! Die Pointe nicht der Pointe wegen, sondern als Demaskierung, wenn es sein muß, als Schock. Also: dem Volk fleißig aufs Maul geschaut! Den Großmäuligen fleißig auf die Finger geklopft. Weh soll es tun!“ Es tut wirklich gelegentlich weh, das Einmann-Kabarett des Dietrich Kittner. Wenn er vom „Minderheiten-Regelungs-Gesetz“ oder vom „Wiedervereinigungs-Unterricht“ singt und spricht, spürt man allerdings, daß er seinen Ambitionen nicht immer gerecht werden kann.



Von **FRANZ-JOSEF DEGENHARDT** erschienen in kurzer Zeit zwei neue Schallplatten. Die Single „Vatis Argumente (gegen Rudi Dutschke)“ mit der Rückseite „P. T. aus Arizona“ ist eine gute Degenhardt-Platte, aggressiv, mit einem Schuß Ironie (Polydor 53 026, 5 DM). Den Text hierzu kann man als Plakat-Graphik-Druck für eine Mark von der „Geburtstagspresse“ (65 Mainz, Kirchgarten 1) beziehen. Die LP „Wenn der Senator erzählt“ (Polydor 237 834, 19 DM) umfaßt eine Mischung aus Kumpanen-Liedern und politischen Liedern. In den Texten der politischen Songs kommt das radikale Engagement Degenhardts nicht genügend zum Ausdruck, einige dieser Lieder sind poetisch sehr verschlüsselt, während bei „Fi-

JULIE FELIX, eine in England populär gewordene amerikanisch-mexikanische Folk-Sängerin hat sich dem Trend unter den Folklore-Interpreten angeschlossen, sich ein paar Blumen in das lange schwarze Haar gesteckt und eine bunte Flower-Power-LP besungen. Lyrische Lieder, die soft arrangiert wurden, bringen Julies hübsche Stimme richtig zur Geltung, während ihre Interpretation des Biermann-Liedes „Soldat“ unbefriedigend ist und hart an der Grenze zur Schulze liegt. Im Stile eines Chansons singt Julie Felix ihr eigenes Lied „Berlin“, das aufhorchen läßt. „Flowers“ (Fontana STL 5437, 19 DM) ist eine empfehlenswerte Pop-Platte, auf der unpolitische Liedermacher (Ochs, Donovan, Hardin, Dylan, Jackson C. Frank) von Julie Felix routiniert vorgetragen werden.

Über **FRITZ GRASSHOFF** ist an dieser Stelle schon mehrfach geschrieben worden. Bücher mit der Vagantenlyrik von Fritz Grasshoff sind im Mercator-Verlag, Duisburg, Köhnenstr. 5-11 erschienen: „Halunkenpostille“ (8,80 DM), „Das Gemeindebrett — allgemein ungültiger Jahresweiser für Landsleute“ (6,80 DM), sowie „Und ab mit ihr nach Tintagel“ (8,80 DM). Alle drei Bücher wurden vom Verfasser illustriert.

FRANKREICH

1. Petite Fille De Francals Moyen
2. Una Canzone
3. Rain And Tears
4. Alouette
5. Coucourou Coucou Paloma
6. Le Ruisseau De Mon Enfance
7. Quelque Chose Tient Mon Coeur
8. Non Je N'irais Pas Chez Ma Tante
9. Le Courier Du Coeur
10. Jeune Homme

Sheila (-)
Mireille Mathieu (Barclay)
Aphrodite's Child (Mercury)
Gilles DreuX (AZ)
Nana Muskouri (Fontana)
Adamo (Columbia)
Herbert Leonard (Mercury)
Pierre Perret (Vogue)
Jacques Dutronc (Vogue)
Johnny Hallyday (-)

USA

1. Hello I Love You
2. Classical Gas
3. Stoned Soul Picnic
4. Grazing In The Grass
5. People Got To Be Free
6. Hurdy Gurdy Man
7. Lady Willpower
8. Turn Around, Look At Me
9. Sunshine Of Your Love
10. Stay In My Corner

The Doors (Metronom)
Mason Williams (Warner Brothers)
5th Dimension (Liberty)
Hugh Masekela (Philips)
The Rascals (Atlantic)
Donovan (Epic)
The Union Gap (CBS)
Vogues (Reprise)
The Cream (Polydor)
The Dells (-)

Zwei von vielen Tausen den

Bericht über die
Musikerziehung in
der Deutschen
Demokratischen
Republik



Es war anlässlich der Markneukirchner Musiktage im Mai dieses Jahres. Im Volkshaus der traditionsreichen vogtländischen Musikinstrumentenbau-Stadt maßen sich die besten jungen Hornisten der Musikhochschulen der DDR in einem Wettstreit. Es ging um nicht wenig bei diesem Wettbewerb: um drei wertvolle Hörner, die die Musikinstrumenten-Industrie und der Musikinstrumenten-Außenhandel der DDR als Preise gestiftet hatten.

Die Anforderungen waren dementsprechend hoch gestellt: neben dem Pflichtstück — dem Konzert Nummer 2 von Wolfgang Amadeus Mozart — hatte jeder Bewerber ein Stück nach freier Wahl vorzutragen, dessen Schwierigkeitsgrad einen wesentlichen Einfluß auf die Gesamtbewertung hatte. Zu den von der Jury ermittelten drei Preisträgern gehörten die beiden Berliner Musikstudenten Jürgen und Eckardt Runge von der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“.

Für die Zwillingbrüder war der Tag des Endausscheidens bestimmt nicht nur einer der aufregendsten, sondern auch der schönsten ihres jungen Lebens. Ihr sehnlichster Wunsch — ein eigenes Horn zu besitzen (bisher spielten sie auf einem Schulinstrument) — war in Erfüllung gegangen. Und dieses Horn

war nicht irgendein Serieninstrument, sondern ein Instrument aus Meisterhand, wie es sonst nur von namhaften Solisten in führenden Orchestern der Welt gespielt wird. Mit diesen Instrumenten hatten sie sich zu ihrem 18. Geburtstag (der Endausscheid fand wenige Tage zuvor statt) selbst das schönste Geburtstagsgeschenk gemacht.

Dabei waren die beiden sympathischen Studenten des 1. Studienjahres durchaus nicht mit Gewinnabsichten nach Markneukirchen gekommen. „Wir hatten uns keinerlei Chancen errechnet“, sagten sie uns nach der Preisverteilung. „Uns kam es mit der Beteiligung am Hornisten-Wettbewerb vielmehr darauf an, in öffentlichen Auftritten Erfahrungen zu sammeln und unsere Leistungen einmal mit denen anderer zu vergleichen.“ Was sie allerdings bescheiden verschwiegen, war ihre intensive Vorbereitung auf den Wettstreit, bei der sie ihr Hochschullehrer, Herr Kurt Palm, zugleich 1. Hornist am Berliner Sinfonieorchester, mit Rat und Tat unterstützte. Und da jeder Fleiß seinen Preis hat, dürften auch ihr zweiter und dritter Platz im Wettbewerb nicht unverdient errungen sein.

Der musikalische Werdegang der Brüder Runge begann in einer Musikschule

Mecklenburgs, einer jener 84 Musikschulen, die es in der DDR gibt und die durch Haupt- oder Außenstellen bzw. Stützpunkte in jedem Stadt- und Landkreis ihre Tätigkeit ausüben. Ihr Musiklehrer weckte in ihnen das Interesse am Horn, einem Instrument, das in der Ausübung zu den schwierigsten Instrumenten zählt. Der Fleiß und die Ausdauer, die von ihnen für die Erlernung des Hornspiels aufgebracht wurden, trugen entsprechende Früchte: ihr sehr guter Abschluß der Oberstufenausbildung der Musikschule bedeutete für sie gleichzeitig die bestandene Aufnahmeprüfung für die Hochschule für Musik, wo sie nunmehr neben ihrer Instrumentalausbildung zugleich noch das notwendige Rüstzeug für das im nächsten Jahr stattfindende Abitur erhalten.

Jürgen und Eckardt Runge sind zwei von vielen Tausenden, die bisher die Musikschulen der DDR verlassen haben, um entweder eine musikalische Berufsausbildung in einer Hochschule bzw. Universität zu beginnen oder sich als qualifizierter Laienkünstler in einem Laienorchester oder als Solist zu betätigen. Viele ehemalige Musikschüler wirken heute bereits in sinfonischen Orchestern bzw. Opernorchestern als Musiker mit oder sind in der Musikerziehung an den allgemeinbildenden

Schulen bzw. Musikschulen tätig. Einige von ihnen sind inzwischen international bekannte Solisten geworden, wie beispielsweise die Konzertpianistin Annerose Schmidt, ehemalige Schülerin der Musikschule Wittenberg.

Gegenwärtig werden durch die Musikschulen und Konservatorien an rund 500 Orten der DDR etwa 30 000 musikalisch begabte Kinder, Jugendliche und Erwachsene unterrichtet. Ihre Ausbildung liegt in den Händen von rund 2300 Musikerziehern, von denen etwa 1300 hauptamtlich in den Musikschulen tätig sind. Bei den vier Konservatorien in Rostock, Zwickau, Schwerin und Halle handelt es sich um Bezirksmusikschulen, deren besondere Aufgabe die Förderung von Laientanzmusikern sowie die Ausbildung von Musikerziehern ist. Bis 1975 soll in jedem Bezirk der DDR eine derartige Bezirksmusikschule entstehen.

Entsprechend der Aufgabenstellung der Musikschulen — die besten Begabungen des Volkes zu erkennen und langfristig auszubilden — umfaßt der Lehrplan eine mindestens siebenjährige Ausbildungszeit. Bei der Fachverteilung hat das Instrumentarium der sinfonischen Besetzung absoluten Vorrang: Streich- und Blasinstrumente stehen mit mindestens 50 % im Vordergrund. Etwa 30 % der Schüler erhalten Klavierunterricht, nur 15 % erhalten Unterricht auf Volksmusikinstrumenten, etwa 5 % entfallen auf Gesang.

Die instrumentale Unterweisung beginnt mit dem 7. Lebensjahr, wobei die Auswahl in Zusammenarbeit mit den Schulen erfolgt. Die guten Erfahrungen, die bereits mit Kindern im Volksschulalter gemacht wurden, führten zu Überlegungen, das Aufnahmealter vorzuziehen. Die Ausbildung erfolgt im Einzelunterricht mit einer Wochenstunde. Hinzu kommen eine Stunde Musiklehre im Klassenunterricht und später Zusammenspiel. Hierfür bestehen an allen Musikschulen Orchester, gemischte Instrumental-Ensembles und Kammermusikgruppen, so z. B. Streichorchester, Blasorchester, Kammerorchester, Streichquartette, Klaviertrios, Bläserquintette und Kammermusikgruppen in volksinstrumentaler Besetzung.

In Vorspielabenden, Konzert- und anderen Schulveranstaltungen, aber auch in Wettbewerben und Solistenausscheiden legen die Schüler der Musikschulen immer wieder Proben ihres Könnens ab. Die besten von ihnen erwerben die Teilnahmeberechtigung am Zentralen Solistenausscheid des Ministeriums für Volksbildung. (In diesem Jahr wurde er in Neubrandenburg für

die Fächer Klavier und Volksmusikinstrumente durchgeführt).

Ein anderer sehr bedeutender Wettbewerb, der in diesem Jahr erstmalig durchgeführt wurde und sich an die jugendlichen Instrumentalisten des Bezirkes Leipzig wandte, war der Johann-Sebastian-Bach-Wettbewerb für Schüler. An ihm beteiligten sich in den Fächern Klavier, Violine, Viola und Violoncello 134 junge Instrumentalisten, von denen etwa zwei Drittel Schüler der Musikschulen des Bezirkes Leipzig waren. Welch hohe Anforderungen hier gestellt wurden, mag eine kleine Auswahl aus dem Programm der Leistungsvergleiche verdeutlichen. Im Fach Klavier beispielsweise wurden nach einer fünf- bis siebenjährigen Musikausbildung neben dem Pflichtstück — der zweistimmigen Invention F-Dur von Johann Sebastian Bach — u. a. der Vortrag einer einfachen Mozart- oder Beethoven-sonate gefordert. Im Fach Violine mußten in gleicher Ausbildungsklasse zwei Sätze einer Phantasie für Solovioline von Georg Philipp Telemann oder ein Satz eines Violinkonzertes von Johann Sebastian Bach vorgetragen werden, im Fach Cello zwei Sätze aus einer barocken Sonate, wie z. B. von de Fesch, Marcello oder Vivaldi.

Da sich ein hochqualifizierter Musikunterricht nur dann durchführen läßt, wenn auch die entsprechenden Voraussetzungen in der instrumentalen Ausstattung gegeben sind, verfügen die Musikschulen über gute Schülerinstrumente, die auf der Grundlage eines Leihvertrages gegen geringe Gebühren ausgeliehen werden können. Für die Neuanschaffung und die Ersatzbeschaffung unbrauchbar gewordener Instrumente werden vom Staat jährlich umfangreiche Mittel bereitgestellt. Mit ihrer Hilfe konnte beispielsweise das Robert-Schumann-Konservatorium Zwickau innerhalb von drei Jahren 22 Violinen, 3 Violen, 10 Celli, 5 Kontrabässe, 2 Trommeln, 1 Tenorhorn, 5 Klarinetten, 3 Trompeten, 5 Konzertflöten, 4 Blockflöten, 7 Konzertgitarren, 3 Akkordeons, einen großen BLÜTHNER-Konzertflügel sowie zwei elektrische Musikinstrumente anschaffen.

Der siebenjährigen Grundausbildung an der Musikschule — hier regelt ein genau festgelegter Stufenplan die jährlichen Unterrichtsziele — kann bei sehr guten und guten Leistungen eine vierjährige Oberstufenausbildung folgen. Während dieser Ausbildung wird den Schülern an zwei Wochenstunden Einzelunterricht erteilt. Der erfolgreiche Abschluß der Oberstufe entspricht der Aufnahmeprüfung an einer Musikhochschule.

Ebenfalls in Grund- und Oberstufe gliedert sich die Tanzmusikausbildung, die seit einiger Zeit in das Unterrichtsprogramm der Musikschulen der DDR aufgenommen wurde. Hier ist das Mindestaufnahmealter 16 Jahre. Die Ausbildung schließt mit einem bestimmten Befähigungsnachweis ab, der zugleich die Grundlage für das bei einem öffentlichen Auftritt zu fordernde Honorar bildet. Gegenwärtig bestehen in der DDR etwa 5000 Kleintanzkapellen mit rund 15000 Spielern, die wöchentlich 350 000 Zuhörer haben. Die Qualifizierung dieser Spieler einerseits und die Ausbildung neuer Spieler andererseits ist dabei die Aufgabe der Musikschulen und Konservatorien. Als Lehrer wurden Spieler bekannter Tanzorchester gewonnen, in Leipzig beispielsweise Mitglieder des Rundfunk-Tanzorchesters Walter Eichenberg.

Die Berufsausbildung der künftigen Musiker erfolgt an den vier Hochschulen für Musik in Berlin, Leipzig, Weimar und Dresden. Diesen vier Hochschulen sind Spezialschulen für Musik angegliedert, in denen Schüler mit überdurchschnittlicher musikalischer Begabung und guten Leistungen in den allgemeinbildenden Unterrichtsfächern als direkte Berufsvorbereitung neben der schulischen Ausbildung eine verstärkte Instrumentalausbildung — bis zu 6 Wochenstunden Musikunterricht — erhalten. Die Schüler dieser Spezialschulen werden nach Abschluß der 10. Klasse in den Fachschulzweig der Musikhochschule aufgenommen. Nach zweijährigem Durchlauf dieses Fachschulzweiges kann die Hochschulausbildung erfolgen.

Natürlich gibt es außer den Musikschulen noch andere Möglichkeiten der musikalischen Ausbildung, so z. B. in den Kreiskulturhäusern, in den Klubhäusern der Städte, Gemeinden und Betriebe, in den Jugendklubhäusern, den Jugend- und Dorfklubs usw. Diese Ausbildung ist meistens mit dem Wirken in einem Ensemble verbunden. Darüber hinaus werden nach einer derzeitigen Übersicht etwa 50 000 Schüler von freischaffenden Musikerziehern unterrichtet, die zum Teil als staatliche Vertragslehrer in Zusammenarbeit mit den Musikhochschulen oder Kreiskulturhäusern wirken. Weit über 100 000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene erhalten somit insgesamt in der DDR eine musikalische Ausbildung als Instrumentalist bzw. Sänger. Zwei der jährlich etwa 3000 Schüler, die nach Abschluß ihrer Ausbildung die Musikschulen verlassen, waren die Brüder Runge, von denen eingangs unser Beitrag berichtete.

elan auf dem Prüfstand

Wir freuen uns, wenn unsere Leser kritische Anmerkungen zu Inhalt und Gestaltung des elan an uns senden.

„Durch Ihr Magazin werden sehr viele junge Leute darauf aufmerksam gemacht, das Politik keinesfalls immer ein trockenes Thema sein muß. Man kann es auch lernen, sich für Politik zu interessieren.“

elan hat sicher sehr viel dazu beigetragen, daß junge Leute sich in ihrer Meinung nicht mehr von der älteren Generation manipulieren lassen, sondern eine sehr kritische Stellung zu der bestehenden Gesellschaftsordnung eingenommen haben.

HELGA GOLLINGER, Berlin

„Mit lebhaftem Interesse lese ich Ihre Zeitschrift elan. Eine besondere Freude bereitete mir der Beitrag über die Moorsoldaten.“

Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn die Noten und Text von Brecht ‚Die Legende vom toten Soldaten‘ und ‚Die große Kumpanei‘ erscheinen würden.

RUTH GERMANN, Weinheim

KPD-Verbot aufheben!

Die Wiederzulassung der KPD und der Kampf gegen die neonazistische NPD bleiben ein Hauptthema der Diskussion.

Warum fordern Sie ein Verbot der NPD – statt einer Wiederzulassung der KPD? Dies wäre demokratisch, während Verbieten (statt Bekämpfen) undemokratisch ist.

Verbote sollten für den Demokraten nur dann diskutabel sein, wenn Gefahr – akute Gefahr – für die Existenz der Demokratie besteht. Die aber besteht nicht (bei höchstens 10 %).

PROF. DR. ALFRED V. MARTIN, München

Für Bonn zum Festival

SPD-Kremlastrologe Joseph Schollmer verbreitete über die Bundeszentrale für politische Bildung eine Broschüre gegen das Festival. Er referierte vor Festivalteilnehmern von Bundesjugendring-Verbänden. Die elan-Festivaldelegation veröffentlichte eine Gegendarstellung.

Leider muß ich sagen, daß auf der Vorbereitungstagung des Bundesjugendringes in Frankfurt eine Reihe der Delegierten sich durchaus im Sinne des Herrn Schollmer äußerte, und, wo nicht von „Einwirken“ so doch davon sprach, daß wir in Sofia die Politik der Bundesrepublik zu vertreten hätten.

Vor allem aus Kreisen der Ev. Jugend Deutschlands, zu deren Delegationsleitung ich gehöre, war gegen diese Position scharfe Opposition zu hören. Meine Freunde und ich sind nicht gewillt, mit diesen Scheuklappen nach Sofia zu reisen.

Seien Sie versichert, daß wir alles tun werden zu verhindern, daß innerhalb des Bundesjugendringes die Offenheit zum Gespräch durch bundesrepublikanische Ideologie verschüttet wird. Ich werde mich dagegen wehren, wenn irgendjemand der Gruppe des Bundesjugendringes mit einer anderen Zielsetzung nach Sofia fährt als mit der im Festival-Aufruf abgesteckten.

JÖRG BRESSAU, Brake

Kiesinger kontra Sittner

Elan 7/8 1968: elan-Redakteur Hermann Sittner wurde vom Frankfurter Landgericht wegen „Beleidigung“ Kiesingers zu 500 DM Geldstrafe verurteilt.

Daß Euer Redaktionsmitglied Sittner verurteilt wurde, kann doch niemand überraschen. Umgekehrt eher. Es ist doch blanker Hohn gegenüber dem, was sich die Regierenden wirklich zuschulden kommen lassen.

PAUL R. WOODS, Köln



Briefwechsel mit Polen

Ich bin Sammler von Postkarten anderer Länder. Wer schreibt und tauscht mit mir?

ALEKSANDER KURIOLA, Nowa-Sol, Hutnicza. N. 5/9, Zielona/Gora, Polen,

Jagow versichert (fast) alles – auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH –

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

IM HERZEN EUROPAS

illustrierte Monatszeitschrift aus der CSSR, 48 Seiten auf Kunstdruckpapier
Jahresabonnement: DM 10,—

IM HERZEN EUROPAS

orientiert über Politik, Wirtschaft, Jugendprobleme und Kultur, über neue Filme und besondere Theaterinszenierungen.

IM HERZEN EUROPAS

bringt Dokumentationen über die neuesten Ereignisse in der CSSR.

Bestellschein

Fa. H. Leipzig, 6 Frankfurt 1, Hölderlinstraße 10

Ich bestelle 1 Jahresabonnement der Monatszeitschrift IM HERZEN EUROPAS zum Preise von 10,— DM.

Name

Ort mit Postleitzahl

Straße

Unterschrift

Datum

Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog N 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. N.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Neu zum Thema Demokratie
und Pressekonzentration:

Arno Klönne
und Bernd Jansen

IMPERIUM SPRINGER MACHT UND MANIPULATION

mit Beiträgen von
Günter Anders
Friedhelm Baukloh
Karl D. Bredthauer
Richard Burckhardt
Klaus Ehrler
Werner Hofmann
Jürgen Holtkamp
Jörg Huffschildt
Bernd Jansen
Heinz Kulas
Arno Klönne
Reimar Lenz
Ulrich Sander
Peter Sörgel
Eckardt Spoo
Conrad Taler

Herausgegeben von der Kampagne
für Demokratie & Abrüstung;
ca. 200 Seiten, broschiert, mit
zweifarbigen Schutzumschlag,
Preis DM 9,60.

Bestellungen an Kampagne für
Demokratie und Abrüstung.
605 Offenbach 4, Postfach 648.



Detlef Langer



Der eiskalte Engel

Am Anfang des Filmes steht ein Satz aus dem japanischen Samuraibuch Bushido: „Es gibt keine größere Einsamkeit als die des Samurai, es sei denn die des Tigers im Dschungel“. Das als Motto zu einem Gangsterfilm von Jean-Pierre Melville. Ein erlesenes Zitat zu einem „erlesenen schönen“ Film.

Melvilles Gangsterfilme erinnern an die besten Filme der „Schwarzen Serie“. Und doch sind sie weit davon entfernt. Weil ein europäischer Regisseur amerikanische Kino-tradition nicht unverarbeitet übernehmen kann. Weil der sozialkritische Ansatz der „Schwarzen Serie“ ein typisches Produkt seiner Zeit ist. Melvilles Gangsterfilme („Die Million eines Gehetzten“, „Der Teufel mit der weißen Weste“, „Der zweite Atem“) stilisieren die Motive und das Material des Genres.

Der Held des Filmes, Jeff Costello, erschießt für Geld einen Menschen im Büro eines Nachtetablissemments. Er wird gesehen und gerät bei der Polizei in Verdacht. Aber sein Alibi hält, die Jazzpianistin der Bar erklärt, er sei nicht der Mörder. Doch der Verdacht gegen Jeff (Alain Delon) bleibt, die Polizei beschattet ihn ununterbrochen. Seine Auftraggeber, nervös geworden, schicken einen Killer, aber Jeff macht ihn unschädlich. Mehr als einmal gelingt es dem Mörder, das Netz der Verfolgung zu zerreißen. Doch seine Erfolge machen ihm deutlich, wie nutzlos sein Können und wie ausweglos sein Alleinsein bleibt. Er betritt noch einmal die Bar und geht zu der Pianistin. Er weiß, daß er sie liebt und daß sie ihm gehören will. Er richtet die Pistole auf sie. Seitentüren öffnen sich, und Jeff wird in einem Schußregen getötet. Das Magazin der Pistole, die er auf die Pianistin gerichtet hatte, war leer.

Diese Geschichte hat Melville zu einem zwanghaft schönen Film inszeniert. Jede Bewegung, jede Geste ist ausgeklügelt, unendlich künstlich, makellos eingepaßt in die Komposition der Bilder. Die Gesichter der Personen sind fast unbewegt, winzige Reaktionen wirken wie seelische Eruptionen. Der Stil der „klassischen Tragödie“. In dieser eiskalten Welt verlieren sogar die Gegenstände ihr „Eigenleben, ihre Individualität“, sie dienen allein als Arbeitsrequisiten. So benutzt der Kommissar ein gerahmtes Bild seiner Tochter, um bei Verhören die Vernommenen zu blenden. So hält sich Jeff in seinem Zimmer einen Ziervogel — als Alarmanlage, um am Verhalten des Vogels zu erkennen, ob jemand sein Zimmer betreten hat.



Die Welt wird auf den Nenner des Funktionierens gebracht, in der allein die kalkulierende Berechnung zählt. Moralische Maßstäbe zählen nicht: Polizei und Verbrecher sind gleich, Jeff ist ein bezahlter Mörder.

Jeff kennt die Spielregeln und beherrscht sie meisterhaft — und doch hat er es satt, nur zu funktionieren. Er erkennt, daß er immer nach Gesetzen leben wird, die nicht von ihm bestimmt sind. Sondern von dem Handeln der anderen und seiner Reaktion darauf. Er merkt, daß diese Regeln ihm keinen Spielraum lassen, keine „Atempause“, kein Raum für Gefühle, kein Ausbruch aus der Einsamkeit. Er wählt die individuelle Lösung des Selbstmordes. Und das ist eben nur eine Scheinlösung, da es genau in das Konzept derer paßt, die ihn beseitigen wollten.



Die Braut trug schwarz



Die Braut trug schwarz in einem Film von Francois Truffaut. Denn ihr Bräutigam wurde am Tage der Hochzeit von fünf Männern – mehr oder weniger aus Zufall – erschossen. Das erfährt man, als die Braut (Jeanne Moreau) sich am dritten der Gruppe rächt. Damit ist die Frage nachdem „Warum“ beantwortet. Bei den beiden letzten Racheakten kann daher nur das „Wie“ ein Moment der Spannung sichern. Dieser Bruch in der Erzähltechnik zerstört jedoch den Film. Dazu: die Personen bleiben oberflächlich, dimensionslos. Sterilität und eine gepflegte Langeweile schleicht sich ein. Das muß ein vernichtendes Urteil für einen Film sein, der Altmeister Hitchcock gewidmet ist, dem Meister des „Suspense“ (Spannung).

Spur eines Mädchens

Spur eines Mädchens ist der erste Spielfilm des jungen Düsseldorfers Gustav Ehmck. Ein bisher unbekannter Kurzfilmregisseur. Der Film tauchte überraschend als deutscher Beitrag bei den Filmfestspielen in Venedig auf. Diese kleine Sensation blieb auch die einzige. Der Film ist unbedeutend, allerdings mit einem interessanten Thema: ein junges Mädchen leidet an Jugendirresein. Es verliert allmählich den Kontakt zur Wirklichkeit und die Kontrolle über sich selbst. Ein psychischer Krankheitsfall. Eine private Angelegenheit. Und das bleibt dieser Film auch. Die exemplarischen Möglichkeiten des Themas werden ausgespart. Die gesellschaftliche Dimension, die sich geradezu aufdrängt, wird ausgelassen. Und so ist dieser Film allein für Düsseldorf von Interesse: sie können Günter Seuren sehen und ihren Hauptbahnhof wiedererkennen.



Film- Notizen

Pesaro ist als rotes Filmfestival bekannt. Der „neue Film“ (Cinema nuovo) stellt sich in Pesaro vor. Und dieses Jahr zusätzlich: hunderte von Polizisten. Denn die Zuschauer begnügten sich nicht damit zu konsumieren, sie demonstrierten und solidarisierten sich mit den französischen Studenten und Arbeitern.

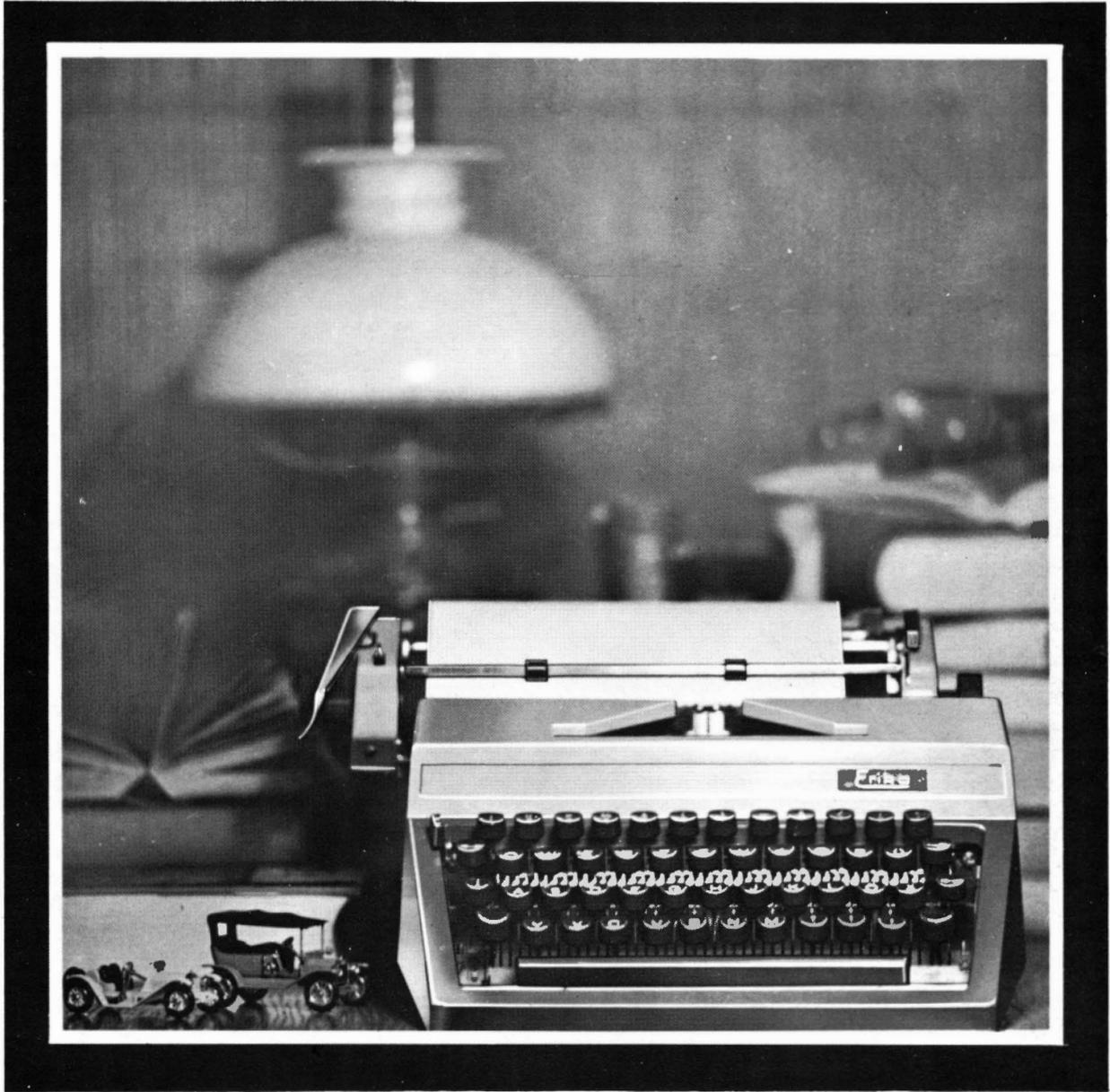
In Pesaro wurden unter anderem auch die „freien Wochenschauen“ gezeigt. Diese neuen Modelle einer Wochenschau streben nach echter Information des Publikums. Das heißt: nicht mehr ein bunt gemischtes, verschleiernendes Programm aus jungen Hunden, Modenschau und Truppenparaden, sondern jeweils nur ein Beitrag zu einem Thema. Etwa wie die besten Teile des Fernsehmagazins „Panorama“, bevor es entschärft wurde. Diese „freien Wochenschauen“ werden in den USA vor den Programmen der Untergrund-Filmer gezeigt. In Italien propagiert besonders Zavattini, ein Mentor des Neo-Realismus, diesen neuen Stil der „Aufklärung“. Auch in Deutschland könnten wir derartige „Kritische Wochenschauen“ brauchen.

In Paris ruhte während des großen Streiks auch in den Filmateliers die Arbeit. Dennoch wurde viel gefilmt. Godard, Chris Marker, William Klein und Claude Lelouch, aber auch zahlreiche Amateure haben während des Streiks und der Demonstrationen gefilmt. Ein Koordinationsausschuß in der Sorbonne sammelte das Material der Amateure und koordinierte die Aufnahmen der professionellen Filmer. Außerdem hatte Godard Arbeitern der Rhodiaceta-Werke eine Kamera überlassen und sie in der Benutzung unterwiesen. Hoffentlich werden wir diese Filme zu sehen bekommen.

Die französischen Filmschaffenden diskutierten in langen Sitzungen der „Generalstände des Films“ unter Mitwirkung der kommunistischen Gewerkschaft CGT, wie sie den Film aus den Händen der Verfügenden herausholen könnten. 1500 Mitarbeiter des Films, darunter 300 Regisseure, organisierten mehrere Vollversammlungen. In der besetzten Fotoschule an der Rue de Vaugirard. Mehrere „revolutionäre“ Organisationsmodelle wurden ausgearbeitet. Darunter: Aufbau eines „öffentlichen Kinos“ neben dem „privatwirtschaftlichen“. Koordinationen und Verteilung der Filmprojekte durch die „Generalstände“. Was von diesen Vorstellungen nach Streikende übrig bleiben wird, wird an der Solidarität der Filmschaffenden liegen.



BÜROMASCHINEN-Export GmbH Berlin — DDR
108 Berlin, Friedrichstr. 61



ERIKA — ein Geschenk für die ganze Familie!

Moderne Menschen leben modern, moderne Menschen schenken modern — schenken „ERIKA“!

ERIKA ist eine Kleinschreibmaschine für den Lebensstil unserer Zeit.
Eine ERIKA-Kleinschreibmaschine ist nicht

nur ein Geschenk für „SIE“ oder „IHN“. Sie wird zum Geschenk für die ganze Familie.

„ERIKA“ ist immer für Sie da.
Sie ist formschön, zuverlässig, federleicht und stets Ihre treue Begleiterin.
Über den Fachhandel erhältlich.

ARNO PROG

H. Lederer jun.
Obere Fuhr 31

2335

Sag mal, wieviele Lehrer
gibt's eigentlich schon wieder in der NPD ?

